

MATERIALIEN ZUR
SOZIALEN LAGE DER STUDIERENDEN

II

Zweite verbesserte Auflage

Bundesministerium
für Wissenschaft und Forschung

Wien 1983

Inhalt	Seite
Vorwort	1
Einleitung	3
A. STUDIENFÖRDERUNG 1970 - 1983	7
1. Studienkosten und Kosten der Universitätsausbildung	8
2. Sozialmaßnahmen seit 1970 - Überblick	11
3. Studienförderung	12
4. Sozialausgaben für Studierende	25
B. SOZIALE UND REGIONALE HERKUNFT DER STUDIERENDEN (Amtliche Statistik)	28
1. Regionale Herkunft	29
2. Soziale Herkunft	31
C. UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE	35
I. Methoden	37
II. Ergebnisse der Sozialerhebung	46
1. Familienstand und Familiensituation	47
2. Wohnsituation und Haushaltsführung	49
3. Erwerbstätigkeit	53
4. Inanspruchnahme staatlicher Förderungsmaßnahmen	65
III. Einkommenssituation	70
1. Besonderheiten der studentischen Einkommenssituation	71
2. Höhe der monatlichen Einnahmen	72
3. Quellen der Studienfinanzierung	80
4. Problemfälle	90

	Seite
IV. Monatliche Ausgaben	93
1. Die Höhe der monatlichen Ausgaben	93
2. Die Struktur der studentischen Barausgaben	95
D. ANHANG	100
I. Tabellen zu Teil A	101
II. Tabellen zu Teil B	111
III. Tabellen zu Teil C II	121
IV. Tabellen zu Teil C III	133
V. Tabellen zu Teil C IV	138

VORWORT

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat 1975 erstmals Statistiken und Untersuchungsergebnisse zur sozialen Lage der Studierenden veröffentlicht. Inzwischen liegen neue Daten und Untersuchungsergebnisse vor. Diese wurden bereits als Entscheidungsgrundlage für die Novellen 1981 und 1983 des Studienförderungsgesetzes herangezogen. Die Untersuchungen wurden in der vergangenen Legislaturperiode durchgeführt. Die Veröffentlichung konnte aber wegen der aufwendigen und detaillierten Auswertungen dieser Untersuchungen erst 1983 fertiggestellt werden. Mit dieser Veröffentlichung sollen - auch den Wünschen der Studentenvertretung entsprechend - die neuen Daten und Untersuchungsergebnisse zur sozialen Lage der Studierenden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die vorliegenden Daten beschreiben die soziale Situation der Studierenden und - in wichtigen Aspekten - die Entwicklung seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Sie zeigen, daß zwei Vorurteile über die soziale Situation der Studierenden nicht zutreffen. Richtig ist weder die landläufige Meinung, die Studierenden würden auf Kosten der Allgemeinheit ein finanziell unbeschwertes Leben führen, noch die häufig von Studentenvertretern beschworene Vorstellung von der sozialen Misere der Studenten. In Folge der Hochschulexpansion ist der Anteil der Studierenden aus vermögenden Elternhäusern zwangsläufig zurückgegangen. Ein großer Teil der Studierenden kommt aus jenen Schichten, die wirtschaftlich dazu in der Lage sind, eine Hochschul- oder Universitätsausbildung, wenn auch nur in einem bestimmten Rahmen, zu finanzieren. Für die sozial Bedürftigen ist mit der staatlichen Studienförderung vorgesorgt, sofern sie die erforderlichen Leistungsnachweise erbringen. Die überwiegende Mehrheit der Studenten verfügt zwar über ausreichende, sicher aber nicht übermäßige Mittel, um für die Übergangsphase des Studiums den Lebensunterhalt zu bestreiten. Ein Teil der Studierenden trägt durch eigene Erwerbstätigkeit in Form von Ferialarbeit und Gelegenheitsarbeit selbst zur Studienfinanzierung bei.

Die staatliche Studienförderung hat in Österreich noch keine lange Tradition. Sie wurde in den sechziger Jahren als begleitende Maßnahme zur Öffnung des Hochschulzugangs durch den Ausbau der allgemeinbildenden höheren Schulen eingeführt, um auch Arbeiter- und Bauernkindern ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Als mit Beginn der siebziger Jahre die Öffnung der Universitäten in steigenden Studentenzahlen voll wirksam wurde, war es notwendig, der Absicherung der sozialen Situation der Studierenden verstärkte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auf die erfolgreichen Bemühungen meiner Vorgängerin, Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg, ist es zurückzuführen, daß wir heute über ein umfassendes und tragfähiges Netz der sozialen Absicherung der Studierenden verfügen. Die Studierenden an Universitäten und Hochschulen wurden in die Maßnahmen im Rahmen des Familienlastenausgleichs (Schülerfreifahrt und Schulfahrtbeihilfe) und, soweit erforderlich, in die Sozialversicherung (Unfall- und Sozialversicherung für Studierende) einbezogen. Ab

1972 wird keine Hochschultaxe mehr eingehoben, um den finanziellen Aufwand für ein Studium zu reduzieren. Der Bund hat die Subventionen für Heime und Mensen erhöht, um dem steigenden Bedarf Rechnung zu tragen. Um individuellen Problemfällen helfen zu können, wurden die außerordentlichen Studienunterstützungen eingeführt. Schließlich wurde das Studienförderungsgesetz in bisher 10 Novellen in seiner Wirkungsweise verbessert und der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt. Dies war selbstverständlich nur durch eine Erhöhung der finanziellen Mittel zu erreichen. Allein die Sozialaufwendungen des Bundes sind 1983 mehr als drei Mal so hoch als 1970. Die Aufwendungen des Familienlastenausgleichs zugerechnet, fließen den Studierenden derzeit ca. 2 Milliarden Schilling an öffentlichen Mitteln zu.

	1970	1983
Sozialaufwendungen des Bundes für Studierende in Mio. S (Bundesvoranschlag)	160	586
davon		
Studienförderung	129	468
Studentenheime und Mensen	28	76
Zahl der Studienbeihilfenbezieher	8.933	13.860
durchschnittliche Beihilfenhöhe	13.500	27.360
Zahl der Heimplätze	10.330	17.022

Die Zahl der Beihilfenbezieher ist zwischen 1970 und 1983 um mehr als die Hälfte gestiegen. Heute stehen um 70 % mehr Heimplätze zur Verfügung als 1970. Diese Förderungen haben dazu beigetragen, daß heute 45.000 Kinder von Arbeitern, Bauern, kleinen Angestellten und Beamten an den Universitäten studieren können. 1970 waren es 11.000.

Diese Politik der vielen kleinen Schritte hat in Summe wesentlich zu einer Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden beigetragen. Es wurde damit ein System von Sozialeinrichtungen geschaffen, das sich durch seine Vielfalt an indirekten Förderungsmaßnahmen und die Einbeziehung der Studierenden ins allgemeine soziale Netz auszeichnet.

Die Aufwendungen aus Steuermitteln sind daher auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel zwar schwerer als früher, aber doch zu finanzieren. Der Zustrom zu den Universitäten und Hochschulen hat derzeit seinen Höhepunkt fast erreicht, sodaß in den kommenden Jahren auch der Zusatzbedarf bei weitem geringer sein wird, als in den siebziger Jahren.

Wie die vorliegenden Daten und Untersuchungsergebnisse zeigen, ist das österreichische System der Studienförderung geeignet, den Studierenden akzeptable Lebensverhältnisse während des Studiums zu sichern und gleichzeitig die öffentlichen Aufwendungen in Grenzen zu halten. Es scheint daher auch für die Zukunft ein geeignetes Instrumentarium zu sein, die soziale Situation der Studierenden im Rahmen des Möglichen positiv zu gestalten.

Dr. Heinz Fischer
Bundesminister
für Wissenschaft und Forschung

Einleitung

Umfassende Untersuchungen zur sozialen Lage der Studierenden wurden erstmals in der ersten Hälfte der siebziger Jahre durchgeführt. Sie sind im Zusammenhang mit der Öffnung der Universitäten für die unteren und mittleren sozialen Schichten und den damit verbundenen begleitenden Maßnahmen der Studienförderung zu sehen. Diese Studien sollten als eine erste Bestandsaufnahme und als Entscheidungsgrundlage zur Studienförderungs-politik dienen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden 1975 vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung als "Materialien zur sozialen Lage der Studierenden in Österreich" veröffentlicht.

In den siebziger Jahren erfolgten der Um- und Ausbau der Sozialmaßnahmen für Studierende, die in dieser Zeit auch im wesentlichen abgeschlossen wurden. Es ergab sich daher ein Bedarf nach einer Evaluierung dieser Maßnahmen und nach einer neuerlichen Bestandsaufnahme. Auch wurden wegen der Mängel der bis zum Wintersemester 1973/74 im Rahmen der Inskription erhobenen Sozialdaten und wegen des bei steigenden Studentenzahlen immer mehr zunehmenden Aufwands solcher Totalerhebungen ab dem Wintersemester 1974/75 diese Daten nicht mehr erhoben. Sie waren demnach durch - in größeren Abständen durchzuführende - repräsentative Umfragen zu ersetzen. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat deswegen 1980 eine umfassende Erhebung zur sozialen Lage der Studierenden in Auftrag gegeben.

Bei der Planung und Durchführung der Studie sowie bei der Erstellung des Berichtes hat ein Projektbeirat beratend mitgewirkt. In diesem Beirat waren Sozialwissenschaftler, fachkundige Beamte der zuständigen Ministerien und Studentenvertreter vertreten (siehe S. 35). Dem Beirat sei an dieser Stelle für seine wertvolle Mitarbeit gedankt.

Die vorliegende Veröffentlichung enthält neben den Untersuchungsergebnissen in Abschnitt A eine Darstellung des österreichischen Studienförderungssystems und dessen Entwicklung seit 1970. Dieses ist sehr vielfältig, wenn die Maßnahmen im Rahmen des Familienlastenausgleichs und der Sozialversicherung einbezogen werden, die von den Studierenden zu einem hohen Anteil in Anspruch genommen werden (siehe Abschnitt C II. 4.). Das System der Studienförderung (Studienbeihilfen, Subventionen für Studentenheime und Mensen usw.) ist stark vom Subsidiaritätsprinzip gekennzeichnet, d.h. staatliche Förderungen werden nur gewährt, wenn andere Finanzierungsquellen nicht ausreichen. Um dies zu zeigen, enthält Abschnitt A 1 eine Schätzung der gesamten öffentlichen und privaten Ausgaben für Studierende. Die wegen fehlender Statistiken notwendigerweise sehr einfachen Berechnungen zeigen, daß der Anteil der Privathaushalte an der Studienfinanzierung sehr hoch ist.

Die in Abschnitt A verwendeten Daten und Statistiken stammen aus sehr unterschiedlichen Quellen. Auf diese wird jeweils verwiesen.

Abschnitt B enthält die Sozialdaten der Hochschulstatistik. Diese sind wegen der mit der Einrichtung der Zentralen Hörerevidenz verbundenen Umstellungsschwierigkeiten nicht auf aktuellem Stand. Die Trends der Entwicklung sind aber eindeutig erkennbar. Die soziale Zusammensetzung der Studierenden wird sich in den achtziger Jahren voraussichtlich nur mehr wenig verändern, da der Zustrom zu den Universitäten seinen Höhepunkt zu Beginn der achtziger Jahre nahezu erreicht hat.

In Abschnitt C werden die **Untersuchungsergebnisse** dargestellt. Es handelt sich dabei um eine Auswahl; eine Notwendigkeit, da die Zahl der aus größeren Untersuchungen zu erstellenden Daten gegen unendlich geht. Die ausgewerteten Daten, ebenfalls bereits eine Auswahl, liegen in insgesamt 20 Forschungsberichten vor. Die Daten wurden in drei Teiluntersuchungen erhoben, **Konsumerhebung** (Einnahmen und Ausgaben), **Sozialerhebung** (Wohnsituation, Erwerbstätigkeit etc.) und **Einnahmenerhebung**. Eine Beschreibung der Methoden ist in Abschnitt C I. zu finden.

Das Erhebungsinstrument wurde von einer Gruppe von Sozialwissenschaftlern (siehe S. 35) ausgearbeitet. Durchgeführt wurde die Studie von einem kommerziellen Meinungsforschungsinstitut. Mit dem neuen Erhebungsinstrument wurde versucht, die soziale Lage der Studierenden exakter als bisher zu erfassen. Damit ist aber die Vergleichbarkeit mit früheren Daten nicht immer gegeben. Wenn Vergleiche möglich waren, wurden diese mit den Ergebnissen der Sozialerhebungen 1973 und 1974 vorgenommen. Diese Vergleiche zeigen eine in wesentlichen Bereichen relativ stabile Situation. Veränderungen sozialer Situationen, Strukturen und Verhaltensweisen erfolgen auch in den Perioden, in denen das Bewußtsein eines raschen sozialen Wandels sehr verbreitet ist, oft langsamer als der Alltagserfahrung naheliegt. Der Bericht enthält also keine im Vergleich zum Bericht 1975 als spektakulär zu bezeichnenden neuen Befunde.

Die Untersuchungsergebnisse sind nach Teiluntersuchungen geordnet dargestellt. Quellenangaben bei den Tabellen finden sich daher nur bei Abweichungen von diesem Ordnungsprinzip.

Die Auswertung stellte wegen des komplexen Instrumentariums erhöhte Anforderungen, was dazu geführt hat, daß die Veröffentlichung später als geplant vorgelegt werden kann.

Untersuchungen wie die gegenständlichen dienen vorwiegend dazu, statistische Daten zu gewinnen. Das Instrumentarium der Sozialwissenschaft erfüllt dabei die Funktion, auf weniger aufwendige Weise als mit Totalerhebungen zu statistischen Daten zu kommen. Da

die Aussagekraft solcher Statistiken häufig falsch eingeschätzt wird, sei auf einige der häufigsten diesbezüglichen Fehlerwartungen eingegangen. So war es trotz mehrerer langwieriger Versuche nicht möglich, so etwas wie ein Existenzminimum für Studenten empirisch zu ermitteln. Die Studierenden kommen aus den verschiedenen sozialen Schichten und bringen unterschiedliche Vorstellungen über akzeptierbare Lebensverhältnisse für Studenten mit. Auch gibt es große Unterschiede in der Lebens- und Wohnform, nach Ausmaß der Erwerbstätigkeit und den Quellen der Studienfinanzierung. Ein Existenzminimum läßt sich, wenn überhaupt, nur für eine relativ homogene Gruppe empirisch beschreiben. Im Falle der Studierenden wäre es notwendig gewesen, für sehr viele unterschiedliche Gruppen von Studierenden eine große Zahl von Existenzminima zu identifizieren und zu begründen. Auch stellte sich im Rahmen der diesbezüglichen Versuche die Frage, ob empirische Untersuchungen überhaupt geeignet sind, mehr als Anhaltspunkte zur Lösung dieser Problematik zu bringen und ob die Definition und Begründung von solchen Größen wie einem Existenzminimum für eine bestimmte soziale Gruppe nicht im politischen Raum zu erfolgen hat. Die empirische Sozialforschung würde in diesem Fall überwiegend nur die Funktion erfüllen, zu beschreiben, welche Gruppe von Studierenden diesseits und jenseits einer solchen Grenze zu finden sind. Auch Mindestlöhne z.B. werden durch die Verhandlungen der Tarifpartner ermittelt und nicht durch statistische Methoden. Würde man in Analogie dazu die jeweiligen Höchstbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz als Existenzminimum ansehen, so wären die vorliegenden empirischen Ergebnisse dahingehend zu interpretieren, daß die Österreichische Hochschülerschaft für die Beihilfenbezieher mit dem Staat im wesentlichen erfolgreicher verhandelt hat, als ein großer Teil der Studenten mit den Eltern. Sollten diese Überlegungen zutreffen, so wäre z.B. das häufig zu beobachtende Verfahren, die Durchschnittseinnahmen oder -ausgaben der Studierenden als Existenzminimum interpretierend von IST- zu SOLL-Aussagen umzudeuten, unzulässig.

Falsch wäre es, von den vorliegenden Ergebnissen zu erwarten, sie sollten ein klares und eindeutiges Bild der sozialen Lage der Studenten vermitteln, das sich vielleicht auch noch unmittelbar in eine sozialpolitische Programmatik umsetzen ließe. Erhebungen wie diese können Sachverhalte wie die soziale Lage der Studierenden nur mittels statistischer Indikatoren beschreiben. Diese gewinnen aber erst im Zusammenhang mit qualitativen Informationen und mit Konzepten eine Bedeutung. Ohne solche haben sie keinen Informationswert, d.h. sie gewinnen diesen erst mit dem Benutzer.

Sicher gibt es auch nicht die soziale Lage der Studierenden. Die Studierenden sind eine viel zu inhomogene Gruppe. Die soziale Situation der Studierenden ist nicht durch Untersuchungen auf einen Nenner zu bringen. Ein solcher kann allenfalls Ergebnis eines Bewußtwer-

dungsprozesses der Studierenden selbst sein, sofern sie mehr sein können als eine Menge in (potentieller) Konkurrenz stehender Einzelpersonen. Korrekterweise könnte erst dann von den Studierenden als einer soziale Gruppe gesprochen werden. Fremddefinitionen reichen vermutlich nicht aus, um eine Gruppe zu konstituieren. Ob dieser gemeinsame Nenner in der materiellen Situation der Studierenden zu finden ist, ist durchaus offen. Fehlt den Studierenden das Bewußtsein einer gemeinsamen sozialen Lage, so läßt sich dies durch nichts ersetzen, auch nicht durch noch so umfangreiche und ausführliche Untersuchungen. Es ist deswegen auch schwer möglich, Problemgruppen innerhalb der Studierenden mittels Untersuchungen zu identifizieren. Die technische Aggregation von Individualdaten kann reale Gruppenbildung nicht ersetzen. Statistisch beschreibbar werden solche Gruppen erst dann, wenn sie sich im politischen Raum artikulieren. Politische Artikulation, die von einer einheitlichen sozialen Lage der Studierenden ausgeht, ist, sofern man darunter die materielle Situation versteht, wahrscheinlich nicht gegenstandsadäquat, wie die Ergebnisse zeigen. Die Ergebnisse der Studie legen aber auch nahe, die Studienbeihilfenbezieher nicht automatisch als die Problemgruppe zu bezeichnen, wie es häufig geschieht.

Die in diesem Bericht vorliegenden Daten können eines sicher nicht leisten: diese oder jene Maßnahme oder Forderung in irgendeiner Form - womöglich noch zwingend - zu begründen. Es handelt sich bei diesen Daten um Statistiken, die abweichend von der übrigen Praxis und der Wissenschaftstradition der empirischen Sozialforschung folgend auch verbal dargestellt werden. Sie haben wie andere Statistiken die Funktion, Primärerfahrungen (kritisch) überprüfen und "Fakten", falls über ihre Auswahl Einigkeit herstellbar ist, zwecks Verhandlungsoökonomie außer Streit stellen zu können.

Mit den vorliegenden Daten sind viele Sachverhalte beschrieben. Welche Handlungsfolgen sich aus diesen ergeben, ist nicht Sache statistischer Verfahren.

Mag. rer. soc. oec. Walter Steinbacher

A STUDIENFÖRDERUNG 1970 - 1983

Als Studienförderung werden alle öffentlichen Leistungen verstanden, die die Eltern für ihre studierenden Kinder bzw. die Studierenden direkt oder indirekt in Anspruch nehmen. Zur Studienförderung sind demnach auch die Leistungen der Sozialversicherung und des Familienlastenausgleichsfonds zu rechnen, auch wenn deren Umfang nicht oder nur sehr grob geschätzt feststellbar ist. Die Maßnahmen im Rahmen des Familienlastenausgleichs sind dem Bereich der indirekten Ausbildungsförderung zuzuordnen (1). Die wichtigsten Maßnahmen der Studienförderung sind:

- direkte Studienförderung durch den Bund:
 - o Studienbeihilfen
 - o Begabtenstipendien
 - o Studienunterstützungen
- direkte Studienförderung nicht aus Bundesmitteln
 - o sonstige Stipendien
- indirekte Studienförderung aus öffentlichen Mitteln
 - o Familienbeihilfe nach dem Familienlastenausgleichsgesetz
 - o Schülerfreifahrt und Schulfahrtbeihilfe nach dem Familienlastenausgleichsgesetz
 - o Subventionen für private Träger von Studienförderungsmaßnahmen (Mensen und Studentenheime)
 - o Sozialversicherung und Unfallversicherung für Studierende

Die Vergabe der Studienbeihilfe nach dem Studienförderungsgesetz erfolgt nur bei sozialer Bedürftigkeit. Die anderen Förderungsmaßnahmen können bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen von allen Eltern bzw. Studierenden in Anspruch genommen werden. Bei der Förderung entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit des Herkunftshaushaltes tritt die Studienförderung nur subsidiär und ergänzend, im Maß eines nachgewiesenen Mangels an finanzieller Leistungsfähigkeit der Familie des Studierenden, des Studierenden selbst bzw. seines Ehepartners zur Eigenfinanzierung hinzu. Im Wintersemester 1981/82 erhalten 12 % der inländischen ordentlichen Hörer eine Studienbeihilfe. Ca. ein Zehntel der Gesamtausgaben der Studierenden wird durch Studienbeihilfen finanziert (2). Der Großteil der Lebenshaltungskosten der Studierenden wird von ihrem Herkunftshaushalt bzw. von den Studierenden selbst aufgebracht (siehe Abschnitt C III). Gemessen am finanziellen Aufwand liegt das Schwergewicht der Studienförderung in Österreich - anders als in anderen

Ländern - bei den indirekten Förderungsleistungen (3). Im Jahre 1982 ist der geschätzte Aufwand, allein des Familienlastenausgleichsfonds, mit ca. 1,4 Milliarden Schilling (4) etwa drei Mal so hoch wie die Ausgaben für die Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz.

Die Maßnahmen nach dem Familienlastenausgleichsgesetz kommen den Eltern aller Studierenden, soweit die Studierenden das 27. Lebensjahr nicht überschritten haben, zugute. Sie sind vorrangig als familienpolitische Maßnahmen zu sehen, es kommt ihnen aber auch im Bereich der Ausbildungsförderung ein wichtiger Stellenwert zu, zumal sich in Österreich die direkte Studienförderung auf die relativ kleine Gruppe sozial Bedürftiger mit günstigem Studienerfolg beschränkt.

Neben der direkten Studienförderung aus Bundesmitteln spielen Stipendien, die von anderen Gebietskörperschaften, Kammern, Stiftungen etc. gewährt werden, für einzelne Gruppen von Studierenden eine Rolle (5). Sie sind aber insgesamt gesehen von geringerer Bedeutung als die Studienförderung des Bundes. Rund 1 % der Einnahmen aller Studenten entfällt auf diese Finanzierungsquelle (siehe Abschnitt C III). Das wären hochgerechnet jährlich etwa 50 Millionen Schilling (6).

Im Bereich der Finanzierung von Studentenheimen wird der Bund im Verhältnis zu anderen Gebietskörperschaften nur subsidiär tätig. Der Betrieb und der Bau von solchen Heimen erfolgen schwerpunktmäßig durch diverse private Trägerorganisationen, zum Teil durch Länder und Gemeinden. Wenngleich dazu keine statistischen Daten vorliegen, kann man annehmen, daß Länder und Gemeinden in einem erheblichen Ausmaß den Bau von Heimen mitfinanzieren.

Das Übergewicht indirekter Förderungsmaßnahmen sowie der relativ kleine Anteil der Studierenden, die eine Studienbeihilfe beziehen, haben zur Folge, daß von Änderungen des Studienbeihilfensystems (z.B. Umstellen auf Darlehen) nur sehr geringfügige Auswirkungen auf den Zustrom an die Universitäten zu erwarten wären. Betroffen wären ausschließlich Studierende aus den einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen, da der Großteil der Studienbeihilfenbezieher aus Haushalten stammt, deren Gesamtnettoeinkommen unter S 10.000,- monatlich liegt.

1. Studienkosten und Kosten der Universitätsausbildung

Seit der Abschaffung der Hochschultaxen im Jahr 1972 sind mit der Inskription eines Universitäts- oder Hochschulstudiums keine Kosten mehr verbunden. Im Vergleich zu anderen Ländern waren die vor 1972 eingehobenen Studiengebühren sehr gering. Sie

betragen für das Jahr 1971 pro Student ca. S 350,- pro Semester (7). Die Abschaffung der Hochschultaxen hat daher den Zustrom zu den Universitäten in keinem nachweisbaren Ausmaß beeinflusst. Diese Maßnahme hat nur das Inskriptionsverhalten beeinflusst. Studienabbrecher und Absolventen inskribieren häufiger als früher nach Abbruch / Abschluß des Studiums weiter, was sich als Verlängerung der Inskriptionsdauer (nicht der Studiendauer) auswirkt (8).

Die Ausgaben eines Studierenden für Studienmittel (Bücher, Lernbehelfe etc.) betragen ca. 5 % der Gesamtausgaben eines Studenten, das sind im Durchschnitt S 406,- monatlich. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Studienrichtungen sind gering (9).

Tab. 1 Durchschnittliche Höhe der Ausgaben für Studienmittel nach Studienrichtungen, in Schilling

	N	Durchschnittsausgaben
Theologie	25	327
Rechtswissenschaften	101	354
Sozial- und Wirtschaftswissenschaften	100	392
Medizin	121	455
Philosophisch-Humanwissenschaftliche Studien	65	430
Historisch-Kulturkundliche Studien	43	653
Philologie	115	341
Dolmetscherausbildung	21	656
Naturwissenschaften	89	441
Pharmazie	18	291
Sportwissenschaften	12	378
Bauingenieurwesen, Architektur	52	410
Maschinenbau	24	312
Elektrotechnik	15	170
Technische Naturwissenschaften	27	333
Technische Kurzstudien	3	500
Bodenkultur	24	325
Veterinärmedizin	10	615
Studienversuche	9	367
i n s g e s a m t	874	406

Quelle: Sozialerhebung 1980

Wegen der geringen Studienkosten dienen die von den Studierenden aufzubringenden Mittel fast ausschließlich der Finanzierung der Lebenshaltungskosten während des Studiums. Nach Ergebnissen der Sozialerhebung geben die Studierenden 1980, grob geschätzt, ca. 5,5 Milliarden Schilling aus, wovon ca. 1,5 Milliarden Schilling aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, 70 % werden also von Privathaushalten aufgebracht. Bei Zurechnung der lehrrelevanten Ausgaben für die Universitäten tragen rund 60 % aller Ausgaben für Studierende die öffentlichen, etwa 40 % die privaten Haushalte. Die Lebenshaltungskosten der Studierenden

werden zu ca. 30 % aus öffentlichen Mitteln bestritten. Vom jährlichen Durchschnittsaufwand von rund S 85.000,- pro Student würden dieser Schätzung zufolge S 25.000,- von den privaten Haushalten aufgebracht. Der jährliche lehrrelevante Aufwand für die Universitäten wäre nach dieser Schätzung mit rund 4,5 Milliarden Schilling niedriger als der Aufwand für die Lebenshaltung der Studierenden, der bei rund 5,5 Milliarden Schilling liegt.

Tab. 2 Schätzung der Ausgaben der öffentlichen und privaten Haushalte für die Kosten der Universitätsausbildung für das Jahr 1980, in Milliarden Schilling

	insgesamt
öffentliche Haushalte	6,0
lehrrelevantes Hochschulbudget (1)	4,5
öffentlicher Sozialaufwand für Studierende (2)	1,5
private Haushalte	4,0
Gesamtausgaben der Studierenden abzüglich öffentlicher Sozialaufwendungen (3)	4,0
i n s g e s a m t	10,0

- (1) Grober Schätzwert: zwei Drittel des Hochschulbudgets 1980 ohne Bauausgaben und hochschulrelevante Förderung von Wissenschaft und Forschung
- (2) Schätzwert: Sozialaufwand des Bundes, Schülerfreifahrt und Familienbeihilfe
- (3) Gesamtausgaben der Studierenden 1980 = monatliche Ausgaben laut Sozialerhebung 1980 x Zahl der Studierenden x 10 (Monate)

- (1) vgl. z. B. McKinsey & Company, Inc., Bildungswesen im Vergleich, Darstellung der Ausbildungsförderung in sechs ausgewählten Ländern, Bonn 1974
- (2) Gemäß Sozialerhebung 1980 werden 11 % der monatlichen Einnahmen aller Studenten durch Studienbeihilfen finanziert (siehe Abschnitt C III).
- (3) vgl. McKinsey & Company, a.a.O.
- (4) Siehe Anhang
- (5) siehe Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Bundesministerium für soziale Verwaltung, Universitäten, Hochschulen '82, Studium und Beruf, Wien 1982, S. 244 f
- (6) Schätzung wie folgt: S 55,- (1 % von S 5.500,- Einnahmen der Studenten im Sommersemester 1980) x 10 (Monate) x 97.830 (Studierende im Wintersemester 1980/81)
- (7) vgl. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Hochschulbericht 1972, S. 239
- (8) vgl. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für sozioökonomische Entwicklungsforschung, Hochschulplanungsprognose, Berichte, im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, Wien 1981
- (9) Österreichisches Gallup-Institut, Sozialerhebung bei Studenten, Ergänzung, Bericht, Wien 1982, S. 4

2. Sozialmaßnahmen seit 1970 (Überblick)

Seit 1970 wurden neue Sozialmaßnahmen eingeführt bzw. bestehende weitergeführt. Die folgende Aufstellung zeigt die wichtigsten dieser Maßnahmen in einer chronologischen

ÜBERSICHT

- 1971
 - o 1. Novelle des Studienförderungsgesetzes
 - o Einführung der Schülerfreifahrt und der Schulfahrtbeihilfe nach dem Familienlastenausgleichsgesetz
- 1972
 - o Abschaffung der Hochschultaxen
 - o 2. Novelle des Studienförderungsgesetzes
- 1973
 - o Gründung der Mensen-Betriebsgesellschaft m.b.H. durch die Republik Österreich und die Österreichische Hochschülerschaft
 - o Einführung der Sozialversicherung für Studierende
 - o 3. Novelle des Studienförderungsgesetzes
- 1974
 - o 4. Novelle des Studienförderungsgesetzes
- 1976
 - o Einführung der außerordentlichen Studienunterstützungen
- 1977
 - o 5. Novelle des Studienförderungsgesetzes
 - o Einführung der gesetzlichen Unfallversicherung für Studierende
- 1979
 - o 6. Novelle des Studienförderungsgesetzes
- 1981
 - o 7. Novelle des Studienförderungsgesetzes
- 1982
 - o 8. und 9. Novelle des Studienförderungsgesetzes
- 1983
 - o 10. Novelle des Studienförderungsgesetzes

3. Studienförderung

3.1 Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz 1969

Seit 1963 (Bundesgesetz vom 16. Oktober 1963 über die Gewährung von Studienbeihilfen an Hochschüler und Kunsthochschüler BGBl. Nr. 249/1963) haben Studierende österreichischer Staatsbürgerschaft unter bestimmten Voraussetzungen einen gesetzlich festgelegten Anspruch auf Gewährung einer Studienbeihilfe. Grundsätzlich gelten als Förderungsvoraussetzungen soziale Bedürftigkeit und der Nachweis eines günstigen Studienerfolgs. Das Studium muß innerhalb von zehn Jahren nach Erlangung der Hochschulreife und vor Vollendung des 35. Lebensjahres aufgenommen werden. Durch das Bundesgesetz vom 22. Oktober 1969 über die Gewährung von Studienbeihilfen und Begabtenstipendien wurde weiters festgelegt, daß zu fördernde Studierende höchstens eine Halbtagsbeschäftigung ausüben, die Studienrichtung nicht mehr als einmal wechseln und die vorgesehene Studienzeit um nicht mehr als ein Semester überziehen dürfen.

Die entscheidenden Kriterien für die Gewährung der Studienbeihilfe sind somit Studieneignung und materielle Situation des Studierenden und seiner Herkunftsfamilie (Bedürftigkeitsprinzip). Als Studienleistung werden "normale" Leistungen gefordert, die erwarten lassen, daß das Ausbildungsziel erreicht werden kann.

Das Studienförderungsgesetz von 1969 wurde bisher 10 mal novelliert. Neben technisch bedingten Änderungen sowie der Anpassung an Gesetzesentwicklungen in anderen Bereichen (Einkommensteuerrecht) werden durch die Novellen Beihilfenhöhen, Bemessungsgrundlagen und Absetzbeträge der Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepaßt.

Mit der Gesetzesnovelle von 1971 (BGBl.Nr. 330/1971) war eine Anpassung von Förderungsbetrag und Einkommensgrenze verbunden. Bedeutung kommt auch der Neudefinition des Einkommensbegriffes zu. Nach § 2 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes von 1967 wurden bis 1971 die wichtigsten steuerfreien Bezüge dem Einkommen hinzugerechnet. Durch den Wegfall dieser Hinzurechnungen kam eine weitere Erhöhung der Einkommensgrenzen auf indirektem Wege zustande. Der Förderungsbetrag selbst wurde für alle Beziehergruppen um S 2.000,- erhöht.

Die Gesetzesnovelle von 1974 (BGBl.Nr. 182/1974) führte zu einer neuerlichen Anpassung der Förderungsbeträge und der Einkommensgrenzen und zur Anpassung des Studienförderungsrechtes an das Einkommensteuergesetz von 1972. Ferner wurden weitere Erhöhungen der Zusatzbeträge für unterhaltsberechtigten Familienmitglieder bzw. bei getrennter Haushaltsführung der Eltern sowie eine Verbesserung der entsprechenden Bestimmung bei verheirateten Studenten festgelegt.

Die Novelle 1977 (BGBl.Nr. 228/1977) geht vom Prinzip gestaffelter Einkommensgrenzen, denen jeweils bestimmte Förderungsbeträge zugeordnet sind, ab. Nunmehr bemißt sich der Förderungsbetrag nach einer steigenden prozentualen Beteiligung an den Kosten des Unterhalts der Studierenden bei wachsendem Einkommen der Eltern. Ausgangspunkt ist die Festsetzung eines Grundbetrages der jährlichen Förderung. Dieser Betrag kann sich, wenn bestimmte Kriterien erfüllt werden (auswärtiges Studium und/oder eigener Haushalt), erhöhen. Andererseits wird der Förderungsbetrag durch eigenes Einkommen bzw. durch die mögliche Unterhaltsleistung der Eltern vermindert. Grundsätzlich wird das elterliche Einkommen dann nicht mehr als Bemessungsgrundlage herangezogen, wenn sich der Studierende über 4 Jahre vor Aufnahme des Studiums selbst erhalten hat. Mit der Novelle von 1977 wird auch das Vermögen zur Bemessung der Studienbeihilfe herangezogen. Ein Anspruch auf Ausbildungsförderung besteht nicht mehr, wenn das nach dem Vermögenssteuergesetz steuerpflichtige Vermögen der Eltern und des Studierenden sowie von dessen Ehegatten zusammen S 500.000,- übersteigt bzw. wenn bei einem Vermögen von S 300.000,- der errechnete Förderungsbetrag weniger als die Hälfte des Maximalbetrages ausmachen würde.

Die Novelle des Studienförderungsgesetzes 1979 (BGBl.Nr. 425/1979) hat im wesentlichen eine Anpassung der Förderungsbestimmungen an die allgemeine Einkommensentwicklung zum Ziel. Die Förderungsgrundbeträge wurden angehoben, ebenso die Absetzbeträge.

Die Novelle 1981 (BGBl.Nr. 333/1981) brachte folgende Veränderungen: Die Bemessungsgrundlagen für die Studienbeihilfen wurden bis zu 30 % angehoben. Für die Ermittlung der sozialen Bedürftigkeit wurde ein neuer Einkommensbegriff definiert, der eine größere soziale Gerechtigkeit erwarten läßt. Die Absetzbeträge und Freibeträge, die bei Ermittlung der Beihilfenhöhe vorgesehen sind, wurden erhöht. Behinderte Studierende erhalten eine um S 15.000,- erhöhte Studienbeihilfe. Behinderte finden auch besondere Berücksichtigung bei Absetzbeträgen. Anträge auf Erhöhung der Studienbeihilfe sind nun jederzeit während der Laufzeit der Studienbeihilfe möglich.

Mit den Novellen 1982 (BGBl.Nr.114/1982 und 323/1982) wurden das Begabtenstipendium auf S 6.000,- erhöht und die Anträge von Gebühren und Bundesverwaltungsabgaben befreit.

Die Novelle 1983 (BGBl.Nr. 167/1983) soll eine 10%ige Erhöhung der Studienbeihilfe und eine ungefähr diesem Prozentsatz entsprechende Anhebung der Bemessungsgrundlagen und Absetzbeträge bewirken. Weiters sieht der gegenständliche Gesetzesbeschluß eine Änderung der Bestimmungen über den Nachweis betreffend den Studienerfolg vor, wobei - im Sinne der Lernfreiheit - die bisher vorgesehenen Einschränkungen auf bestimmte Lehrveranstaltungen fallengelassen werden. Wie bisher müssen allerdings die Studiennachweise in

einem Umfang vorgelegt werden, der dem Studienfortgang, gemessen an der Studienzeit des jeweiligen Studienabschnittes, entspricht. Die für verheiratete Studierende vorgesehene höhere Studienbeihilfe soll auch für unverheiratete Studierende gelten, denen die Pflege und Erziehung mindestens eines Kindes zukommt. Der vorliegende Gesetzesbeschluß sieht ferner vor, daß der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Unterricht und Kunst und dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz durch Verordnung jene an den Studienort angrenzenden Gemeinden bezeichnen kann, die wegen ihrer verkehrsgünstigen Lage zum Studienort geeignet sind, dem Studienort bei Berechnung der Ansprüche gleichgesetzt zu werden. Nunmehr werden Studienerfolge, die in der ersten sechs Wochen des Semesters erzielt wurden, in denen um Studienbeihilfe angesucht wird, ebenfalls berücksichtigt. Solche Studienerfolge können allerdings nur im Zuerkennungszeitraum der Studienbeihilfe berücksichtigt werden.

Die folgende Übersicht zeigt die wichtigen Veränderungen im Studienförderungsgesetz bezüglich Bemessungsgrundlagen, Absetzbeträgen und Stipendienhöhen durch die Novellen 1971 bis 1983.

Übersicht über die Einkommenshöhe (Bemessungsgrundlagen) und Beihilfenhöhe nach dem Studienförderungsgesetz 1969 sowie den Novellen 1971, 1974, 1977, 1979, 1981 und 1983

	jeweilige Beträge in S 1.000,-						
	StFG 1969	1971	1974	1977	1979	1981	1983
A. Einkommensgrenze und Beihilfenhöhe							
1. für Studierende, deren Eltern verstorben sind, oder die sich vor Aufnahme des Studiums durch mindestens vier (bis 1971: fünf) Jahre zur Gänze selbst erhalten haben (§ 9/1a bzw. § 9/1, 2a, b)							
a. Unverheiratete bei einem eigenen Einkommen (Bemessungsgrundlage) für Höchst-, Mindestförderung	3	3	5	5	6	12	13
erhalten eine Studienförderung in der Höhe der Höchst-, Mindestförderung	17	20	29	39	43	47	49,2
b. Verheiratete bei einem eigenen Einkommen (Bemessungsgrundlage) für Höchst-, Mindestförderung	3	3	5	5	6	12	13
erhalten eine Studienförderung in der Höhe der Höchst-, Mindestförderung	17	19	24	35	38	38	41,8
	3	2	2	2	2	2	2

	jeweilige Beträge in S 1.000,-						
	StFG 1969	1971	1974	1977	1979	1981	1983
2. für Studierende, die während des Studiums nicht am Aufenthaltsort der Eltern wohnen, und für verheiratete Studierende, die nicht mit einem Eltern- oder Schwiegereltern in einem Haushalt wohnen (§ 9/1b bzw. § 9/1, 2c, d)							
a. Unverheiratete Studierende bei einem Elterneinkommen (Bemessungsgrundlage) für Höchst-, Mindestförderung	22,5	20	20	10	13	40	44
erhalten eine Studienförderung in der Höhe der Höchst-, Mindestförderung	74	83	90	118,2	130,2	158,3	167
b. Verheiratete Studierende bei einem Elterneinkommen (Bemessungsgrundlage) für Höchst-, Mindestförderung	22,5	20	20	10	13	40	44
erhalten eine Studienförderung in der Höhe der Höchst-, Mindestförderung	80	89	96	125,5	139	167,4	178,8
	20	22	27	39	43	43	47,3
	2	3	2	2	2	2	2
3. für alle übrigen Studierenden (§ 9/1c bzw. § 9/1)							
a. Unverheiratete Studierende bei einem Elterneinkommen (Bemessungsgrundlage) für Höchst-, Mindestförderung	22,5	20	20	30	33	40	44
erhalten eine Studienförderung in der Höhe der Höchst-, Mindestförderung	66	77	81	100	110,2	130,1	136,8
b. Verheiratete Studierende bei einem Elterneinkommen (Bemessungsgrundlage) für Höchst-, Mindestförderung	22,5	20	20	30	33	40	44
erhalten eine Studienförderung in der Höhe der Höchst-, Mindestförderung	72	83	87	107,3	119,3	141,2	149,3
	14	16	19	25	28	30	33
	2	2	2	2	2	2	2
B. Absetzbeträge							
1. Absetzbetrag für unterhaltspflichtige Personen für die							
1. Person	9	11	12	15	17	19	21
2. Person	12	14	15	15	17	19	21
3. Person	15	16	18	15	17	19	21
und jedes weitere, nicht schulpflichtige Kind	7	8	9	15	17	19	21

	jeweilige Beträge in S 1.000,-						
	StFG 1969	1971	1974	1977	1979	1981	1983
2. zusätzlicher Absatzbetrag für							
a. weitere Studenten in der Herkunftsfamilie	5	5	6	6	7	8	9
b. erheblich behinderte Kinder nach dem Familienausgleichsgesetz	-	-	-	9	10	15	16,5
c. Absatzbetrag für über 27jährige Studierende	-	-	-	-	-	14	15,5
C. Minderung der Beihilfe							
a. erhält der Studierende von mehreren Stellen Beihilfen so wird die Studienbeihilfe um den über S ... liegenden Betrag vermindert, und zwar nach § 9/1a bzw. 9/1, 2a, b							
unverheiratete	21	22	30	38	46	46	49,8
verheiratete	25	28	38	42	51	51	55,3
nach § 9/1b bzw. 9/1, 2c, d							
unverheiratete	21	22	30	38	46	46	49,8
verheiratete	25	28	38	42	51	51	55,3
nach § 9/1c bzw. 9/1							
unverheiratete	15	16	23	28	31	33	35,5
verheiratete	19	22	31	32	36	38	41
b. Minderung der Beihilfe um das Einkommen des Ehepartners bei verheirateten Studierenden um jenen Betrag, der S ... übersteigt bei 30 von Hundert zur Hälfte	-	-	-	30	33	36	40
zur Gänze	22	40	50	-	-	-	-
D. Einkommens-Freibetrag							
Höhe des berücksichtigten Betrages aus Ferialarbeit, als halbbeschäftigter Vertragsassistent etc. (§ 4/3)	20	22	27	27	30	33	33

3.1.1 Beihilfenbezug

Im Wintersemester 1981/82 erhalten 13.229 Studierende an Universitäten und 546 an Hochschulen künstlerischer Richtung eine Studienbeihilfe. Das sind jeweils 12 % und 14 % der inländischen ordentlichen Hörer dieser Anstalten. Im Sommersemester 1982 werden

zusätzlich 2.116 Beihilfen an Studierende an Universitäten und 82 an Studierende an Hochschulen künstlerischer Richtung vergeben. Im Studienjahr 1981/82 werden demnach fast 16.000 Beihilfen bewilligt.

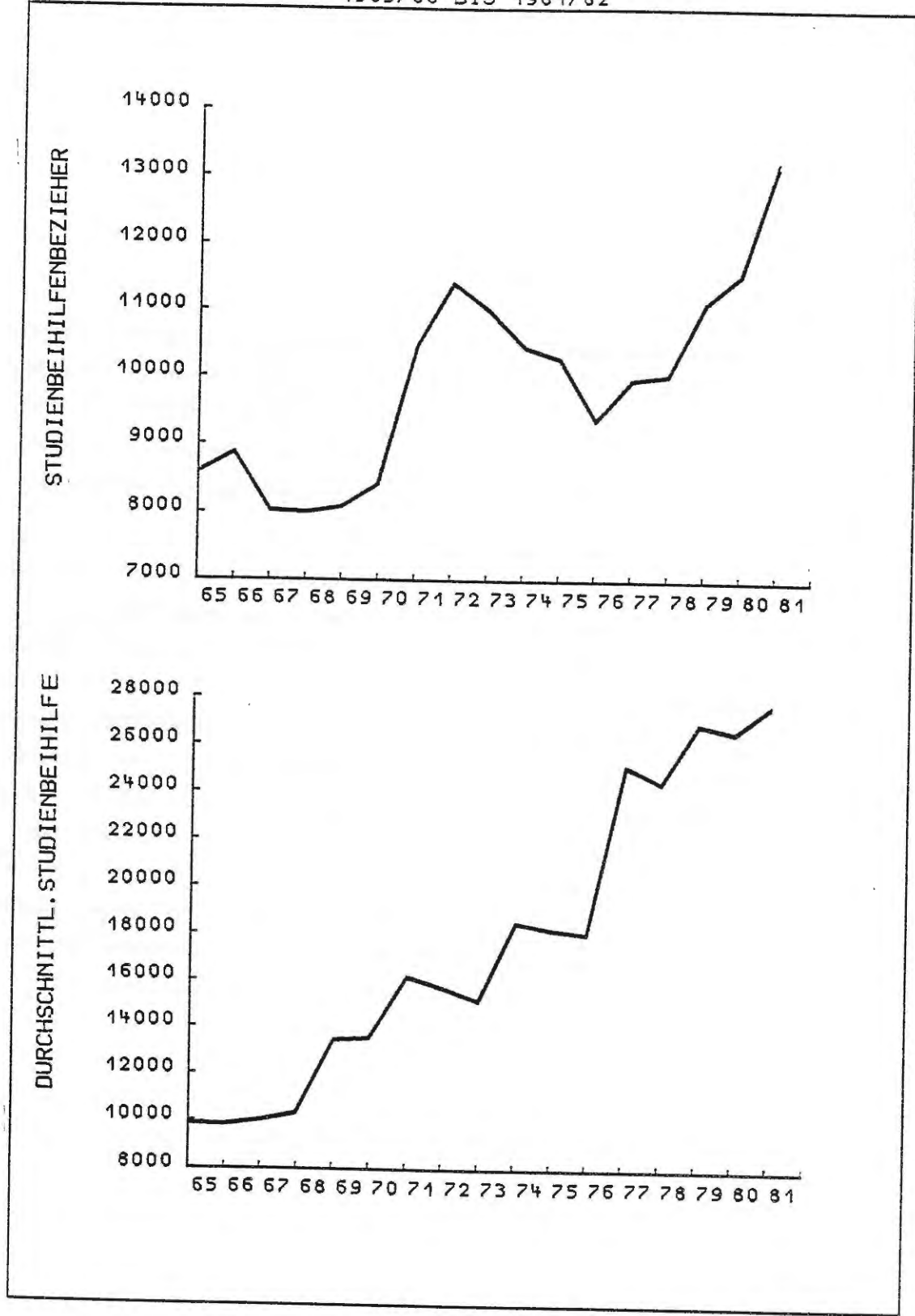
Die Entwicklung der Zahl der Beihilfenbezieher ist einerseits vom Zustrom zu den Universitäten, andererseits von der Definition der Anspruchsberechtigung bestimmt. Dabei ist die Festlegung der Bemessungsgrundlagen - das sind die Einkommen der Studierenden bzw. ihrer Unterhaltsverpflichteten, bei denen noch eine Beihilfe gewährt wird - für die Entwicklung der Zahl der Beihilfenbezieher der wichtigste Faktor.

Die starke Steigerung des Zustroms zu den Universitäten in den letzten 15 Jahren drückt sich in einer tendenziell steigenden Zahl von Beihilfenbeziehern aus. Seit Inkrafttreten des Studienförderungsgesetzes 1969 ist die Zahl der Beihilfenbezieher an Universitäten und Hochschulen künstlerischer Richtung von rund 8.500 auf derzeit knapp 14.000 gestiegen. Das ist eine Steigerung von 62 %. Im selben Zeitraum hat die Zahl der inländischen ordentlichen Hörer an Universitäten und Hochschulen künstlerischer Richtung um 168 % zugenommen.

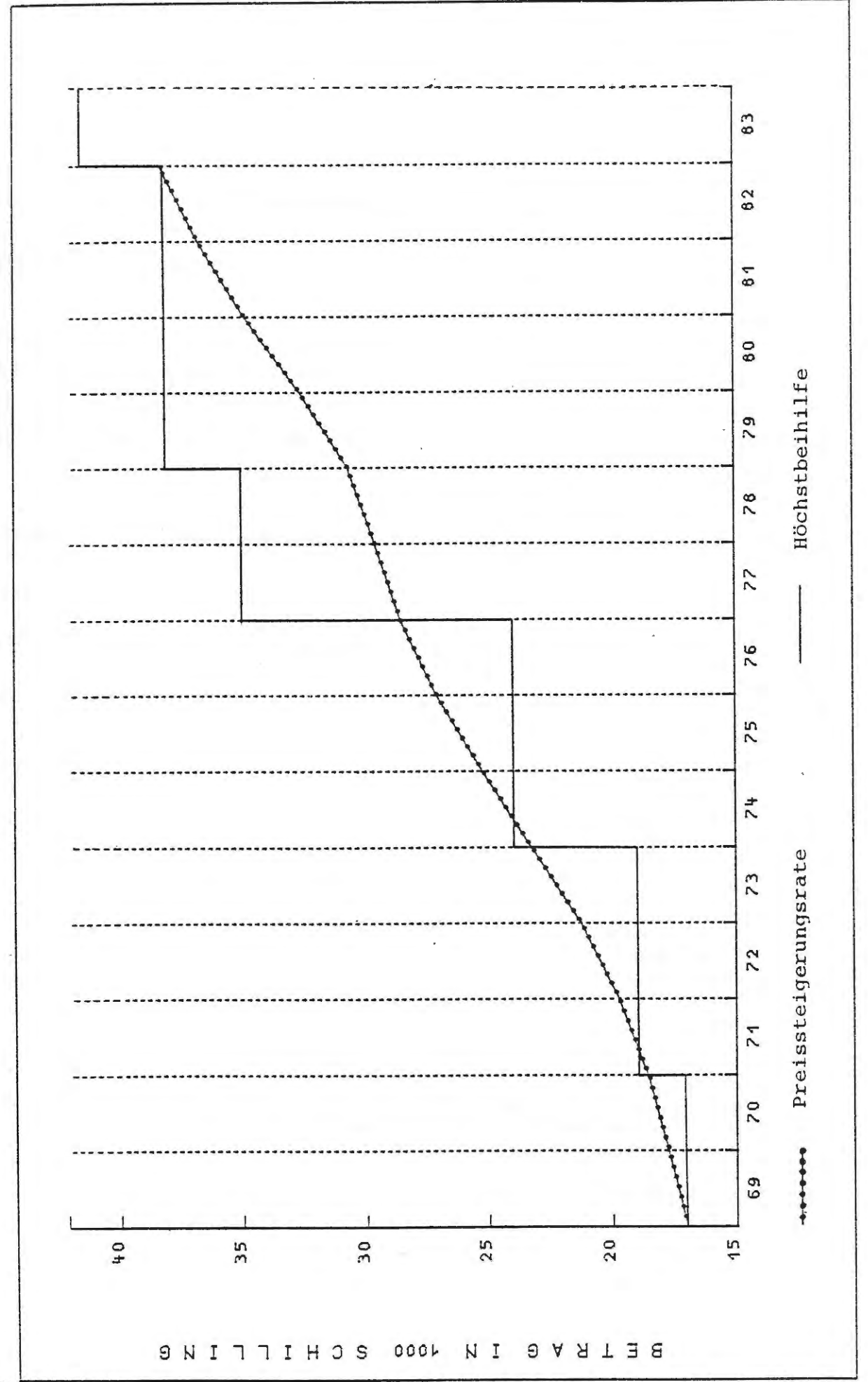
Eine starke Steigerung ergab sich infolge der Novelle 1971 durch eine Erhöhung der Bemessungsgrundlagen und durch die Neudefinition des Einkommens. Beginnend mit der Novelle 1974 erfolgte eine Veränderung der Prioritätensetzung. Bis Anfang der siebziger Jahre ging die Studienförderung von einem Konzept einer breiten Streuung der Förderung aus. Merkmal dieses Systems ist ein relativ hoher Anteil von Beihilfenbeziehern an den Gesamtstudentenzahlen bei relativ geringen Förderungsbeträgen. Mit den Novellen 1974 und 1977 erfolgte einer Änderung in der Zielsetzung. Das System einer breiten Streuung der Beihilfenbezieher wurde auf ein System der Förderung der sozial Schwächsten umgestellt. Erreicht wurde diese Prioritätenverlagerung durch eine starke Erhöhung der Beihilfenhöhen und eine geringere Erhöhung der Einkommensgrenzen. Als Folge dieser veränderten Prioritätensetzung ging die Zahl der Beihilfenbezieher bis zum Wintersemester 1976/77 zurück und stieg auch nach der Novelle 1977 nur mehr geringfügig an. Mit der Novelle 1979 erfolgte wieder eine stärkere Korrektur der Einkommensgrenzen nach oben, sodaß die Zahl der Beihilfenbezieher wieder zunahm und im Wintersemester 1980/81 wieder den Stand von 1971/72 erreichte. Mit der Novelle 1981 wurde der Kreis der Beihilfenbezieher erneut ausgeweitet. Die Novelle 1983 wird voraussichtlich keinen großen derartigen Effekt haben.

Gemäß den vorliegenden Prognosen (Hochschulbericht 1981) wird die Zahl der Erstinskribierenden in den folgenden Jahren kaum mehr zunehmen. Eine Steigerung der Zahl der Beihilfenbezieher aufgrund des Zustroms zu den Universitäten ist daher in den kommenden Jahren nur mehr in geringem Ausmaß zu erwarten.

ENTWICKLUNG DER ANZAHL DER STUDIENBEIHILFENBEZIEHER SOWIE DER HOEHE DER DURCHSCHNITTLICHEN STUDIENBEIHILFE, 1965/66 BIS 1981/82



ENTWICKLUNG DER HOECHSTBEIHILFE (FUER UNVERHEIRATETE STUDIERENDE) UND DER PREISSTEIGERUNGSRATE



Die Zusammensetzung der Beihilfenbezieher nach den verschiedenen Gruppen von Anspruchsberechtigten ist im letzten Jahrzehnt weitgehend stabil geblieben. Die mit Abstand größte Gruppe sind mit 70 % unverheiratete Studierende, die nicht am Wohnort der Eltern studieren. Die zweitgrößte Gruppe sind mit 18 % Unverheiratete, die am Studienort wohnen. Auf verheiratete Studierende entfallen 4 % der Beihilfenbezieher (siehe Tabelle im Anhang).

Der durchschnittliche an Beihilfenbezieher ausbezahlte Betrag ist im Berichtszeitraum - Wintersemester 1974/75 bis Wintersemester 1981/82 - um 76 % gestiegen und beträgt im Wintersemester 1981/82 S 27.770,-. Die Unterschiede in den Steigerungsraten zwischen den einzelnen Gruppen von Beihilfenbezieher sind nicht sehr groß (siehe Tabelle im Anhang), wohl aber der Umfang der durchschnittlich ausbezahlten Beträge.

Tab. 3 Durchschnittliche Höhe der vergebenen Studienbeihilfen nach Kategorien der Bezieher im Studienjahr 1981/82

	Beihilfenbezieher					
	lit. a (1)		lit. b (2)		lit. c (3)	
	unvh. (4)	vh. (4)	unvh. (4)	vh. (4)	unvh. (4)	vh. (4)
mögliches Höchststipendium in S	38.000	43.000	38.000	43.000	25.000	30.000
durchschnittliche Höhe der vergebenen Studienbeihilfen in S	37.360	39.470	29.640	33.510	17.090	19.000
Anteil der Studierenden, die ein Höchststipendium beziehen, in Prozent	94	73	37	36	26	20
Anteil der Studierenden, die ein Stipendium beziehen, das maximal S 5.000,- unter dem Höchststipendium liegt, in Prozent	96	80	51	50	43	40

- (1) Studenten, deren Eltern verstorben sind, oder die sich vor Aufnahme des Studiums mindestens vier Jahre zur Gänze selbst erhalten haben
- (2) Unverheiratete Studierende, die nicht am Wohnort der Eltern studieren, bzw. verheiratete Studenten, die nicht mit den Eltern zusammenwohnen
- (3) Alle übrigen Studenten, die Anspruch auf eine Beihilfe haben
- (4) unvh. = unverheiratet
vh. = verheiratet

Quelle: Studienbeihilfenstatistik des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Tab. 4 Entwicklung der Zahl der Beihilfenbezieher nach Höhe der vergebenen Beträge, Wintersemester 1975/76 und Wintersemester 1981/82, Universitäten

Beihilfenklasse (1) nach Höhe der Beihilfe	Von allen Kategorien von Beihilfenbezieher erhalten eine..... Beihilfe			
	Wintersemester 1975/76		Wintersemester 1981/82	
	absolut	in %	absolut	in %
I hohe Beihilfe	6.664	65,4	7.867	59,5
II	1.937	19,0	2.695	20,4
III	946	9,3	1.677	12,7
IV niedere Beihilfe	635	6,2	990	7,5
insgesamt (2)	10.182	100,0	13.229	100,0

- (1) Eine Klasse wurde jeweils als ein Viertel aller Beihilfenhöhen definiert. Mit I sind jeweils die obersten Beihilfenhöhen bezeichnet. Je nach Höhe der Höchststipendien in den einzelnen Jahren und Kategorien von Beihilfenbezieher sind darin aber verschiedene monetäre Größen enthalten.
- (2) Nicht zuordenbare Fälle ausgenommen

Quelle: Studienbeihilfenstatistik des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

3.2 Begabtenstipendien nach dem Studienförderungsgesetz 1969

Zusätzlich zur Studienförderung nach sozialen Gesichtspunkten werden gemäß dem Studienförderungsgesetz auch Begabtenstipendien vergeben. Dieses Stipendium wird unabhängig von der sozialen Lage der Studenten an zehn Prozent der inländischen ordentlichen Hörer vergeben. Es betrug früher jährlich S 5000,- und wurde mit der Novelle 1981 auf S 6.000,- erhöht. Neben der Zehn-Prozent-Klausel sind die folgenden Bestimmungen an die Vergabe eines "Begabtenstipendiums" geknüpft:

- Der Bewerber muß mindestens im vierten Semester seines Studiums sein.
- Er darf die Mindeststudiendauer seiner Studienrichtung nicht überschritten haben.
- Er muß die vorgeschriebenen Diplomprüfungen zumindest mit dem zweitbesten Kalkül abgelegt haben.

Im Studienjahr 1981/1982 wurden insgesamt 6.745 Begabtenstipendien vergeben, wofür ein Betrag von 33,7 Millionen Schilling aufgewendet wurde.

Seit einigen Jahren sind Überlegungen zu einer Reform der Begabtenförderung im Gang (Hochschulbericht 1981), da die sehr formalistische Definition des Anspruchs allseits als unbefriedigend angesehen wird. In den Jahren 1981 und 1982 wurde auch der Akademische Rat damit befaßt. Im Dezember 1982 wurde eine Enquete zu dieser Problematik abgehalten. Wegen der Schwierigkeit der Materie konnte aber bis jetzt keine befriedigende Neuregelung gefunden werden.

Tab. 5 Zugewiesene Begabtenstipendien nach dem Studienförderungsgesetz seit dem Studienjahr 1969/70

Studienjahr	Universitäten	Kunsthochschulen	Betrag in S
1969/70	2.413	83	12,480.000
1970/71	2.590	103	13,465.000
1971/72	2.638	111	13,745.000
1972/73	2.774	132	14,530.000
1973/74	3.221	134	16,775.000
1974/75	3.707	150	19,285.000
1975/76	3.802	169	19,855.000
1976/77	4.723	186	24,545.000
1977/78	5.019	204	26,115.000
1978/79	5.228	214	27,210.000
1979/80	5.653	220	29,365.000
1980/81	6.117	224	31,750.000
1981/82	6.513	232	33,725.000

Quelle: Hochschulberichte 1975, 1978, 1981

3.3 Außerordentliche Studienunterstützungen

Seit dem Frühjahr 1976 werden vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in größerem Umfang außerordentliche Studienunterstützungen vergeben. Zweck der außerordentlichen Studienunterstützung ist es, in sozialen Härtefällen zu helfen, da die gesetzlich geregelten Förderungsmaßnahmen keine Einzelfälle erfassen können. Die Vergabe von außerordentlichen Studienunterstützungen ist an den Studienerfolg gebunden. Die Ansuchen um Unterstützung werden von einer Kommission, der auch Studentenvertreter angehören, geprüft. Entsprechend der sozialen und wirtschaftlichen Notlage des Bewerbers werden Vorschläge an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung erstattet.

Tab. 6 Budgetaufwendungen für Studienunterstützungen 1974 bis 1983, jeweils Jahresabschluss

1/14108	Budgetaufwendungen Jahresabschluss
1974	144.000
1975	664.000
1976	1,118.000
1977	1,847.000
1978	1,023.000
1979	997.000
1980	1,213.000
1981	3,643.000
1982	5,500.000 (1)
1983	5,500.000 (2)

(1) vorläufiger Abschluß

(2) Bundesvoranschlag

3.4 Sozialversicherung und Unfallversicherung

Seit dem Jahr 1973 ist es den Studierenden an Universitäten, Hochschulen künstlerischer Richtung und Akademien möglich, sich für den Krankheitsfall versichern zu lassen. Die Versicherung ist bei allen Anstalten möglich, für die die Bestimmungen des ASVG zutreffen. Studenten erwerben dadurch, von einigen Ausnahmen abgesehen, die gleiche Anspruchsberechtigung wie die übrigen Versicherten bei diesen Anstalten.

Derzeit ist von den derart versicherten Studenten an den Universitäten und Hochschulen künstlerischer Richtung ein monatlicher Beitrag von S 180,- zu zahlen. Die Hälfte dieses Beitrages wird vom Bund übernommen. Für Leistungen des Bundes dieser Art sind im Bundesvoranschlag 1983 17,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Alle ordentlichen Hörer österreichischer Staatsbürgerschaft sind nach den Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes unfallversichert. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf alle Unfälle, die mit der Universitätsausbildung in Zusammenhang stehen. Die Unfallheilbehandlung kann in jedem Unfallkrankenhaus der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt sowie in allen vertraglichen Unfallabteilungen dieser Anstalten in Anspruch genommen werden, und zwar ohne Kostenbeitrag.

Unabhängig von der gesetzlichen Unfallversicherung bzw. als Ergänzung dazu hat die Österreichische Hochschülerschaft eine Kollektiv-Unfallversicherung mit einem privaten Versicherungsunternehmen abgeschlossen. Die Prämie von S 5,- pro Semester wird mit dem Hochschülerschaftsbeitrag eingehoben.

3.5 Subventionen für Studentenheime und Mensen

Der Bund subventioniert mit derzeit mehr als 70 Millionen Schilling Studentenheime und Mensen. Der für 1983 vorgesehene Betrag ist nahezu dreimal so hoch wie die Aufwendungen Anfang der siebziger Jahre. Sowohl bei Mensen als auch bei Studentenheimen beschränkt sich die Subvention auf Investitionsausgaben der Heimträger.

Die Heimträger sind Vereine, Stiftungen und Körperschaften öffentlichen Rechts. Es gibt keine vom Bund geführten Heime.

Bis zum Jahr 1974 gab es an den verschiedenen Hochschulen eine relativ geringe Koordination zwischen den einzelnen Mensen in den Hochschulstädten. Ein Teil der Mensen stand unter der direkten Verwaltung der österreichischen Hochschülerschaft, ein Teil der Mensen wurde privat geführt.

Tab. 7 Bundes-Budgetmittel für Studentenheime und Mensen, 1970 bis 1983, Universitäten und Hochschulen künstlerischer Richtung, Rechnungsabschluß

Studienjahr	Bundes-Budgetmittel in S für Studenten- heime und Mensen
1970	27,322.972
1971	25,914.734
1972	36,197.946
1973	40,594.173
1974	56,190.900
1975	82,224.000
1976	80,272.000
1977	71,560.000
1978	67,469.000
1979	68,807.000
1980	66,671.120
1981	72,658.000
1982 (1)	74,904.000
1983 (1)	75,806.000

(1) Bundesvoranschlag

1974 gründeten die Republik Österreich und die Österreichische Hochschülerschaft die Österreichische Mensen-Betriebsgesellschaft m.b.H. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist nicht gewinnorientiert. Sie arbeitet aber mit dem Kostendeckungsprinzip. Ziel der Gesellschaft ist es, durch Zusammenschluß möglichst vieler Mensen eine Rationalisierung der Verwaltung und damit verbunden eine Senkung der Fixkosten sowie durch große Einkaufsvereinbarungen eine besondere Preisbegünstigung beim Einkauf zu erreichen. Damit soll den Studenten ein qualitativ gutes Essen zu sozialen Preisen geboten werden.

Derzeit sind in Wien, Graz, Innsbruck und Leoben fünfzehn Mensen durch die Gesellschaft erfaßt. Bestehende private Mensen können sich der Österreichischen Mensen-Betriebsgesellschaft anschließen. Für das laufende Jahr betragen die Zuwendungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für Mensen 9 Millionen Schilling.

Im Studienjahr 1982/83 gibt es laut Heimerhebung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung 141 Studentenheime gegenüber 102 im Studienjahr 1974/75. Die Zahl der Heimplätze ist im selben Zeitraum von 12.285 auf 17.022 gestiegen. Im Studienjahr 1970/71 gab es rund zehntausend Heimplätze. Die Zahl der Heime und Heimplätze hat an allen Hochschulorten zugenommen, wenn auch mit erheblichen Unterschieden in den absoluten und relativen Zuwächsen (siehe Tabellen im Anhang).

Tab. 8 Zahl der Heime und Heimplätze, Studienjahr 1970/71, 1974/75 und 1982/83

	1970/71 (1)	1974/75 (1)	1982/83 (2)
Zahl der Heime	(3)	102	141
Zahl der Heimplätze	10.330	12.285	17.022

(1) Studieninformation A5 des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, 1970/71, 1974/75, unvollständig, ca. 500 Heimplätze nicht erfaßt
 (2) Heimerhebung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung
 (3) keine statistischen Daten vorhanden

Der durchschnittliche Preis eines Heimplatzes lag 1982 bei rund S 1.200,-. Der durchschnittliche Preis von Ein- und Zweibettzimmern unterscheidet sich nur geringfügig. Einbettzimmer kosten durchschnittlich ca. S 1.300,-; Zweibettzimmer rund S 1.100,-. Wesentlich höher liegen die Preise in Heimen, die zusätzlich Halb- oder Vollpensionen anbieten. Dies ist jedoch nicht sehr häufig. Nur 4 % aller Heimplätze entfallen auf Heime dieser Kategorie (siehe Tabellenanhang).

Die Heimpreise sind heute wesentlich höher als in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Exakte Vergleiche sind jedoch wegen unterschiedlicher Statistiken nicht möglich.

Tab. 9 Entwicklung der durchschnittlichen Heimpreise, Studienjahr 1970/71, 1974/75 und 1982/83

	Durchschnittspreise bei ausgewählten Heimträgern (1)		Durchschnittspreise aller Heime (2)
	in S		
	1970/71	1974/75	1982/83
Einbettzimmer	502	766	1.287
Zweibettzimmer	403	606	1.069

(1) Österreichische Studentenförderungstiftung, Studentenunterstützungsverein Akademikerhilfe, Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs
 (2) ohne Heime mit Verpflegung

4. Sozialausgaben für Studierende

Laut Bundesvoranschlag werden die Sozialaufwendungen des Bundes 1983 bei 586 Millionen Schilling liegen, das sind um 100 Millionen Schilling mehr als 1981. In den letzten 3 Jahren beträgt die jährliche Zuwachsrate mindestens 8,4 %, höchstens 11,1 %. Gegenüber 1970, also in 13 Jahren, hat sich der Sozialaufwand um 266 % erhöht. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate für diesen Zeitraum liegt bei 21 %.

Tab. 10 Sozialaufwendungen für Studenten, 1970 - 1983

	1970	1976	1980	1981	1982	1983
Sozialaufwendungen in Mio. S	160,140	379,001	448,525	486,457	540,591	585,997
Veränderung zu 1970 in %		136,7	180,1	203,8	237,6	265,9
Veränderung zum Vorjahr in %		12,3	12,7	8,5	11,1	8,4

Die Sozialausgaben für Studierende wurden nicht im selben Ausmaß erhöht wie das Hochschulbudget insgesamt, das seit 1970 um 363 % zugenommen hat. Vergleichsweise geringere Steigerungsraten des Sozialaufwandes finden sich bereits in der ersten Hälfte der siebziger Jahre (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Materialien zur sozialen Lage der Studierenden, Wien 1975, S. 174 f).

Tab. 11 Studienförderung und Ausgaben für Studentenheime und Mensen, jeweils Bundesvoranschlag

	1970	1976	1980	1981	1982	1983
Studienförderung gemäß BGBl.Nr. 421/1969 in Mio. S	128,500	284,900	350,000	380,000	428,000	468,000
Index (1970=100)	100,0	221,7	272,7	295,7	333,1	364,2
Veränderung zum Vorjahr in %		4,3	11,7	16,7	8,6	12,6
Ausgaben für Studentenheime und Mensen in Mio. S	28,300	80,272	74,771	75,575	74,904	75,806
Index (1970=100)	100,0	283,6	264,2	26,0	264,7	267,9
Veränderung zum Vorjahr in %		28,6	14,2	,0	1,1	0,9

80 % der Budgetmittel entfallen auf die Studienförderung gemäß Studienförderungsgesetz, 20 %, das sind 118 Millionen Schilling, auf Ermessensausgaben. Davon entfällt der größte Betrag auf Subventionen für Studentenheime und Mensen, 13 % der Sozialausgaben insgesamt. Der zweitgrößte Betrag, 3 % der Sozialausgaben, sind Zuschüsse für die Sozialversicherung für Studierende. Von den großen Ausgabenposten hat sich der für die Studienförderung am stärksten erhöht, nämlich von 129 Millionen Schilling im Jahre 1970 auf 468 Millionen Schilling im Jahre 1983 (siehe auch Tabellen im Anhang).

Der gesamte öffentliche Sozialaufwand für Studierende läßt sich nur schwer schätzen, da statistische Unterlagen fehlen. Gemäß einer Schätzung im Rahmen eines Forschungsprojek-

tes betrug der öffentliche Sozialaufwand für indirekte Förderung 1978 rund 0,9 Milliarden Schilling. Der größte Teil entfällt auf die Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds, nämlich rund 800 Millionen Schilling. Die indirekte Förderung beträgt demnach ein Mehrfaches der Sozialausgaben des Bundes (siehe Anhangtabelle).

Tab. 12 Schätzung der Aufwendungen indirekter Förderungsmaßnahmen, 1978, in Schilling

Familienbeihilfe	789.000.000
Schülerfreifahrten	100.000.000
Sozialversicherung	18.500.000
i n s g e s a m t	896.500.000

Quelle: Bodenhöfer, H.J., u.a., Finanzierung der Hochschulexpansion, Klagenfurt 1980, S. 224, durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Aufgrund der prognostizierten Studentenzahlenentwicklung (Hochschulbericht 1981) ist für das kommende Jahrzehnt mit gravierend geringeren Zuwachsraten der Sozialausgaben des Bundes und des gesamten öffentlichen Sozialaufwandes zu rechnen als in der Zeit zwischen 1970 und 1983. Die Erstinskribierendenzahlen werden nur mehr geringfügig zunehmen und ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre rückläufig sein. Der Rückgang der Gesamthörerzahlen setzt ebenfalls gegen 1990 ein. Aufgrund der zu erwartenden Entwicklung der Erstinskribierendenzahlen werden vor allem die Ausgaben des Bundes, soweit sie durch die Entwicklung der Studentenzahlen bedingt sind, nicht mehr entscheidend erhöht werden müssen, sondern vorwiegend nur mehr in Anpassung der Studienförderung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

Tab. 13 Inländische ordentliche Hörer und inländische Erstinskribierende, Wintersemester 1970/71 bis 1995/96

	1970/71	1980/71	1985/86	1990/91	1995/96
Erstinskribierende	7.797	15.083	17.021	15.418	12.544
inländische ordentliche Hörer	43.122	99.858	136.652	151.597	143.592

Quelle: Hochschulstatistik, Hochschulplanungsprognose

B SOZIALE UND REGIONALE HERKUNFT DER STUDIERENDEN (AMTLICHE STATISTIK)

Der Anstieg der Studentenzahlen sowie der Zahlen der Neuzugänge, der seit Anfang der siebziger Jahre zu beobachten ist, ist unter anderem auch auf die Öffnung der Hochschulen für jene Schichten zurückzuführen, die bisher in geringerem Maß an der universitären Ausbildung partizipierten.

Einen Hinweis dafür, daß die ansteigenden Zahlen der Studierenden und der Erstinskribierenden nicht nur auf die demographische Entwicklung zurückzuführen sind, liefert die Erhöhung der Studentenquoten. Der Anteil der Studierenden an der gleichaltrigen Bevölkerung ist im Zeitraum 1970/71 bis 1981/82 von 6 % auf 11 % gestiegen. Der Anteil der Erstinskribierenden am durchschnittlichen Altersjahrgang hat sich von 1970 mit 8 % auf 13 % im Wintersemester 1981/82 erhöht, das heißt, daß 13 % eines Altersjahrganges ein Studium an einer Universität aufnehmen.

Tab. 1 Quote der erstmals Inskribierenden, Wintersemester 1970/71 bis Wintersemester 1981/82 - Anteil der erstinskribierenden inländischen ordentlichen Hörer am durchschnittlichen Altersjahrgang (1) in Prozent

Wintersemester	männlich	weiblich	gesamt
1970/71	10,8	4,5	7,7
1974/75	9,8	7,8	8,8
1975/76	12,0	9,1	10,6
1979/80	12,9	11,6	12,3
1980/81 (2)	12,9	11,9	12,4
1981/82 (2)	13,7	12,9	13,3

(1) Durchschnitt der jeweils 18- bis unter 22jährigen Wohnbevölkerung
(2) Vorläufige Zahlen

Quellen: Hochschulstatistik; Österreichisches Statistisches Zentralamt (Bevölkerungsdaten)

Der Anstieg der Gesamtquote bei den Erstinskribierenden wird deutlich durch die drastische Erhöhung der weiblichen Quote mitbestimmt, die seit 1970 von 4,5 % auf 12,6 % gestiegen ist. Das bedeutet, daß derzeit jedes achte Mädchen des entsprechenden Altersjahrganges ein Universitätsstudium beginnt.

Bei den Angaben über die Wintersemeseter 1980/81 und 1981/82 handelt es sich um vorläufige Zahlen, die nicht nach den Merkmalen "regionale Herkunft" und "soziale Herkunft" zur Verfügung stehen. Daher müssen die Daten des Wintersemesters 1979/80 in diesem Kapitel als letztverfügbare Angaben über regionale und soziale Herkunft herangezogen werden. Man kann allerdings annehmen, daß sich diese innerhalb der letzten zwei Semester nicht mehr entscheidend verändert haben, da im Wintersemester 1979/80 der Höhepunkt der expansiven Entwicklung erreicht ist.

Bei den Texttabellen wurde das Wintersemester 1970/71 als Ausgangspunkt für Vergleiche in der Entwicklung gewählt, das Wintersemester 1974/75 als das Semester, das an die Daten im Sozialbericht 1975 anschließt, sowie das Wintersemester 1979/80 als das letztverfügbare. Diese Vergleichssemester werden bei den einzelnen Tabellen soweit wie möglich beibehalten. Da jedoch nicht alle Erhebungen für jedes Jahr zur Verfügung stehen, muß in solchen Fällen ein anderes Vergleichssemester herangezogen werden.

1. Regionale Herkunft

Generell steigt die Studentenquote für das gesamte Bundesgebiet von 1970 bis 1980 zwar um 94 % auf 10,5 an, jedoch sind die einzelnen Bundesländer aufgrund ihrer differenzierten sozioökonomischen Struktur in unterschiedlichem Ausmaß an dieser Erhöhung beteiligt. Eine große Rolle spielt auch das Vorhandensein eines Universitätsstandortes.

So ist für Wien, wo sich die meisten Universitäten mit dem größten Angebot an Studienmöglichkeiten befinden, die Studentenquote auch am meisten gestiegen. Wien weist noch immer die traditionell höchste Quote auf. Jeder Vierte der 18- bis 25jährigen Bevölkerung Wiens ist Student. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Wiener Jugendlicher ein Universitätsstudium aufnimmt, ist doppelt so hoch wie bei den Jugendlichen anderer Bundesländer.

Die geringsten Quoten finden sich nach wie vor in Vorarlberg, Niederösterreich und Burgenland, den drei Bundesländern ohne Hochschulstandorte. Im Vergleich zu den beiden anderen Bundesländern hat das Burgenland jedoch einen relativ hohen Anstieg der Studentenquote zu verzeichnen.

Während derzeit bei den Studentenquoten in den einzelnen Bundesländern die weibliche Quote durchgehend niedriger ist als die männliche, zeigen die Quoten der Neuzugänge nach Bundesländern keine größeren geschlechtsspezifischen Unterschiede mehr, außer in Vorarlberg und Tirol, wo die weibliche Quote um 3 % bzw. 4 % unter der männlichen liegt. In Wien ist die weibliche Erstinskribierendenquote bereits höher als die männliche.

Eine durchgehend gestiegene Absolutzahl der aus Wien stammenden Studierenden, jedoch ein kontinuierlich sinkender Anteil an der Gesamtzahl der Hörer bedeuten eine zusätzliche Rekrutierung von Studierenden aus bisher schwächer vertretenen Bundesländern. Dieser Trend gilt vor allem für das Burgenland, dessen Hörerzahl sich seit 1970 verdreifacht hat, und für die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und Vorarlberg.

Einen weiteren Hinweis auf regionale Differenzierungen beim Hochschulzugang bzw. Hochschulbesuch bieten die Gemeindegrößenklassen der Herkunftsgemeinden der Studenten.

Tab. 2 Studentenquote nach Bundesländern - Anteil der inländischen ordentlichen Hörer an der 18- bis unter 26jährigen Wohnbevölkerung, Wintersemester 1970/71, 1974/75 und Wintersemester 1979/80, in Prozent

Bundesland	Wintersemester			Anstieg gegenüber 1970
	1970/71 (1)	1974/75	1979/80	
Burgenland	3,5	5,5	7,8	+ 4,3
Kärnten	5,6	7,6	10,1	+ 4,5
Niederösterreich	3,9	5,2	7,4	+ 3,5
Oberösterreich	5,4	6,1	8,7	+ 3,3
Salzburg	5,1	7,3	10,1	+ 5,0
Steiermark	5,3	6,7	9,1	+ 3,8
Tirol	4,7	6,3	9,2	+ 4,5
Vorarlberg	3,4	5,0	7,1	+ 3,7
Wien	8,3	15,7	23,4	+ 15,1
Österreich g e s a m t	5,4	7,6	10,5	+ 5,1

(1) Die Quoten für das Wintersemester 1970/71 sind nicht mit den im Sozialbericht 1975 angegebenen Quoten ident, weil für die jetzige Berechnung die Bevölkerungsdaten der Volkszählung 1971 herangezogen wurden, während im Sozialbericht die fortgeschriebene Wohnbevölkerung der Volkszählung 1961 verwendet wurde.

Quelle: Hochschulstatistik

Tab. 3 Herkunft nach Bundesländern von inländischen ordentlichen Hörern an Universitäten, Wintersemester 1970/71, 1974/75 und Wintersemester 1979/80, in Prozent

Bundesland	Wintersemester		
	1970/71	1974/75	1979/80
Burgenland	2,2	3,0	3,1
Kärnten	7,3	8,1	8,2
Niederösterreich	12,5	13,0	13,9
Oberösterreich	14,4	14,5	15,3
Salzburg	5,7	5,7	5,4
Steiermark	15,8	15,2	15,2
Tirol	7,2	6,7	7,1
Vorarlberg	2,6	2,8	2,8
Wien	32,3	31,6	28,9
Österreich g e s a m t	100,0	100,0	100,0
	N = 43.014	N = 62.594	N = 94.137

Quelle: Hochschulstatistik

Je größer die Herkunftsgemeinde, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß der Jugendliche ein Universitätsstudium aufnimmt. Dies wird verdeutlicht durch die Gegenüberstellung des regionalen Faktors "Gemeindegröße" bei Erstinskribierenden und bei der gesamten österreichischen Wohnbevölkerung. 31 % der Österreicher leben in Städten mit mehr als 100.000 Einwohner, aus denen jedoch 41 % der Erstinskribierenden kommen. Aus Gemeinden bis 5.000 Einwohner, in denen 45 % der österreichischen Bevölkerung wohnen, stammen hingegen nur 30 % der erstmals inskribierenden Hörer.

Tab. 4 Regionale Herkunft nach Gemeindegrößenklassen, inländische ordentliche Erstinskribierende an Universitäten, Wintersemester 1969/70, 1973/74 (1) und Wintersemester 1979/80, in Prozent

Die Hörer stammen aus Gemeinden mit ... Einwohnern	Wintersemester			Gesamte Wohnbevölkerung Jänner 1980
	1969/70	1973/74	1979/80	
bis 500	2	.	.	1
501 - 2.000	13	13	13	22
2.001 - 5.000	14	16	17	22
5.001 - 10.000	8	9	10	9
10.001 - 100.000	16	20	19	15
100.001 - 1.000.000	17	16	15	9
1.000.000 und mehr	29	27	26	22
i n s g e s a m t	100	100	100	100

(1) Wegen schlechter Datenqualität und hoher Nichtangabenquote wurden die Wintersemester 1970/71 und 1974/75 nicht zum Vergleich herangezogen

Quelle: Hochschulstatistik

Von der Entwicklung her betrachtet, ist der Anteil der Erstinskribierenden, die aus großen Städten an eine Universität kommen, rückläufig, während in den letzten Jahren vermehrt Hörer aus kleineren Gemeinden ein Studium aufnehmen.

2. Soziale Herkunft

Die Amtliche Statistik bietet zwei Merkmalausprägungen, die für eine Analyse der sozialen Herkunft der Studierenden herangezogen werden können: den Beruf des Vaters und die Schulbildung der Eltern. In beiden Fällen handelt es sich um Angaben der Studierenden in Statistikfragebögen.

2.1 Beruf des Vaters

Die soziale Zusammensetzung der Studierenden ist noch immer durch eine Unterrepräsentation niederer sozialer Schichten gekennzeichnet. 6 % der Studierenden sind Kinder von Landwirten, 4 % sind Kinder von kleinen Beamten und 15 % Arbeiterkinder.

In den siebziger Jahren fanden in der Beschäftigtenstruktur Umschichtungen, vor allem vom Produktionssektor zum Dienstleistungssektor, statt und dadurch Verschiebungen in der Größenordnung von Arbeitern zu Angestellten. In der Landwirtschaft nimmt die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich ab, von 1970 bis 1979 um 30 % (Quelle: Wirtschaftsforschungsinstitut). Trotz dieser Entwicklung stieg der Anteil der Kinder von Arbeitern unter den Studierenden von 12 % auf 15 %, der Anteil der Studierenden, deren Vater Landwirt ist, erhöhte sich von 4 % auf 6 %. Die Absolutzahlen stiegen in beiden Fällen seit Anfang der siebziger Jahre auf mehr als das Doppelte an.

Tab. 5 Beruf des Vaters inländischer ordentlicher Hörer an Universitäten, Wintersemester 1970/71, 1973/74 (1) und Wintersemester 1979/80, in Prozent

Vaterberuf	Wintersemester 1970/71	Wintersemester 1973/74	Wintersemester 1979/80
selbständig und freiberuflich Tätige	24	23	25
Landwirte	4	6	6
Angestellte insgesamt	28	30	30
Angestellte ohne Matura	.	13	16
Beamte insgesamt	30	26	23
Beamte ohne Matura	.	7	4
Arbeiter (2)	12	13	15
sonstige Berufe	1	2	2
i n s g e s a m t	100 N = 43.122	100 N = 58.613	100 N = 94.137

(1) Da für 1974/75 keine Auswertung der inländischen ordentlichen Hörer nach sozialer Herkunft vorliegt, wurde als Vergleichssemester das Wintersemester 1973/74 herangezogen

(2) einschließlich Arbeiter im öffentlichen Dienst

Quelle: Hochschulstatistik

Tab. 6 Beruf des Vaters inländischer ordentlicher Hörer an Universitäten, Wintersemester 1979/80, in Prozent

Beruf des Vaters	inländische ordentliche Hörer			40- bis unter 65jährige männliche berufstätige Wohnbevölkerung nach Stellung im Beruf (1)
	männlich	weiblich	insgesamt	
selbständig und freiberuflich Erwerbstätige (ohne Landwirte)	25	26	25	12
Landwirte	6	6	6	10
Beamte	22	24	23	15
höhere Beamte	12	13	12	
mittlere Beamte	6	7	7	
niedere Beamte	4	5	4	
Angestellte	30	31	30	27
Angestellte in Spitzenstellung oder mit Hochschulbildung	9	10	9	
Angestellte mit Matura	5	5	5	
Angestellte ohne Matura	16	15	15	
Arbeiter	16	13	15	36
Schriftsteller, Politiker, Künstler	2	2	2	.
i n s g e s a m t	100 N = 56.804	100 N = 37.333	100 N = 94.137	100

(1) Mikrozensus 1980

Quelle: Hochschulstatistik; Österreichisches Statistisches Zentralamt

Auf eine vermehrte Bildungsbeteiligung von Jugendlichen aus niederen sozialen Schichten läßt auch die Erhöhung des Anteils der Kinder von kleinen Angestellten (ohne Matura) schließen. Er steigt von 13 % auf fast 16 %.

Diese Entwicklung wird zu einem Teil auch vom Aufholtrend der Frauen bei der Teilnahme an der Hochschulbildung mitbestimmt, im besonderen durch den erhöhten Zugang von Töchtern von Arbeitern und von Angestellten ohne Matura in den letzten Jahren. So war zu Anfang der siebziger Jahre der Frauenanteil nicht nur generell geringer (im Wintersemester 1971/72 betrug er z.B. 27 %), sondern zusätzlich noch schichtspezifisch niedrig. Bei den Vaterberufskategorien "Landwirt" und "Arbeiter" liegt der Prozentsatz der Frauen nur bei 20 %, während Selbständige, Beamte mit Hochschulbildung und Angestellte mit Hochschulbildung einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil aufweisen (30 % bis 33 %).

Die Entwicklung der letzten Jahre nivellierte die krassen geschlechtsspezifischen Unterschiede und schwächte die kumulativ wirkende soziale Diskriminierung beim Hochschulzugang von Frauen ab. Sie führte zu einer Erhöhung des Frauenanteils, der nun generell durch alle Herkunftsschichten um 40 % liegt, außer bei Arbeiterkindern, wo er 35 % beträgt.

Der Vergleich der sozialen Rekrutierung bei Studierenden mit derjenigen der Vätergeneration (40- bis unter 65jährige männliche Wohnbevölkerung) weist auf eine noch unterschiedliche Bildungsbeteiligung an Universitäten hin. Aus dem relativ geringen Potential der Selbständigen (12 %) rekrutieren sich 25 % der Studierenden, hingegen sind nur 15 % der Hörer Arbeiterkinder, obwohl 36 % der 40- bis 65jährigen Wohnbevölkerung Arbeiter sind.

2.2 Schulbildung des Vaters

Ein zusätzliches Merkmal zur Abbildung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden bietet die Hochschulstatistik durch die Angabe über die Schulbildung des Vaters.

Derzeit beträgt der Anteil der Studierenden mit Vätern ohne höhere Bildung zwar über 50 %, jedoch zeigt die Gegenüberstellung mit der "potentiellen" Vätergeneration der 40- bis unter 65jährigen die Unterrepräsentation dieser Gruppe. Weiters ist bei den weiblichen Studierenden ein größerer Anteil von Vätern mit höherer Bildung und Hochschulbildung festzustellen als bei den männlichen.

Bei den Neuzugängen setzt sich der Zustrom aus Schichten ohne höhere Bildung an die Universitäten weiter fort, der Anteil der Erstinskribierenden mit Vätern ohne Matura liegt derzeit bei 58 %.

Der Prozentsatz der Neuzugänge, deren Vater einen Hochschulabschluß besitzt, zeigt weiterhin eine sinkende Tendenz.

Tab. 7 Schulbildung des Vaters von inländischen ordentlichen Hörern an Universitäten, Wintersemester 1970/71 und Wintersemester 1979/80, in Prozent

	Wintersemester 1970/71			Schulbildung in der Vätergeneration (1)	Wintersemester 1979/80			Schulbildung in der Vätergeneration (2)
	männl.	weibl.	gesamt		männl.	weibl.	gesamt	
Hochschule	26	36	29	5	25	29	27	5
Schule mit Matura	21	23	21	7	20	21	20	8
Schule ohne Matura	53	41	50	88	55	50	53	87
i n s g e s a m t	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) Volkszählung 1971, 40- bis unter 65jährige männliche Wohnbevölkerung

(2) Mikrozensus 1980, 40- bis unter 65jährige männliche Wohnbevölkerung

Quellen: Hochschulstatistik, Österreichisches Statistisches Zentralamt

Tab. 8 Schulbildung des Vaters der erstinskribierenden inländischen ordentlichen Hörer an Universitäten, Wintersemester 1970/71, Wintersemester 1974/75, Wintersemester 1979/80, in Prozent

	Wintersemester		
	1970/71	1974/75	1979/80
Pflichtschule	52	51	58
höhere Schule	22	21	20
Hochschule	26	28	22
i n s g e s a m t	100	100	100

Quelle: Hochschulstatistik

C UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

Ausarbeitung der Erhebungsinstrumente (Vorstudie):

Dr. Marina Fischer-Kowalski

u.a.

Durchführung der Erhebungen:

Dr. Fritz Karmasin

Österreichisches Gallup-Institut

Wissenschaftlicher Bericht:

Dr. Margarete Auhser

Redaktion:

Abteilung Planung und Statistik
des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Projektbeirat:

Fritz Barnerth

Österreichische Hochschülerschaft

Mag. René Dell'Mour

Österreichische Akademie der Wissenschaften

Dr. Marina Fischer-Kowalski

Institut für Höhere Studien

Dr. Vera Mühlpeck

Österreichisches Statistisches Zentralamt

Dr. Erich Schuster

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Mag. Walter Steinbacher

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Dr. Leopold Wohlmann

Bundesministerium für Finanzen

Verzeichnis der Forschungsberichte des Projekts "Sozialerhebung bei Studenten":

M. Fischer-Kowalski, M., Pelikan, J., Seidl, P.	Ergebnisse der Vorstudie	Wien 1980
Österreichisches Gallup Institut	1. Teilbericht	Wien 1980
	2. Teilbericht, Einnahmensituation April	Wien 1980
	3. Teilbericht, Instrument C (Einnahmenerhebung)	Wien 1980
	Endbericht	Wien 1981
	Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	Wien 1981
	Erläuterung zur technischen Durchführung der Untersuchung	Wien 1981
	Zusatzauswertung: Einnahmensitua- tion in Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Elterneinkommen	Wien 1982
	Zusatzauswertung: Einnahmen und Aus- gabensituation in Abhängigkeit von Erwerbstätigkeit	Wien 1982
	Ergänzung (Studienkosten)	Wien 1982
	Studentisches Existenzminimum	Wien 1982
	Zusatzauswertung Berufstätige Studierende	Wien 1983

Vergleichsdaten für 1973 und 1974 sind der folgenden Publikation entnommen:
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung "Materialien zur sozialen Lage der
in Österreich", Wien 1975

I. METHODEN

Die Untersuchungsergebnisse stammen aus drei verschiedenen Erhebungen:

- a) Sozialerhebung
- b) Konsumerhebung
- c) Einnahmenerhebung

Diese wurden zeitlich, inhaltlich und zum Teil auch methodisch getrennt durchgeführt. Den einzelnen Untersuchungen liegen verschiedene Stichproben zugrunde.

Die Grundgesamtheit

Als Grundgesamtheit für alle drei Untersuchungen wurden jene Studenten definiert, die mit Beginn des Sommersemesters 1980

- inländische ordentliche Hörer an den Hochschulen
- der Hochschulorte Wien, Graz, Innsbruck und Salzburg

waren. Aus Kostengründen wurden nicht alle Universitäten in die Untersuchung aufgenom-
men. Folgende Universitäten wurden in die Erhebung einbezogen:

Wien	Graz
Universität Wien	Universität Graz
Technische Universität Wien	Technische Universität Graz
Wirtschaftsuniversität Wien	
Universität für Bodenkultur Wien	
Veterinärmedizinische Universität Wien	
Salzburg	Innsbruck
Universität Salzburg	Universität Innsbruck

An den genannten Universitäten wurden alle inskribierten Hörer berücksichtigt, sodaß in
der Stichprobe alle Semester und Studienrichtungen vertreten sind.

Aus dieser Gesamtpopulation wurde eine repräsentative Stichprobe von 2.382 Studenten
ausgewählt. Sie war Grundlage aller Erhebungen.

Die Stichprobe

- a) Sozialerhebung

Stichprobe:

N = 2.382;

Auswahlverfahren:

Stichprobe I wurde durch Zufallsauswahl aus der Grundgesamtheit gezogen.

Erhebungszeitpunkt:

15. Mai - 13. Juni 1980

Methode/Meßinstrument:

mündliche Interviews mittels eines standardisierten Fragebogens

Inhalt der Sozialerhebung:

Durch standardisierte Interviews bei den 2.382 Studenten wurden Daten über folgende Themenkreise gewonnen:

- allgemeine sozialstatistische Merkmale der Befragten
- Wohnsituation
- Studium
- Stipendienbezug
- Erwerbstätigkeit
- Herkunftsfamilie (einschließlich ökonomische Leistungsfähigkeit des Herkunftshaushaltes)
- Einnahmensituation im April

b) Konsumerhebung

Die Daten der Konsumerhebung wurden aus von Studenten auszufüllenden Haushaltsbüchern für den Zeitraum eines Monats gewonnen, und zwar im Sommersemester 1980. Unterschiede in Ausgabenhöhe und Struktur zwischen den einzelnen Monaten des Studienjahres sind wahrscheinlich. Der im Durchschnitt geringe Ausgabenrahmen der Studierenden läßt jedoch erwarten, daß der Variationsspielrahmen nicht sehr groß sein kann. Zeitlich umfassendere Untersuchungen würden zwar zu etwas genaueren Daten führen. Der Gewinn an Exaktheit stünde aber in keinem Verhältnis zu den damit verbundenen Mehrkosten.

Stichprobe:

Die Konsumerhebung wurde (u.a. aus Kostengründen) nicht, wie die Sozialerhebung, an allen 2.382 Studenten vorgenommen. Ihr liegt eine wesentlich kleinere, nur 907 Studenten umfassende Stichprobe zugrunde.

Auswahlverfahren:

Die Stichprobe der Konsumerhebung wurde nach einem speziellen Auswahlverfahren, dem Quotenverfahren, aus der Gesamtstichprobe gezogen. Die Vorgangsweise ist wie folgt:

Zunächst wird festgelegt, welche Merkmale für die Substichprobe (also für jene Stichprobe, die als Teilgesamtheit einer größeren gezogen werden soll) zentrale Bedeutung haben; d.h. man bestimmt die Kriterien, nach denen ausgewählt werden soll (z.B. Geschlecht, Alter...). Sodann legt man die Quoten (oder Proportionen) fest, in denen die Ausprägungen der betreffenden Merkmale in der Stichprobe aufscheinen sollen.

Für die Zwecke der Konsumerhebung wurden vor allem zwei Merkmale als Auswahlkriterien festgelegt:

1. Haushaltform:

In der Erhebung sind die vier Haushaltstypen folgendermaßen definiert:

- Elternhaushalt:
während des Studiums als Teil des elterlichen oder eines Verwandtenhaushaltes, allein oder mit Kind(ern) lebend.
- Wohngemeinschaft:
während des Studiums in einem gemeinsamen Haushalt, mit getrenntem oder gemeinsamen Budget, allein oder mit Kind(ern) lebend.
- Einzelhaushalt:
während des Studiums allein in einem Studentenheim oder in einer Wohnung (Haupt-, Untermiete, Eigentumswohnung) lebend.
- Partnerhaushalt:
während des Studiums in Lebensgemeinschaft mit (Ehe)Partner und eventuell Kind(ern) lebend, unabhängig von der spezifischen Haushaltsform.

2. Finanzierungsform:

Gerade für eine Untersuchung der studentischen Barausgaben ist die Frage, wie (aus welchen Quellen) Studenten ihr Studium in erster Linie finanzieren, ein wichtiges Kriterium. Vier Finanzierungstypen werden unterschieden:

- Stipendienfinanzierung
liegt vor, wenn im April 1980 überhaupt Einnahmen aus Studienbeihilfen und Stipendien vorhanden waren
- Elternfinanzierung
liegt vor, wenn mindestens 70 % der Einnahmen im April 1980 von den Eltern stammen

- Eigenfinanzierung
liegt vor, wenn mindestens 70 % der Einnahmen im April 1980 aus eigener Erwerbstätigkeit stammen
- Gemischte Finanzierung
umfaßt alle übrigen Finanzierungstypen.

Nachdem die Haushalts- und Finanzierungsform der Studenten als relevante Kriterien für die Stichprobenauswahl definiert waren, wird festgelegt, in welchem Verhältnis die jeweils vier Ausprägungen dieser Merkmale in der Konsumerhebungsstichprobe aufscheinen sollten. Dieses Verhältnis (Quoten) wurde mit 1:1:1:1 festgesetzt; d.h. jede der 16 Gruppen (alle Merkmalskombinationen der vier Haushalts- und Finanzierungstypen) sollten etwa gleich häufig vertreten sein, und zwar mit rund 50 Interviews. Auf diese Weise ergab sich die eingangs genannte Stichprobengröße von $N = 907$, in der sich die Merkmale Finanzierungsform/Haushaltsform entsprechend Tab. 2 verteilen.

Es ist wichtig zu beachten, daß die Proportionen (Quoten) verschiedener Haushaltsformen und Finanzierungstypen in der Konsumerhebungsstichprobe erheblich von jenen in der Gesamtstichprobe abweichen, daß sie also nicht repräsentativ sind. Sie wurden vielmehr, da es sich um eine Quotenstichprobe handelt, bereits a priori vorgegeben, und zwar so, daß sich die einzelnen Zellen zueinander wie 1:1 verhalten. Auf diese Weise enthält jede Zelle (= jede Merkmalskombination von Haushalts- und Finanzierungsformen) ca. 6 % aller Teilnehmer der Konsumerhebung.

Erhebungszeitpunkt:

20. Mai - 28. Juni 1980

Methode/Meßinstrumente:

Die Teilnehmer an der Konsumerhebung hatten ein Monat hindurch ein Haushaltsbuch zu führen. Sie mußten täglich genau festhalten, was sie wofür ausgegeben hatten. Die Ausgabenposten wurden in eine Liste eingetragen und jeweils einer der darin vorgesehenen 41 Kategorien zugeordnet.

Inhalt der Konsumerhebung:

Detaillierte Daten der studentischen Ausgaben für den Zeitraum eines Monats

c) Einnahmenerhebung

Stichprobe:

$N = 1.200$ Diese Stichprobe ist im wesentlichen identisch mit der Stichprobe der Konsumerhebung, die allerdings - um in manchen Kategorien ausreichend große Antworthäufigkeiten zu erhalten - um weitere 300 Studenten aufgestockt wurde.

Auswahlverfahren:

Der Stichprobe III liegt kein spezielles Auswahlverfahren zugrunde. Sie ergibt sich durch eine bloße Erweiterung der Konsumerhebungsstichprobe. Zu beachten ist, daß die Verteilung der Haushalts- und Finanzierungsformen entsprechend der Konsumerhebung von der Verteilung in der Gesamtstichprobe abweicht, d.h. nicht repräsentativ ist. Dies war für die Erfassung der Ausgaben unerheblich. Die Ergebnisse der Zweitbefragung wären dadurch verzerrt worden. Um diesen Fehler zu korrigieren, wurden die an der Stichprobe III erhobenen Daten "hochgewichtet", sodaß eine der Gesamtstichprobe entsprechende Verteilung von Haushalts- und Finanzierungsformen entstand. Die Ergebnisse der Zweitbefragung sind also bereits korrigierte Ergebnisse und können als repräsentativ gelten. Die Zusammensetzung der Stichprobe III nach Haushalts- und Finanzierungsformen ist aus Tab. 3 zu ersehen.

Erhebungszeitpunkt:

20. Juni - 8. Juli 1980

Methode/Meßinstrument:

Die 1.200 Teilnehmer an der Zweitbefragung wurden nach Beendigung der Konsumerhebung abermals von einem Interviewer aufgesucht und, wie bereits im ersten Erhebungsdurchgang, anhand eines standardisierten Fragebogens befragt.

Inhalt der Einnahmenerhebung:

- Daten über die Einkommenssituation im Mai. Diese sind mit den Ausgaben direkt vergleichbar, da alle Teilnehmer der Konsumerhebung in der Stichprobe III vertreten waren.
- Daneben wurden auch Angaben über die Höhe von Schulden bzw. Ersparnissen sowie sonstige Indikatoren zur finanziellen Situation erhoben.

Tab. 1 Zusammensetzung der Gesamtstichprobe nach Haushalts- und Finanzierungstypen in Prozent

Finanzierungsform	Haushaltstypen				insgesamt (N = 2.382)
	Elternhaushalt (N = 509)	Einzelhaushalt (N = 943)	Wohngemeinschaft (N = 441)	Partnerhaushalt (N = 489)	
Stipendienfinanziert (N = 550)	2	13	5	4	22
Elternfinanziert (N = 1.167)	13	19	10	7	49
Eigenfinanziert (N = 409)	4	5	2	7	18
Gemischtfinanziert (N = 246)	2	3	2	3	10
insgesamt (N = 2.382)	21	40	19	21	100

Tab. 2 Zusammensetzung der Konsumerhebungsstichprobe nach Haushalts- und Finanzierungstypen in Prozent

Finanzierungsform	Haushaltstypen				insgesamt (N = 907)
	Elternhaushalt (N = 195)	Einzelhaushalt (N = 260)	Wohngemeinschaft (N = 210)	Partnerhaushalt (N = 242)	
Stipendienfinanziert (N = 214)	4	7	7	6	24
Elternfinanziert (N = 265)	7	9	6	8	29
Eigenfinanziert (N = 228)	6	7	5	7	25
Gemischtfinanziert (N = 200)	5	6	6	6	22
insgesamt (N = 907)	21	29	23	27	100

Tab. 3 Korrigierte Zusammensetzung der Stichprobe der Zweitbefragung (1) nach Haushalts- und Finanzierungstypen, in Prozent

Finanzierungsform	Haushaltstypen				insgesamt (N = 1.200)
	Elternhaushalt (N = 257)	Einzelhaushalt (N = 475)	Wohngemeinschaft (N = 221)	Partnerhaushalt (N = 247)	
Stipendienfinanziert (N = 277)	2	13	4	2	23
Elternfinanziert (N = 588)	13	19	5	3	49
Eigenfinanziert (N = 210)	5	10	2	2	18
Gemischtfinanziert (N = 125)	4	7	7	3	10
insgesamt (N = 1.200)	21	40	18	21	100

(1) Die Ergebnisse der Stichprobe III wurden hochgewichtet, um eine der Gesamtstichprobe entsprechende (repräsentative) Verteilung von Haushalts- und Finanzierungsformen zu erhalten. Tab. 3 zeigt die Zusammensetzung der Stichprobe III nach dieser Korrektur. Wie leicht zu erkennen ist, ist sie nahezu identisch mit der Zusammensetzung von Stichprobe I

Vergleich der Erhebung 1973 mit der Erhebung 1980

Sozialerhebung

1973
("Ifes-Erhebung")

1980
("Gallup-Erhebung")

UNTERSUCHUNGSPOPULATION UND STICHPROBE

inländische ordentliche Hörer an Universitäten und Hochschulen (ohne Montanuniversität Leoben und ohne Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt)

inländische ordentliche Hörer an den Universitäten Wien, Graz, Salzburg, Innsbruck und an der Technischen Universität Wien, Technischen Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur Wien, Veterinärmedizinischen Universität Wien

Zufallsauswahl

Zufallsauswahl

STICHPROBEN

N = 1.276

Erstbefragung
N = 2.382

Zweitbefragung (Einnahmenerhebung)
N = 1.200
(= aufgestockte "Konsumerhebungsstichprobe", die durch Quotenauswahl aus der Stichprobe der Erstbefragung gezogen wurde)

ERHEBUNGSZEITPUNKT

Sommersemester 1973

15. Mai bis
13. Juni 1980

20. Juni bis
8. Juli 1980

METHODE

standardisierte schriftliche Befragung

standardisierte mündliche Interviews

STRUKTUR DER BEFRAGTEN

- nach dem Vaterberuf		
sst Frb	18 %	23 %
l Bea Ang	29 %	33 %
m Bea Ang		24 %
e Bea Ang	16 %	6 %
Arbeiter	6 %	9 %
Landwirt	3 %	6 %
Pensionist	27 %	
insgesamt	100 %	nicht erhoben 100 %
- nach dem Familienstand		
ledig (oder geschieden)	83 %	87 %
verheiratet	17 %	13 %
insgesamt	100 %	100 %
- nach dem Alter		
unter 22 Jahren	40 %	38 %
22 bis 24 Jahre	39 %	29 %
25 bis 27 Jahre	18 %	16 %
28 Jahre und älter	4 %	17 %
insgesamt	100 %	100 %

- nach der Haushaltsform		
Elternhaushalt	32 %	21 %
Einzelhaushalt	36 %	40 %
Wohngemeinschaft	11 %	19 %
Partnerhaushalt	19 %	21 %
i n s g e s a m t	100 %	100 %
- nach der Finanzierungsform		
Stipendienfinanziert	10 %	22 %
Elternfinanziert	45 %	49 %
Eigenfinanziert	45 %	18 %
Gemischtfinanziert	-	10 %
i n s g e s a m t	100 %	100 %

STIPENDIENBEZUG

Staatliche Studienbeihilfe		
Begabtenstipendium	15 %	23 %
kein Stipendium	85 %	9 %
i n s g e s a m t	100 %	100 %

ERWERBSTÄTIGKEIT

...waren im Vorjahr auch während des Semesters erwerbstätig	40 %	42 %
---	------	------

Konsumerhebung

1974 ("Ifes-Erhebung")	1980 ("Gallup-Erhebung")
---------------------------	-----------------------------

UNTERSUCHUNGSPOPULATION UND STICHPROBE

inländische ordentliche Hörer der Hochschulstädte Wien, Graz und Innsbruck, ausschließlich erst- und zweitsemestrige und ausschließlich voll Berufstätige bzw. mit vollberufstätigen Verheiratete, ausschließlich Studenten, die - mit Mann, Partner bei den Eltern leben, - in Wohngemeinschaften leben; Quotenauswahl (ohne Haushaltstypen)	wie Sozialerhebung Quotenauswahl (vier Haushaltstypen)
--	---

STICHPROBE

N = 468	N = 907
---------	---------

ERHEBUNGSZEITPUNKT

November 1974	20. Mai bis 28. Juni 1980
---------------	---------------------------

METHODE

Haushaltsbuch durch ein Monat	Haushaltsbuch durch ein Monat
-------------------------------	-------------------------------

DEFINITIONEN

Nonmonetäre Versorgung	Inanspruchnahme von Mitbenützung- und Dienstleistungsmöglichkeiten seitens der Eltern oder Verwandten
Elternhaushalt	Als Teil des elterlichen oder eines Verwandtenhaushaltes allein oder mit Kind(ern) lebend
Wohngemeinschaft	In einem gemeinsamen Haushalt mit getrenntem oder gemeinsamen Budget, allein oder mit Kind(ern) lebend
Partnerhaushalt	In Lebensgemeinschaft mit (Ehe)Partner und eventuell Kind(ern) lebend, unabhängig von der spezifischen Haushaltsform
Stipendienfinanzierung	Der Studierende erhält im April 1980 eine Studienbeihilfe oder Stipendien, unabhängig von der Beihilfenhöhe
Elternfinanzierung	70 % der Einnahmen im Monat April stammen von den Eltern
Eigenfinanzierung	70 % der Bareinnahmen im Monat April sind aus eigener Erwerbstätigkeit
Gemischte Finanzierung	alle übrigen Finanzierungstypen
Gewichtete Einnahmen	korrigiert nach Vorhandensein von Partner und/oder Kind(ern) - für Eltern-, Einzelhaushalte, Wohngemeinschaften $\text{gewichtete Einnahmen} = \frac{\text{tatsächliche Einnahmen}}{(1 + k \cdot 0,45)}$ - für Partnerhaushalte $\text{gewichtete Einnahmen} = \frac{\text{tatsächliche Haushaltseinnahmen}}{(2 + k \cdot 0,45)}$ wobei k = Anzahl der Kinder
Fiktiver aliquoter Einkommensanteil	$Eq = \frac{E}{(n + 1)}$ wobei E = monatliches Haushaltsnettoeinkommen der Eltern n = Anzahl der von diesem Einkommen lebenden Personen
Erwerbstätigkeit	Alle jene Studenten gelten nach unserer Definition als erwerbstätig, die im Zeitraum vom Juni 1979 bis Mai 1980 wenigstens 1 Monat lang in einem stundenweisen, halbtägigen oder ganztägigen Arbeitsverhältnis standen
Ferialarbeit	Wenn ausschließlich während der Ferien gearbeitet wurde
Erwerbstätigkeit während des Semesters	Wenn <u>auch</u> während des Semesters gearbeitet wurde

II. ERGEBNISSE DER SOZIALERHEBUNG

Im Rahmen der Sozialerhebung wurden 2.382 Studierende von vier Hochschulorten befragt. Die Ergebnisse können hinsichtlich wichtiger Merkmale für die inländischen ordentlichen Hörer der Universitäten dieser Hochschulorte als repräsentativ angesehen werden. Von den Befragten waren 60 % Studenten und 40 % Studentinnen. Das entspricht der Verteilung der Grundgesamtheit.

Etwa zwei Drittel der inländischen ordentlichen Hörer sind zwischen 19 und 24 Jahre alt. Das restliche Drittel verteilt sich ungefähr gleich (zu je 16 %) auf die Altersklasse der 25- bis 27jährigen und auf die Älteren. Mit 5 % sind die Jüngsten, die bis 18jährigen, bei weitem am schwächsten vertreten. Diese Struktur spiegelt sich im wesentlichen auch in den Stichprobendaten wider, wenngleich die unterste Altersgruppe etwas unter- und die 19- bis 21jährigen etwas überrepräsentiert sind. Die Abweichungen liegen allerdings unter 3 % (siehe Tabelle im Anhang). Die Altersstruktur der Stichprobe kann deshalb als repräsentativ gelten.

Wie ein Vergleich mit den Angaben der Hochschulstatistik zeigt, ist die Stichprobe auch hinsichtlich der Verteilung der Studierenden nach Semesterzahl weitgehend repräsentativ. Auch hinsichtlich der Verteilung nach Hochschulorten ist die Stichprobe repräsentativ für die Grundgesamtheit.

Überrepräsentiert sind Studienbeihilfenbezieher. Während im Wintersemester 1980/81 12 % der Studierenden eine Beihilfe erhalten, weist die Stichprobe einen mehr als doppelt so hohen Anteil an Beihilfenbezieher aus.

Abschnitt I enthält eine detaillierte Darstellung der Durchführung der Untersuchung.

Tab. 1 Verteilung der befragten inländischen ordentlichen Hörer auf die Studienorte Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck, in Prozent

	Stichprobe (1) Sommersemester 1980	inländische ordentliche Hörer im Sommersemester 1980 (2)
Wien	60	60
Universität Wien	40	41
Technische Universität Wien	9	8
Wirtschaftsuniversität Wien	7	7
Veterinärmedizinische Univ. Wien	1	1
Universität für Bodenkultur Wien	2	2
Graz	20	20
Universität Graz	15	16
Technische Universität Graz	5	5
Salzburg	7	8
Innsbruck	13	12
i n s g e s a m t	100	100
	N = 2.382	N = 86.761

(1) Quelle: Sozialerhebung bei Studenten, 1980

(2) Quelle: Hochschulstatistik

1. Familienstand und Familiensituation

1.1 Familienstand und Partnerschaftsbeziehungen

13 % der Befragten sind verheiratet, 1 % ist geschieden. Bis zum 21. Lebensjahr ist die Mehrheit (60 %) der Befragten noch partnerlos; danach kehrt sich dieses Verhältnis um. Einen festen Partner hat 1980 etwa die Hälfte der Studenten, Frauen häufiger als Männer. Zu 60 % ist dieser Partner ebenfalls Student. Dies gilt vor allem für Frauen sowie für Jüngere. 21 %, also der kleinere Teil derer, die einen Partner haben, geben an, mit diesem auch zusammenzuleben.

Tab. 2 Familienstand und Partnerschaftsbeziehungen

.... % der Befragten waren:	 % der Befragten ..	
ledig	86	lebten mit dem Partner zusammen	21
verheiratet	13	lebten mit dem Partner nicht zusammen	31
geschieden	1	hatten keinen Partner	48
i n s g e s a m t	100	i n s g e s a m t	100
	N = 2.382		N = 2.382

Studenten nehmen, verglichen mit Gleichaltrigen, eine gewisse Sonderstellung ein. Studenten gehen vergleichsweise spät dauerhafte Beziehungen ein. Unter den über 28jährigen ist immerhin noch ein Drittel überhaupt ohne Partner, nur 40 % sind oder waren verheiratet. Im Vergleich zum Zeitpunkt der Sozialerhebung 1973 ergibt sich jedoch eine bedeutsame Veränderung. Während relativ weniger Studenten verheiratet sind, hat die Zahl der Lebensgemeinschaften stark zugenommen. 1973 lebten nur 6 % mit ihrem Partner zusammen. 1980 ist es bereits ein Fünftel.

1.2 Verheiratete Studierende

1980 waren 13 % aller Studierenden verheiratet; 13 % der Männer und 14 % der Frauen. Der Anteil der verheirateten Studierenden ist seit Mitte der siebziger Jahre rückläufig. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre waren zwischen 16 % bis 19 % der Studierenden verheiratet. Die Zahl der verheirateten Studierenden nimmt aber wegen der generell steigenden Studentenzahlen zu. Nach den Daten der Amtlichen Statistik gab es im Wintersemester 1970/71 6.799 verheiratete Studenten. Im Wintersemester 1979/80 waren es 12.173, also fast doppelt so viel.

Tab. 3 Anteil der verheirateten Studenten an den inländischen ordentlichen Hörern, Wintersemester 1970/71 bis Wintersemester 1981/82

Wintersemester	absolut	verheiratete Studierende Anteil an inländischen ordentlichen Hörern
1970/71	6.799	16
1971/72	7.275	19
1972/73	8.616	16
1973/74	9.806	17
1974/75	9.558	15
1975/76	10.016	15
1976/77	10.691	14
1977/78	11.206	14
1978/79	11.546	13
1979/80	12.173	13

Quelle: Hochschulstatistik

Mit zunehmendem Alter erhöht sich der Anteil der verheirateten Studierenden. Von den bis 21jährigen sind nur 3 % verheiratet, von den über 28jährigen 35 %. 62 % dieser älteren Studenten sind noch ledig.

Tab. 4 Familienstand nach Alter, in Prozent

Alter	N	ledig	verheiratet	geschieden
bis 21 Jahre	920	97	3	1
22 bis 24 Jahre	702	90	10	0
25 bis 27 Jahre	377	79	21	1
28 Jahre und mehr	383	62	35	3
i n s g e s a m t	2.382	86	13	1

1.3 Studierende mit Kindern

6 % aller Studenten, die in der Mehrzahl verheiratet sind, haben Kinder. 80 % aller Studierenden sind oder waren verheiratet, 14 % sind ledig, d.h. 1 % aller ledigen Studierenden haben Kinder. Die Mehrzahl der verheirateten Studierenden hat ein Kind.

Nur 64 % aller Studierenden mit Kindern leben mit diesen auch zusammen. Ein Drittel der Kinder von Studenten lebt also nicht bei den Eltern. Bei den Verheirateten liegt dieser Prozentsatz bei 28 %.

Tab. 5 Studierende mit Kindern nach Familienstand

Familienstand	Anteil der Studierenden, die Kinder haben in %	Von den Studierenden mit Kindern haben ... %		Von den Studierenden mit Kindern leben ... % <u>nicht</u> in Lebensgemeinschaft mit den Kindern
		1 Kind	2 Kinder und mehr	
ledig	1	95	5	62
verheiratet	38	72	28	28
geschieden	61	63	37	86
i n s g e s a m t	6	74	26	37

2. Wohnsituation und Haushaltsführung

2.2 Haushaltsführung

Herkunftshaushalt:

88 % der 2.382 Befragten geben an, einem "ökonomisch zuständigen Herkunftshaushalt" anzugehören. Dabei handelt es sich in erster Linie (75 %) um den Haushalt beider Elternteile. Für 12 % der Studenten besteht der Herkunftshaushalt nur aus einem Elternteil. Ebenfalls 12 % der Studenten sind ökonomisch auf sich selbst gestellt. In dieser Gruppe finden sich vor allem über 28jährige Studenten sowie Angehörige der unteren sozialen Schichten. Nur 1 % der Befragten bezeichnet den Haushalt von Verwandten als "ökonomisch zuständig". Bei einem Drittel jener Studenten, die sich auf einen ökonomisch zuständigen Haushalt stützen können, liegt dieser am Studienort.

Haushaltsführung am Studienort:

Rund ein Fünftel der Studierenden lebt im elterlichen Haushalt, ebensoviele mit Ehepartner oder Lebensgefährten. 40 % führen einen Einzelhaushalt, 19 % leben in Wohngemeinschaften. Gegenüber 1973 hat sich der Anteil derer, die im elterlichen Haushalt leben, erheblich verringert, von über 30 % auf 21 % zugunsten der Studierenden, die in Einzelhaushalten und Wohngemeinschaften leben.

Auch dürften heute mehr Studierende in Wohngemeinschaften leben als früher, wenngleich ein Vergleich mit früheren Daten problematisch ist, da sich gegenüber der ersten Hälfte der siebziger Jahre der Charakter dieser neuen Wohnform sehr verändert hat.

Tab. 6 Studierende nach Haushaltstyp, Sommersemester 1974, Sommersemester 1980, in Prozent

Haushaltstyp	1974 (1)	1980
Elternhaushalt	32	21
Einzelhaushalt	36	40
Wohngemeinschaft	11	19
Partnerhaushalt	22	20
i n s g e s a m t	100	100

N = 822 N = 2.382

(1) Quelle: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Materialien zur sozialen Lage der Studenten in Österreich, S. 96

Wohngemeinschaften sind mit 19 % heute etwa gleich häufig anzutreffen wie Eltern- und Partnerhaushalte. Von den 19 % leben 16 % der Studenten allein in Wohngemeinschaften, 3 % zusammen mit ihrem Partner. Die Mitglieder der Wohngemeinschaften haben meist

(12 %) ein getrenntes Budget; nur 7 % führen einen gemeinsamen Haushalt im engeren Sinn. Diese Wohngemeinschaften sind relativ klein: die meisten (41 %) umfassen, ausgenommen den Partner und eventuell Kinder, nur eine einzige weitere Person; 26 % zwei Personen, 19 % drei und 10 % vier bis fünf Personen; über fünf Personen nur mehr 3 %. In den "großen" Wohngemeinschaften leben eher ältere Studenten. Wohngemeinschaften sind am häufigsten in Salzburg und Innsbruck anzutreffen, am seltensten in Wien. "Am seltensten" bedeutet hier nur, daß der Anteil der Wohngemeinschaften an allen übrigen Haushaltsformen in Wien am kleinsten ist. Absolut gesehen gibt es natürlich in Wien, wo es die meisten Studenten gibt, auch die meisten Wohngemeinschaften.

Der Einzelhaushalt ist die dominante Haushaltsform von Studenten. Dabei bedeutet Einzelhaushalt nur in irgendeiner Form allein wohnen. Damit ist nicht der Besitz einer eigenen Wohnung verbunden.

Tab. 7 Verteilung der Einzelhaushalte nach der Rechtsform der Wohnung, in Prozent

Rechtsform der Wohnung	%
Studentenheim	24
Untermietzimmer	7
eigene Wohnung	10
i n s g e s a m t	40
	N = 2.382

2.2 Wohnsituation

Etwas mehr als ein Fünftel der Studenten wohnt bei den Eltern, 1973 waren es noch 37 %. Dieser starke Rückgang ist vorwiegend auf die Veränderung der regionalen Einzugsbereiche der Universitäten zurückzuführen. Etwas mehr als 30 % wohnen in Untermietzimmern und Studentenheimen, wobei Studentenheimbewohner in der Stichprobe überrepräsentiert sein dürften.

Der Großteil der Studenten ist selbst ein Rechtsverhältnis zur Benützung der Wohnung eingegangen: 47 % der Befragten geben an, sie würden über eine eigene Wohnung verfügen; das sind um 3 % mehr als 1973. Dieser Zuwachs macht sich vor allem bei den Hauptmietwohnungen und den Eigentumswohnungen bemerkbar. Leicht gesunken ist hingegen der Anteil der Untermietwohnungen.

Tab. 8 Verteilung der Rechtsform "eigene Wohnung" nach Haushaltstypen, in Prozent

Haushaltstyp	in %
Wohngemeinschaft	47
Partnerhaushalt	35
Einzelhaushalt	18
i n s g e s a m t	100
	N = 1.119

Tab. 9 Studierende nach dem Rechtsverhältnis ihrer Wohnung, in Prozent

Rechtsverhältnis	1974	1980
Mitbewohner (bei den Eltern)	34	22
Untermietzimmer	6	7
Studentenheim	16	24
Untermietwohnung	17	15
Hauptmietwohnung	19	22
Eigentumswohnung / Haus	6	10
i n s g e s a m t	100	100
	N = 822	N = 2.382

Quelle: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, a.a.O., S. 91

Die eigene Wohnung ist für fast alle Studierenden die vorherrschende Wohnform. Es gibt aber ein soziales Gefälle von "Ober/Mittelschicht-Kindern" zu "Unterschicht-Angehörigen". Während 54 % der Kinder von selbständig und freiberuflich Erwerbstätigen über eigene Wohnungen verfügen, sind es bei den Kindern von einfachen Angestellten/Beamten 40 %, bei Studenten aus Landwirtschaftsfamilien nur 36 %. Dasselbe Gefälle wie bei Wohnungen generell zeigt sich speziell bei Eigentumswohnungen. Weniger Unterschiede gibt es im Besitz von Hauptmiet- und Untermietwohnungen.

Tab. 10 Studierende nach dem Rechtsverhältnis der Wohnform und sozialer Herkunft, in Prozent

	N	Mitbewohner	Zimmer		Wohnungen	
			Untermietzimmer	Studentenheim	Wohnungen	davon Eigentumswohnungen
sst Fbb	552	22	6	17	54	15 100
l Bea Ang	777	29	5	19	46	10 100
m Bea Ang	562	19	9	26	46	10 100
e Bea Ang	141	18	8	34	40	4 100
Arbeiter	213	14	10	35	40	4 100
Landwirte	137	3	13	49	36	6 100
i n s g e s a m t	2.382	22	7	24	47	10 100

Ein umgekehrtes Gefälle von "unten" nach "oben" läßt sich für Untermietzimmer und Studentenheime feststellen: diese Wohnformen dominieren bei Studenten aus einfachen Angestellten/Beamten-, Arbeiter- und Landwirtschaftsfamilien. Vor allem für die letztgenannte Gruppe haben Studentenheime eine zentrale Bedeutung: nahezu die Hälfte dieser Studenten lebt in Heimen. Damit dürfte diese Wohnform eine echte Ausweichmöglichkeit für die unteren sozialen Schichten (und hier wieder besonders für die Landbevölkerung) darstellen. Sie wird genutzt, wenn das Wohnen im Elternhaushalt - entweder aufgrund der großen Entfernung zum Studienort oder aufgrund der beengten räumlichen Verhältnisse - nicht möglich ist und wenn gleichzeitig die finanzielle Situation eine eigene Wohnung nicht zuläßt.

Die altersspezifischen Unterschiede sind noch deutlicher ausgeprägt als die schichtspezifischen. Mit steigendem Alter nimmt kontinuierlich der Anteil eigener Wohnungen zu (von 33 % bei den 18jährigen auf 70 % bei den über 28jährigen). Entsprechend sinken die Anteile der Mitbewohner (von 33 % auf 11 %) und der Heimbewohner (von 31 % auf 14 %). Die Untermietzimmer sind wieder die seltenste Wohnform: mit 9 % liegen sie in der Gruppe der 22- bis 24jährigen am höchsten.

Unterschiede zeigen sich auch zwischen den einzelnen Hochschulorten. Eigene Wohnungen sind an allen Studienorten die vorherrschende Rechtsform. Der Anteil ist in Salzburg und Innsbruck mit 55 % beträchtlich höher als in Wien (43 %); Graz ist mit 51 % in der Mitte anzusiedeln. In den größeren Hochschulorten Wien und Graz gibt es vergleichsweise mehr Studenten, die eine Wohnung für sich allein besitzen (20 % gegenüber z. B. 2 % in Salzburg). Was Wien an eigenen Wohnungen weniger zur Verfügung stellen kann, kompensiert es durch mehr Heimplätze und durch mehr Möglichkeiten zum "zu Hause Wohnen".

Tab. 11 Rechtsformen der Wohnungen nach ausgewählten Hochschulorten, in Prozent

	Wien	Graz	Salzburg	Innsbruck
Mitbewohner	25	17	13	19
Untermietzimmer	3	17	10	10
Studentenheim	30	16	20	15
Untermietwohnung	13	21	13	15
Hauptmietwohnung	22	12	35	31
Eigentumswohnung / Haus	8	17	8	9
insgesamt	100	100	100	100

N = 2.382

Ausstattung und Zustand der Studentenwohnungen dürften im wesentlichen die allgemeine Wohnsituation in Städten widerspiegeln. 95 % der Wohnungen, einschließlich der Studentenheime, verfügen über Innenwasser, über ein Bad 65 % und über eine Dusche 69 %. Drei Viertel aller Wohnungen haben eine Innentoilette, zwei Drittel auch Zentralheizung.

18 % der Studenten halten ihre Wohnung für renovierungsbedürftig, 30 % für räumlich beengt, 13 % für dunkel und 24 % für laut.

Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen des Mikrozensus ist zu beachten, daß 24 % der Befragten in Studentenheimen wohnen, die zumindest in älterer Ausführung eine andere Wohnorganisation aufweisen als Normalwohnungen.

Tab. 12 Wohnungsausstattung der Studentenwohnungen und Ausstattungstyp der bewohnten Wohnungen in Österreich, in Prozent

Wohnungsausstattung	Studenten 1980	Wohnungsausstattung 1981 laut Mikrozensus
Wasser	95	96
Toilette	73	87
Badegelegenheit	69	84
Dusche	65	57
Bad	66	k.A.
Zentralheizung	76	
Telefon		

Quelle: Mikrozensus 1981

3. Erwerbstätigkeit

Die spezielle Situation der Studierenden führt zu sehr unterschiedlichen Formen der Erwerbstätigkeit. Der Großteil der erwerbstätigen Studierenden arbeitet nur periodenweise oder mit Unterbrechungen und das in Form von Vollzeitarbeit, Teilzeitarbeit und Gelegenheitsarbeit. Das macht sowohl die Erfassung als auch die Beschreibung studentischer Erwerbstätigkeit kompliziert und aufwendig. Deswegen sind auch einfache Aussagen über die Erwerbstätigkeit von Studenten nicht möglich, wie z.B. "... % der Studenten sind erwerbstätig."

Dasselbe gilt für Veränderungen über die Zeit.

Das folgende (noch unpräzise) Schema soll die Vielfalt der Erwerbsformen verdeutlichen.

	dauernd	mit Unterbrechungen dauernd	periodisch (z.B. Ferien)	immer wieder	gelegentlich	einmalig
ganztagig						
halbtägig						
stundenweise						

Die Aussagekraft der verschiedensten Daten ist sehr stark davon bestimmt, ob die verwendeten statistischen Daten und Maße dem zu behandelnden Tatbestand adäquat sind. Es empfiehlt sich daher bei der Verwertung der Daten besonders sorgfältig auf diesen Umstand zu achten.

In der Sozialerhebung 1980 wurde die studentische Erwerbstätigkeit exakter als früher erfaßt und zwar für jeden Monat zwischen Juni 1979 und Mai 1980. Damit sind erstmals genauere Daten über die Dauer der Erwerbstätigkeit, über Vollerwerbstätigkeit und über die saisonalen Schwankungen studentischer Erwerbstätigkeit vorhanden. Zusätzlich kann jetzt zur bisher üblichen Erwerbsquote (Erwerbsquote pro Jahr) eine neue Quote (Erwerbsquote pro Monat) errechnet werden:

Erwerbsquote pro Jahr = Anteil der Studierenden, die im Laufe eines Jahres zumindest einmal in irgendeiner Form erwerbstätig sind, unabhängig vom Umfang der Erwerbstätigkeit

Erwerbsquote pro Monat = Anteil der Studierenden, die in (einem) bestimmten Monat(en) im Jahresdurchschnitt ganztätig, halbtätig oder stundenweise erwerbstätig sind.

3.1 Formen studentischer Erwerbstätigkeit

Teilzeitarbeit im weitesten Sinn und Gelegenheitsarbeit sind die dominanten Formen studentischer Erwerbstätigkeit. Zwei Drittel der befragten Studenten waren im Laufe eines Jahres in irgendeiner Form zumindest einmal erwerbstätig. Im Jahresdurchschnitt waren 30 % aller Hörer erwerbstätig, davon die Mehrzahl in Form von Teilzeitarbeit. Der mittlere monatliche Wert für Ganztagsarbeit liegt bei 13 %, d.h. im Jahresdurchschnitt sind pro Monat jeweils 13 % aller Studenten ganztätig beschäftigt. Das sind nicht nur Berufstätige, da Ganztagsarbeit häufig nur befristet ausgeübt wird. Als voll berufstätig können nach den Ergebnissen der vorliegenden Studie ca. 4 % der inskribierten Hörer angesehen werden. Sie waren länger als 11 Monate ganztags erwerbstätig. Durchgehend halbtätig erwerbstätig sind 5 % der Studierenden. In geringerem Umfang als ganz- und halbtätig, länger als 11 Monate, sind 33 % aller Studenten beschäftigt. Ein Viertel arbeitet ausschließlich in den Ferien.

Tab. 13 Formen der Erwerbstätigkeit, Studienjahr 1979/80

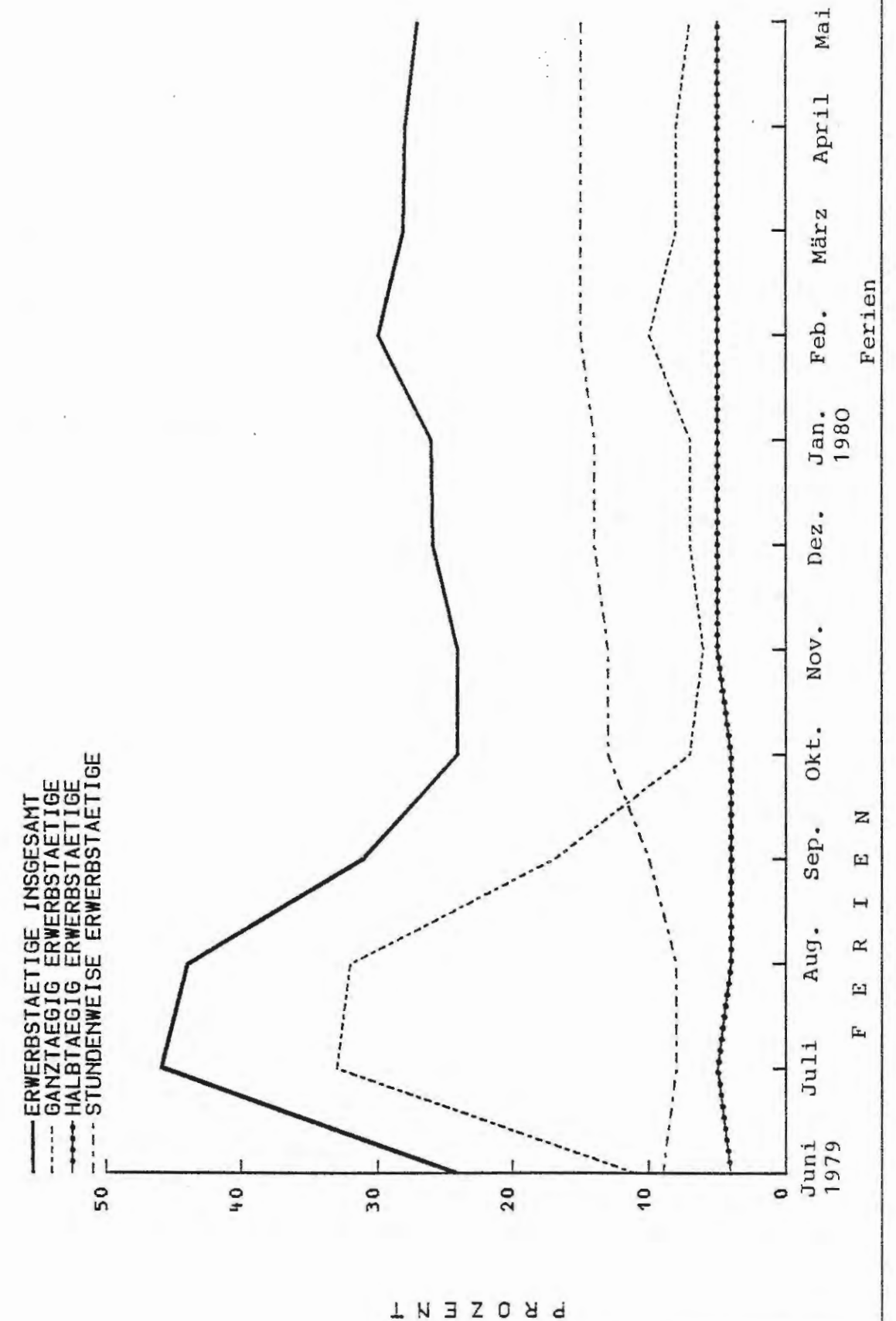
	in %
regelmäßig durchgehend erwerbstätig	9
ganztätig 11 Monate und mehr	4
halbtätig 11 Monate und mehr	5
unregelmäßig erwerbstätig, Gelegenheitsarbeit, etc.	58
während des Semesters und der Ferien	33
ausschließlich in den Ferien	25
nicht erwerbstätig	33
insgesamt	100
	N = 2.382

3.2 Ausmaß der studentischen Erwerbstätigkeit

3.2.1 Erwerbsquote pro Monat

Die studentische Erwerbstätigkeit unterliegt saisonalen Schwankungen. Der Anteil der erwerbstätigen Studenten schwankt während des Semesters, also während der Monate

QUOTEN DER ERWERBSTÄTIGEN STUDENTEN INSGESAMT SOWIE DER GANZ-, HALBTÄGIG ODER STUNDENWEISE ERWERBSTÄTIGEN FÜR DEN ZEITRAUM JUNI 1979 - MAI 1980. IN %



Oktober bis Jänner und März bis Juni, nur geringfügig und macht mit 24 % bis 28 % etwa ein Viertel aller Studierenden aus. In den Ferienmonaten Juli/August steigt die Erwerbstätigenquote um ca. 20 % an. In den Ferien geht also knapp die Hälfte der Studierenden irgendeiner Beschäftigung nach. Die ebenfalls vorlesungsfreien Monate September und Februar werden weniger für Feriarbeiten genutzt. Mit ca. 30 % ist der Anteil der Erwerbstätigen an allen Studierenden hier kaum höher als während des Semesters. Die Monate September und Februar dürften in erster Linie für Prüfungsvorbereitungen genutzt werden. Die Quote der halbtägig Beschäftigten verändert sich in den Ferien nicht. Ein klarer Anstieg ist nur in der Kategorie "ganztägig beschäftigt" zu verzeichnen; die stundenweise Erwerbstätigkeit geht sogar zurück. Feriarbeiten sind also vorwiegend full-time-jobs. Es geben auch drei Viertel der Feriarbeiter an, sie seien "voll angemeldet" erwerbstätig gewesen.

Die Mehrzahl der erwerbstätigen Studenten arbeitet unregelmäßig, d.h. nicht das ganze Jahr durchgehend. Der Anteil der Studenten, die in einem bestimmten Monat arbeiten, ist wesentlich geringer als der Anteil der Studenten, die im Laufe eines Jahres irgendwann einmal erwerbstätig sind. Im Monatsdurchschnitt sind 30 % der Studenten erwerbstätig, 13 % ganztägig, 5 % halbtags und 12 % stundenweise. Während des Semesters ist der Anteil der ganztägig Erwerbstätigen nur 8 %.

Tab. 14 Anteil der erwerbstätigen Studenten pro Monat

% der Studierenden sind pro Monat erwerbstätig			
	Sommerferien	Winterferien	Semester	insgesamt
ganztägig	27	10	8	13
halbtägig	4	5	5	5
stundenweise	9	15	13	12
i n s g e s a m t	40	30	26	30

3.2.2 Erwerbstätigenquote pro Jahr und Dauer der Erwerbstätigkeit in Monaten

Insgesamt haben im Laufe eines Jahres zwei Drittel der Befragten eine Beschäftigung unterschiedlicher Dauer ausgeübt. Es handelt sich dabei zu einem Viertel um "ausschließliche Feriarbeit", überwiegend in der Dauer von ein bis zwei Monaten.

42 % der Studenten haben auch während des Semesters gearbeitet; davon 30 % länger als zwei Monate, 10 % länger als 5 Monate. Die Quote für Erwerbstätigkeit während des Semesters hat sich gegenüber 1973 kaum verändert. Im Sommersemester 1973 gaben

ebenfalls etwa 40 % der Studenten an, während des Semesters erwerbstätig gewesen zu sein.

Tab. 15 Quoten der während des Semesters und während der Ferien Erwerbstätigen (1) pro Jahr nach der Dauer der Erwerbstätigkeit (2)

 % der Studenten waren zwischen Juni 1979 und Mai 1980 erwerbstätig...	
	ausschließlich während der Ferien in der Dauer von	auch während des Semesters in der Dauer von...
bis 1 Monat	10	1 bis 2 Monate 13
bis 2 Monate	11	3 bis 5 Monate 19
bis 3 Monate	4	6 bis 8 Monate 5
bis 4 Monate	-	9 bis 12 Monate 5
i n s g e s a m t	25	i n s g e s a m t 42
	N = 2.382	N = 2.382

- (1) In der vorliegenden Studie sind die beiden Arten von studentischer Erwerbstätigkeit folgendermaßen definiert:
- die Gruppe der "während des Semesters Erwerbstätigen" umfaßt alle jene Studenten, die im Untersuchungszeitraum (Juni 1979 bis Mai 1980) irgendwann während des Semesters gearbeitet haben - ohne Rücksicht darauf, ob sie gleichzeitig auch während der Ferien erwerbstätig waren. Das bedeutet, daß die von dieser Gruppe angegebene "Dauer der Erwerbstätigkeit" sich nicht unbedingt auf ausschließlich während des Semesters absolvierte Arbeitszeiten beziehen muß, sondern daß darin auch die Dauer der in den Ferienmonaten aufgenommenen Erwerbstätigkeit enthalten sein kann.
 - Die Gruppe der "Feriarbeiter" umfaßt alle jene Studenten, die zwischen dem Juni 1979 und dem Mai 1980 **ausschließlich** in den Ferienmonaten (Juli, August, September, Februar) und **nie** während des Semesters erwerbstätig waren.
- (2) Die Monate stundenweiser bzw. halbtägiger Erwerbstätigkeit wurden in "Monate ganztägiger Erwerbstätigkeit" umgerechnet.

Tab. 16 Quote der während des Semesters erwerbstätigen Studenten seit dem Wintersemester 1970/71

Wintersemester % der Studenten waren während des Semesters erwerbstätig	
	Amtliche Statistik	Befragungsergebnisse 1974 und 1980
1970/71	35	
1973/74	36 (1)	40 (1) (2)
1979/80		42 (3)

- (1) Ob die Differenzen zu den Daten der amtlichen Statistik auf Stichprobenfehler, auf Unterschiede in der Erhebungstechnik oder auf Antwortverweigerungen beim Ausfüllen der Statistikbögen zurückzuführen sind, ist nicht endgültig zu klären
- (2) Sozialerhebung 1973
- (3) Sozialerhebung 1980

Drei Viertel der **verheirateten Studenten** geben an, im Untersuchungszeitraum in irgendeiner Form erwerbstätig gewesen zu sein. Das sind nur um 6 % mehr als in der Gruppe der Ledigen. Daß der Familienstand von Studenten dennoch das Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit

stark beeinflusst, zeigt sich erst in der Dauer der Erwerbstätigkeit. Längerfristige Beschäftigung findet sich vor allem bei den Verheirateten. Sie geben zu 21 % an, länger als 9 Monate erwerbstätig gewesen zu sein. Von den Unverheirateten ist es im Vergleich dazu nur 1 %. Ledige Studenten arbeiten zu 60 % nicht länger als 5 Monate.

Tab. 17 Quote der Erwerbstätigen nach dem Familienstand und der Dauer der Erwerbstätigkeit

Dauer der Erwerbstätigkeit	... % der Studenten waren zwischen Juni 1979 und Mai 1980 erwerbstätig ...	
	Familienstand	
	verheiratet	ledig
1 - 2 Monate	17	22
3 - 5 Monate	24	36
6 - 8 Monate	9	6
9 - 12 Monate	21	1
i n s g e s a m t	72	66
N = 2.382		

Die Erwerbsquote von Studenten und Studentinnen unterscheidet sich nur geringfügig. Studenten arbeiten aber im Durchschnitt längere Zeit als Studentinnen. Ob jemand länger als 6 Monate arbeitet, ist nicht vom **Geschlecht**, sondern von anderen Faktoren abhängig.

Tab. 18 Quote der Erwerbstätigen nach Geschlecht und Dauer der Erwerbstätigkeit

Dauer der Erwerbstätigkeit	... % der Studenten waren zwischen Juni 1979 und Mai 1980 erwerbstätig	
	Geschlecht	
	Männer	Frauen
1 - 2 Monate	19	26
3 - 5 Monate	37	29
6 - 8 Monate	7	5
9 - 12 Monate	7	4
i n s g e s a m t	69	63
N = 2.382		

Die Dauer der Erwerbstätigkeit steigt mit der **Semesterzahl**: Der Unterschied zwischen den länger als 12 Semester Studierenden und allen übrigen Studenten ist am deutlichsten. 17 % der über 12semestrigen haben zwischen Juni 1979 und Mai 1980 länger als 9 Monate gearbeitet, davon 13 % das ganze Jahr hindurch. Bei allen übrigen Studenten liegen die entsprechenden Anteile zwischen 2 % und 4 %.

69 % der Studenten, die keine Studienbeihilfe beziehen, geben an, im Untersuchungszeitraum erwerbstätig gewesen zu sein. Unter den **Studienbeihilfenempfängern** liegt der entsprechende Anteil um 10 % niedriger. Sie arbeiten etwas weniger häufig, vor allem aber weniger lang.

Tab. 19 Quote der Erwerbstätigen nach der Semesterzahl und Dauer der Erwerbstätigkeit

Dauer der Erwerbstätigkeit	... % der Studenten waren zwischen Juni 1979 und Mai 1980 erwerbstätig...				
	Semesterzahl				
	bis 3 Semester	4 bis 6 Semester	7 bis 9 Semester	10 bis 12 Semester	über 12 Semester
1 - 2 Monate	22	24	24	17	18
3 - 5 Monate	33	34	39	34	30
5 - 8 Monate	2	5	6	7	11
9 - 12 Monate	4	4	2	4	17
i n s g e s a m t	62	66	71	63	75
N = 2.382					

Tab. 20 Quote der Erwerbstätigen nach Beihilfenbezug und Dauer der Erwerbstätigkeit

Dauer der Erwerbstätigkeit	... % der Studenten waren zwischen Juni 1979 und Mai 1980 erwerbstätig...	
	Studenten beziehen Studienbeihilfe	Studenten beziehen keine Studienbeihilfe
1 - 2 Monate	21	22
3 - 5 Monate	36	33
6 - 8 Monate	2	8
9 - 12 Monate	.	7
i n s g e s a m t	59	69
N = 2.382		

Studierende, die bereits ein **postsekundäres Studium abgeschlossen** haben, also solche mit Zweitstudien, sind in einem hohen Ausmaß erwerbstätig. Jene, die den Abschluß einer Akademie haben, arbeiten zu je einem Viertel länger als 9 Monate, von den Studierenden mit Hochschulabschluß sind es fast die Hälfte.

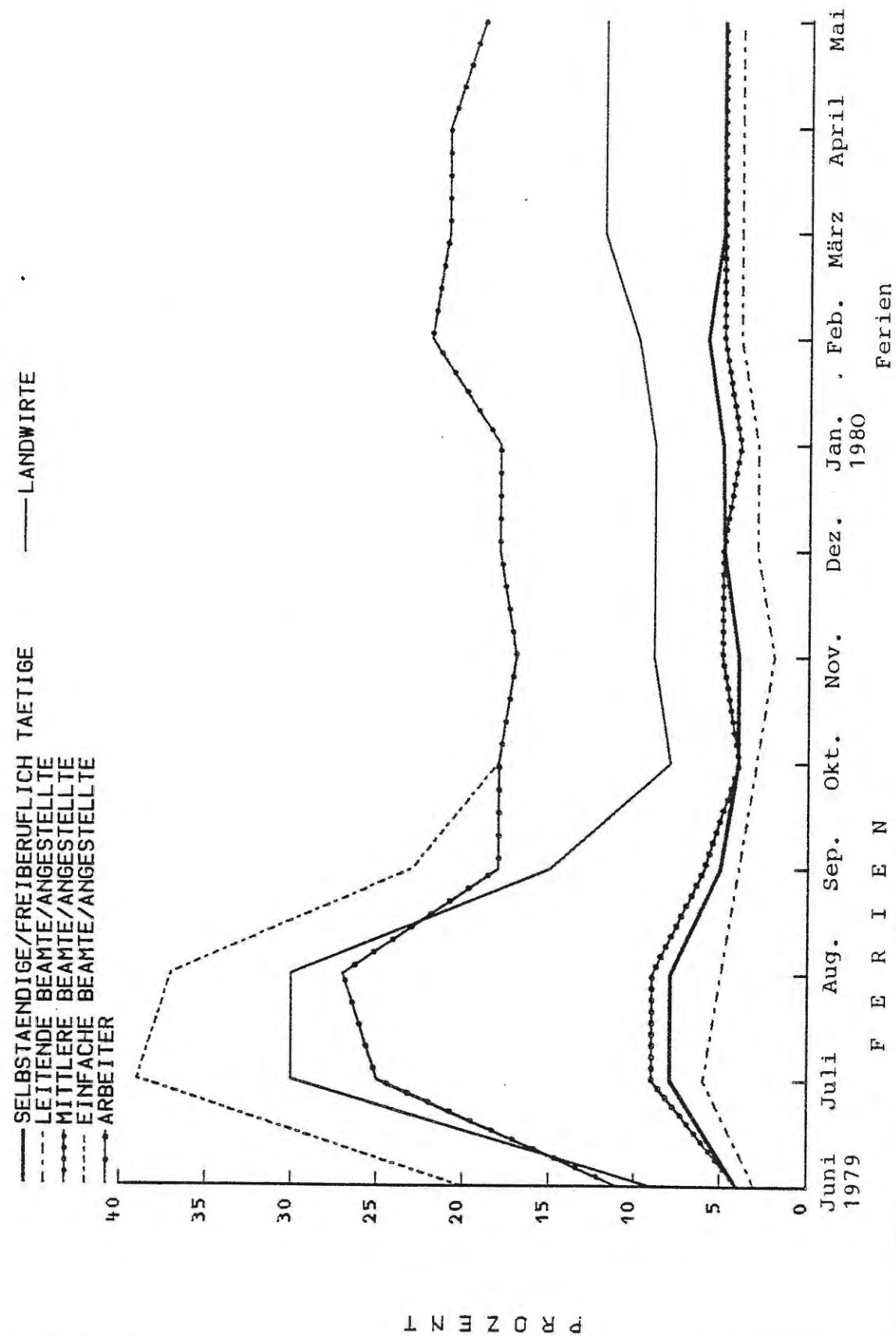
Tab. 21 Quote der Erwerbstätigen nach absolvierter postsekundärer Ausbildung und Dauer der Erwerbstätigkeit

Dauer der Erwerbstätigkeit	... % der Studenten waren zwischen Juni 1979 und Mai 1980 erwerbstätig			
	Pädagogische Akademie	Akademie (1)	Diplomstudium	Doktoratsstudium
1 - 2 Monate	23	27	10	13
3 - 5 Monate	15	21	23	17
6 - 8 Monate	4	8	3	14
9 - 12 Monate	26	24	48	46
i n s g e s a m t	69	81	84	89
N = 2.382				

(1) Akademien und Abiturientenlehrgänge, ausgenommen Pädagogische Akademien

Das Ausmaß der Erwerbstätigkeit variiert mit der **sozialen Herkunft** der Studenten. Generell arbeiten Studenten aus sozial schlechter gestellten Familien (Arbeiter, Landwirte, einfache Angestellte / Beamte) beträchtlich mehr als solche aus gehobeneren Verhältnissen

SCHICHTSPECIFISCHE QUOTEN DER ERWERBSTÄTIGEN STUDENTEN
FÜR DEN ZEITRAUM JUNI 1979 - MAI 1980 IN %



(Selbständige, leitende und mittlere Angestellte/Beamte). Während von den Studenten aus der "Mittel/Oberschicht" während des Semesters 3 % bis 5 % erwerbstätig sind, beträgt der entsprechende Prozentsatz bei den Arbeiterkindern 19 %, bei den Kindern aus einfachen Angestellten/Beamten-Familien 18 % und bei Bauernkindern 10 %. Noch größer sind die Unterschiede in den Ferienmonaten.

3.3 Gründe für Erwerbstätigkeit

Nach eigenen Angaben arbeitet ein Drittel der Studenten, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Ein weiteres Drittel gibt an, die Erwerbstätigkeit diene dazu, den finanziellen Spielraum zu erweitern. Ein Viertel der Erwerbstätigen benötigt das Geld für "besondere Ausgaben" (Anschaffungen, Urlaub..). 9 % arbeiten ohne direkte ökonomische Notwendigkeit.

Dabei stehen bei verschiedenen Gruppen von Studenten unterschiedliche Gründe im Vordergrund. Vor allem ältere Studenten sowie Studenten aus den unteren sozialen Schichten arbeiten in erster Linie, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Besondere Anschaffungen und eine "generelle Erweiterung des finanziellen Spielraums" sind Motive, die vor allem Jüngere sowie Studenten aus den oberen Schichten zu einer Erwerbstätigkeit veranlassen.

Tab. 22 Gründe für Erwerbstätigkeit nach Alter der Studenten

Für ...% der erwerbstätigen Studenten war die Erwerbstätigkeit notwendig, um ...

Gründe für Erwerbstätigkeit	A l t e r					insgesamt
	bis 18	19 bis 21	22 bis 24	25 bis 27	über 28	
den Lebensunterhalt zu bestreiten	12	16	27	44	64	32
den finanziellen Spielraum zu erweitern	48	41	39	34	23	36
besondere Ausgaben zu finanzieren	30	30	28	20	10	24
keine direkte ökonomische Notwendigkeit	10	11	9	6	6	9
insgesamt	100	100	100	100	100	100

N = 1.596

29 % der erwerbstätigen Studenten hätten unter dem Gesichtspunkt des Geldverdienens nicht oder "weniger" arbeiten müssen. 44 % glauben, gerade im richtigen Ausmaß gearbeitet zu haben, 27 % hätten eigentlich mehr arbeiten müssen.

Tab. 23 Einschätzung des "Zwangs" zur Erwerbstätigkeit nach Alter

... % der erwerbstätigen Studenten hätten unter dem Gesichtspunkt des Geldverdienens ...

	A l t e r					insgesamt
	bis 18	19 bis 21	22 bis 24	25 bis 27	über 28	
gar nicht arbeiten müssen	26	26	20	9	8	18
ruhig weniger arbeiten können	8	13	10	11	10	11
gerade im gegebenen Ausmaß arbeiten müssen	48	40	42	47	51	44
eigentlich mehr arbeiten müssen	18	22	29	33	32	27
i n s g e s a m t	100	100	100	100	100	100

N = 1.596

Den verschiedenen Gründen für Erwerbstätigkeit kommt unterschiedliches Gewicht zu, je nach Form der Erwerbstätigkeit. Voll Berufstätige geben wesentlich häufiger an, zu arbeiten, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. Die fallweise Erweiterung des "finanziellen Spielraums" oder die Finanzierung besonderer Ausgaben spielen eine geringere Rolle als bei Studenten, die nicht durchgehend erwerbstätig sind. Auch wird von den voll Erwerbstätigen häufiger ein Zwang zur Erwerbstätigkeit gesehen als von jenen Studierenden, die in geringerem Umfang arbeiten.

Tab. 24 Erwerbstätigkeit zur Finanzierung des Lebensunterhaltes nach Formen der Erwerbstätigkeit

Form der Erwerbstätigkeit	Für ... % der Erwerbstätigen ist Erwerbstätigkeit notwendig um den Lebensunterhalt zu finanzieren
durchgehend ganztätig 11 Monate und mehr	83
durchgehend halbtätig 11 Monate und mehr	58
Erwerbstätigkeit geringeren Umfangs während der Ferien und der Semester	34
nur Feriarbeit	16
i n s g e s a m t	32

N = 1.596

Von jenen Studenten, die im Untersuchungszeitraum nicht erwerbstätig waren, meint die Hälfte, dies sei unter finanziellen Gesichtspunkten nicht notwendig gewesen. 13 % erachten eine Erwerbstätigkeit zwar für notwendig, jedoch haben sie keine geeigneten Arbeitsmöglichkeiten gefunden. 38 % halten eine Erwerbstätigkeit für wünschenswert. Die Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit wird von verschiedenen Studentengruppen unterschiedlich

eingeschätzt. Angehörige der ökonomisch schlechter gestellten Schichten (vor allem Arbeiter-, Bauernkinder) geben häufiger an, sie hätten "eigentlich mehr arbeiten müssen". Für sie trifft das Argument, eine Erwerbstätigkeit sei "gar nicht notwendig gewesen", in geringerem Maße als für Kinder von Selbständigen oder leitenden Beamten zu.

Tab. 25 Gründe für Nicht-Erwerbstätigkeit der Studenten

Für ... % der nicht-erwerbstätigen Studenten ist die Erwerbstätigkeit unter dem Gesichtspunkt des Geldverdienens ...

	insgesamt
nicht notwendig gewesen	49
notwendig gewesen, aber keine Arbeitsmöglichkeiten gefunden	13
wünschenswert gewesen	38
i n s g e s a m t	100

N = 786

3.4 Behinderung des Studiums durch die Erwerbstätigkeit

Mehr als ein Drittel der erwerbstätigen Studenten fühlen sich durch ihre Erwerbstätigkeit im Studium nicht behindert, ein weiteres Drittel sieht darin einen Zeitverlust, betrachtet Erwerbstätigkeit aber in anderer Hinsicht als gewinnbringend. Etwas mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen gibt an, die Arbeit behindere den Studienfortschritt. Verstärkt trifft dies für ältere Studenten, für Arbeiterkinder und Kinder von kleinen Angestellten und Beamten zu. Nahezu die Hälfte der über 28jährigen gibt an, ihr Studium wäre durch die Erwerbstätigkeit behindert. Von den Studenten aus Arbeiterfamilien und Familien einfacher Angestellter / Beamter sind mehr als ein Drittel dieser Meinung.

Studienbehinderungen sehen voll Erwerbstätige eher als Studierende, die in geringerem Umfang erwerbstätig sind. So sieht die Hälfte der voll Berufstätigen in der Erwerbstätigkeit eine Behinderung des Studiums, aber nur 14 % derer, die nur in den Ferien erwerbstätig sind.

Tab. 26 Studienbehinderung durch Erwerbstätigkeit nach Formen der Erwerbstätigkeit, in Prozent

Form der Erwerbstätigkeit	die Erwerbstätigkeit ist			Summe
	studienbehindernd	ein Zeitverlust, aber gewinnbringend	eher Studienfortschritt-fördernd	
durchgehend ganztägig 11 Monate und mehr	59	26	25	100
durchgehend halbtägig 11 Monate und mehr	51	41	19	100
Erwerbstätigkeit geringeren Umfangs während der Ferien und der Semester	34	40	26	100
nur Ferialarbeit	14	31	55	100
i n s g e s a m t	28	36	36	100

N = 1.596

3.5 Voll Erwerbstätige

Als voll erwerbstätig können jene 4 % der Befragten angesehen werden, die im Erhebungszeitraum (Juni 1979 bis Mai 1980) zumindest 11 Monate durchgehend ganztägig erwerbstätig waren. Diese Gruppe von Studierenden dürfte aber unterrepräsentiert sein, da voll Erwerbstätige von den Interviewern weniger leicht erreichbar sind. Ebenfalls durchgehend regelmäßig erwerbstätig - wenn auch nicht voll erwerbstätig, sondern nur halbtägig - sind 5 % der Befragten. Nicht ganz die Hälfte der voll Erwerbstätigen studiert bereits 7 Jahre oder mehr. Zwei Drittel sind älter als 27 Jahre. Überdurchschnittlich viele studieren Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, 56 % sind verheiratet.

Voll Erwerbstätige verfügen im Durchschnitt über höheres Einkommen als Studierende, die in geringerem Umfang arbeiten. Die Unterschiede sind aber nicht sehr gravierend. Voll Erwerbstätige haben im Durchschnitt um S 2.000,- mehr als nicht erwerbstätige Studenten.

Tab. 27 Monatliches durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen nach Form der Erwerbstätigkeit, April 1980, in Schilling

Form der Erwerbstätigkeit	Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen
durchgehend ganztägig 11 Monate und mehr	6.800
durchgehend halbtägig 11 Monate und mehr	6.200
Erwerbstätigkeit geringeren Umfangs während der Ferien und der Semester	5.200
nur Ferialarbeit	4.500
nicht erwerbstätig	4.600

Quelle: Sozialerhebung

4. Inanspruchnahme staatlicher Förderungsmaßnahmen

4.1 Studienbeihilfen

23 % der Befragten bezogen im Sommersemester 1980 eine Studienbeihilfe, 32 % haben irgendwann im Laufe ihres Studiums eine Beihilfe erhalten. Nach den Angaben der Amtlichen Statistik liegt die Quote der Beihilfenbezieher 1981 bei 11 %. Die Gruppe der Studienbeihilfenempfänger ist also, wie bereits in der Erhebung 1973, in der Stichprobe überrepräsentiert. Soweit in folgenden Tabellen Anteilswerte enthalten sind, sind diese in etwa zu halbieren.

Die durchschnittliche Höhe der vergebenen Beträge liegt bei S 2.727,- monatlich. Ca. 44 % der Befragten erhalten eine Beihilfe, die etwa dem Höchststipendienzatz entspricht. 50 % der Befragten beziehen die Beihilfe bereits durch vier Semester. Mehr als 10 Semester Beihilfenbezug wird nur mehr von 8 % angeführt. Die "durchschnittliche Bezugsdauer" liegt bei 5,5 Semestern.

Tab. 28 Anzahl der Semester, durch die eine Studienbeihilfe bezogen wurde

... % der Studenten hatten eine Beihilfe über Semester bezogen	%
Semesterzahl	
1 - 2 Semester	27
3 - 4 Semester	24
5 - 6 Semester	19
7 - 8 Semester	13
9 - 10 Semester	9
11 - 12 Semester	4
13 - 14 Semester	2
15 - 16 Semester	1
17 - 18 Semester	.
i n s g e s a m t	100

Der Anteil der Studienbeihilfenbezieher reduziert sich mit fortschreitender Semesterzahl. Beträgt er für die "bis 3semestrigen" noch 30 %, so liegt er unter den "über 12semestrigen" nur mehr bei 12 %.

Verheiratete Studenten sind zum Zeitpunkt der Befragung zu 14 % Stipendienbezieher, unter den ledigen liegt der entsprechende Anteil um 10 % höher. Diese Unterschiede gleichen sich jedoch aus, wenn man danach fragt, ob überhaupt jemals eine Studienbeihilfe bezogen wurde. Dabei zeigt sich, daß beide Gruppen im Laufe ihres Studiums gleich häufig, nämlich zu 30 %, in den Genuß der staatlichen Studienförderung gekommen waren. Daraus kann geschlossen werden, daß der unterschiedliche Stipendienbezug zum Befragungszeit-

punkt in erster Linie auf zwei Faktoren zurückgeht: auf die unterschiedliche Altersstruktur und das verschieden hohe Ausmaß an Erwerbstätigkeit. Verheiratete Studenten sind im Schnitt älter als ledige. Die Wahrscheinlichkeit, keinen Rechtsanspruch auf ein Stipendium wegen der "Überschreitung der Altersgrenze" zu haben, ist daher für Verheiratete größer.

Tab. 29 Häufigkeit des Beihilfenbezuges nach der Anzahl der inskribierten Semester

Semesterzahl	N	...% der Studenten haben im Sommersemester 1980 eine Beihilfe bezogen	...% der Studenten haben jemals eine Beihilfe bezogen
bis 3 Semester	417	30	34
4 - 6 Semester	717	25	31
7 - 9 Semester	400	25	31
10 - 12 Semester	477	20	36
über 12 Semester	371	12	43
insgesamt	2.382	23	32

Tab. 30 Häufigkeit des Studienbeihilfenbezuges nach Familienstand der Studenten

Familienstand	N	...% der Studenten haben im Sommersemester 1980 eine Beihilfe bezogen	...% der Studenten haben jemals eine Beihilfe bezogen
ledig	2.055	24	32
verheiratet	313	14	31
insgesamt	2.382 (1)	23	32

(1) Einschließlich der Geschiedenen und Verheirateten

Die staatliche Studienfinanzierung erreicht ihrer Zielsetzung gemäß in erster Linie die Studierenden aus **bildungsfernen Schichten**. 66 % der Studenten aus Landwirtschaftsfamilien erhalten 1980 ein Stipendium. 81 % haben irgendwann während ihres Studiums Beihilfen bezogen. An zweiter Stelle folgen die Arbeiterkinder mit einer Beihilfenempfängerquote von 54 %; 70 % sind überhaupt schon einmal in den Genuß einer staatlichen Unterstützung gekommen. Auch Studenten, deren Vater ein einfacher Angestellter / Beamter ist, können relativ häufig damit rechnen, daß der Staat zur Finanzierung ihres Studiums beiträgt, 44 % dieser Gruppe beziehen im Sommersemester 1980 eine Beihilfe, weitere 20 % haben zu einem früheren Zeitpunkt ein Stipendium erhalten. Studenten, die aus mittleren Angestellten / Beamten- oder Selbständigen-Familien kommen, zählen zu 17 % bis 18 % zum Kreis der Beihilfenempfänger. Auch bei diesen Anteilswerten ist zu berücksichtigen, daß die Studienbeihilfenbezieher überrepräsentiert sind. Dasselbe gilt für die folgenden Tabellen.

Tab. 31 Häufigkeit und Höhe des Studienbeihilfenbezuges nach sozialer Herkunft der Studenten

Soziale Herkunft (Vaterberuf)	N	...% der Studenten haben im Sommersemester 1980 eine Beihilfe bezogen	...% der Studenten haben jemals Beihilfen bezogen	durchschnittliche Höhe der Beihilfen im Sommersemester 1980 (in S)
Landwirt	137	66	81	3.600
Arbeiter	213	54	70	2.700
E.Bea.Ang.	141	44	64	2.400
M.Bea.Ang.	562	18	31	2.300
Sst.Frb.	552	17	24	2.900
L.Bea.Ang.	777	8	12	1.400
insg.	2.382	23	32	2.727

Stipendienbezieher kommen in erster Linie aus einkommensschwächeren Familien. Ihr Anteil sinkt mit steigendem Netto-Einkommen des Herkunftshaushaltes. Übersteigt dieses Einkommen S 15.000,-, so liegt die Quote der Beihilfenempfänger nur mehr zwischen 2 % und 7 %.

Tab. 32 Häufigkeit des Beihilfenbezuges und Haushaltsnettoeinkommen des Elternhaushaltes

monatliches Nettoeinkommen in S	N	...% der Studenten haben im Sommersemester 1980 eine Beihilfe bezogen	...% der Studenten haben jemals eine Beihilfe bezogen
1 - 5.000	71	59	78
5.100 - 10.000	372	53	66
10.100 - 15.000	391	19	35
15.100 - 20.000	350	7	13
20.100 - 25.000	162	5	9
25.100 - 30.000	124	3	2
über 30.000	161	5	6
insgesamt (1)	2.382	23	32

(1) ohne k.A.

4.2 Gründe für den Verzicht auf die Inanspruchnahme einer Studienbeihilfe

Von den 1.854 Befragten, die angeben, keine Studienbeihilfe zu beziehen, wissen nur 87 %, daß sie auch nicht anspruchsberechtigt sind. 2 % halten sich für anspruchsberechtigt, haben aber den Einreichtermin versäumt. 1 % glaubt, eine Beihilfe würde sich "nicht auszahlen". 10 % meinen, sie wüßten nichts über eine mögliche Anspruchsberechtigung.

Der Informationsstand über Vergabebestimmungen ist in erster Linie vom Alter der Studenten bestimmt. Von den bis 18jährigen, die zum Befragungszeitpunkt kein Stipendium beziehen, weiß ein Viertel nicht, ob es einen Anspruch darauf hätte, 8 % haben den Einreichtermin versäumt. "Versäumte" Stipendien gibt es in den oberen Altersklassen fast nicht mehr. Auch das Informationsdefizit ist hier weitgehend aufgehoben: Nur 5 % bis 6 % der Älteren geben an, sie würden sich mit den Vergabebestimmungen nicht auskennen.

Tab. 33 Anteil der Nicht-Anspruchsberechtigten sowie Gründe für Verzicht auf eine Beihilfe bei Anspruchsberechtigung nach Alter der Studenten

... % der Studenten, die im Sommersemester 1980 keine Beihilfe bezogen, sind

Alter	nicht anspruchsberechtigt	anspruchsberechtigt, aber den Einreichtermin versäumt	anspruchsberechtigt, aber der Aufwand lohnt sich nicht	der Ansicht, sie würden sich nicht auskennen	zusammen	N
bis 18	66	8	2	25	100	61
19 - 21	81	3	2	15	100	629
22 - 24	91	2	1	7	100	549
25 - 27	92	1	2	5	100	307
über 28	93	1	1	6	100	309
i n s g e s.	87	2	2	10	100	1.854

4.3 Begabtenstipendium

9 % der Befragten geben an, ein staatliches Begabtenstipendium, das derzeit S 6.000 pro Jahr beträgt, zu erhalten. Dabei handelt es sich in erster Linie um Studenten in höheren Studienabschnitten sowie um Angehörige der unteren sozialen Schichten (siehe Kapitel A).

Vor allem Studenten an Hochschulen künstlerischer Richtung sowie Studenten der Naturwissenschaften, weiters auch Studierende der Theologie und der historisch-kulturkundlichen Studienrichtungen kommen häufiger in den Genuß eines solchen Stipendiums als andere. Am schwierigsten ist eine Begabtenförderung in den Fächern Pharmazie, Bodenkultur und Maschinenbau zu erreichen.

Tab. 34 Begabtenstipendienbezieher nach Studienrichtung

... % der Studenten haben 1980 ein staatliches Begabtenstipendium erhalten ...

Studienrichtung	%
Theologie	13
Rechtswissenschaften	6
Sozial- und Wirtschaftswissenschaften	9
Medizin	7
Philosophisch-humanwissenschaftliche Studienrichtungen	7
Historisch-kulturkundliche Studienrichtungen	12
Philologie	7
Dolmetscherausbildung	6
Naturwissenschaften	16
Pharmazie	2
Sportwissenschaft	7
Kunst	14
Bauingenieurwesen, Architektur	9
Maschinenbau	5
Elektrotechnik	11
Technische Naturwissenschaften	15
Technische Kurzstudien	10
Bodenkultur	2
Veterinärmedizin	10
Studienversuche	7
i n s g e s a m t	9
N = 2.382	

4.4 Inanspruchnahme von Schulfahrtbeihilfe und Schülerfreifahrt und Fahrtpreismäßigung der Österreichischen Bundesbahn

Studierende, deren Eltern Familienbeihilfe beziehen und die zu Beginn des Studienjahres das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, haben Anspruch auf Schülerfreifahrt, d.h. auf Freifahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln am Studienort (siehe auch Abschnitt A). Drei Viertel der Befragten geben an, sie haben einen solchen Anspruch. Von diesen nehmen 89 % diesen Anspruch auch wahr. Rund 70 % aller Studierenden sind also von dieser Maßnahme im Rahmen des Familienlastenausgleichs erfaßt.

Nach dem Familienlastenausgleichsgesetz haben die Eltern von Studierenden, wenn sie für diese Familienbeihilfe beziehen und die Studierenden das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Anspruch auf Schulfahrtbeihilfe für die Fahrt vom Wohnort der Eltern zum Studienort. Zwei Drittel dieser Studierenden, deren Herkunftsort mit dem Hochschulort nicht identisch ist, geben an, auf sie träfe dieser Anspruch zu. Davon machen 94 % Gebrauch. Rund 55 % der Familien Studierender nützen demnach diese Förderung durch den Famileinlastenausgleichsfonds.

Einen Bahnausweis, der zu 50 % Ermäßigung bei der Österreichischen Bundesbahn berechtigt, haben mehr als 70 % aller Studenten gelöst.

III. EINKOMMENSITUATION

Die Daten zur Einkommenssituation sind sowohl der Einnahmenerhebung als auch der Sozialerhebung entnommen. Aus der Einnahmenerhebung sind es folgende: Einnahmehöhe, Ersparnisse, Schulden und sonstige Indikatoren für die finanzielle Situation der Studenten.

Die Einnahmenerhebung erfaßt die Daten für den Monat Mai. Die folgende Darstellung basiert überwiegend auf den Daten für den Monat Mai, um einen sinnvollen Vergleich mit den Ausgaben zu ermöglichen. Nur wenn es notwendig war, den Zusammenhang zwischen Einnahmehöhe und anderen Variablen herzustellen, die in der Einnahmenerhebung nicht enthalten sind (Studienbeihilfenbezug, Erwerbstätigkeit, soziale Herkunft und Einkommenssituation des Herkunftshaushalts der Studenten), wurde ergänzendes Material aus der Sozialerhebung herangezogen. Die Daten zu den Quellen der Studienfinanzierung wurden aus der Sozialerhebung gewonnen.

Im einzelnen wurden folgende Werte für die Einnahmen erhoben und verwendet.

Einnahmenerhebung: Einnahmen im Mai 1980

Sozialerhebung: Einnahmen im April 1980

Die Einkommensdaten

- o enthalten (sofern nicht anders angegeben) auch den finanziellen Gegenwert der gewidmeten Geldmittel und Geschenke, d.h. außerordentliche Geldzuwendungen für bestimmte Zwecke und/oder Sachzuwendungen von Eltern oder Verwandten.
- o Die Daten wurden nach dem Vorhandensein eines Partners und/oder von Kindern gewichtet; d.h. sie drücken jeweils das Pro-Kopf-Einkommen der Befragten aus. Für Partnerhaushalte wird in einzelnen Tabellen zusätzlich das Haushaltseinkommen (also das Einkommen vom Befragten und Partner, gewichtet nach der Anzahl der Kinder) angegeben.

Die gewichteten Einkommen sind folgendermaßen definiert:

- Für Eltern- und Einzelhaushalte sowie für Wohngemeinschaften:
gewichtetes Einkommen = $\frac{\text{tatsächliches Einkommen}}{(1 + k \cdot 0,45)}$; k = Anzahl der Kinder
- Für Partnerhaushalte:
gewichtetes Einkommen = $\frac{\text{tatsächliches Haushaltseinkommen}}{(2 + k \cdot 0,45)}$; k = Anzahl der Kinder

Zur besseren Darstellbarkeit werden durchschnittliche Werte verwendet. Bei deren Gebrauch ist folgendes zu beachten. Durchschnittseinkommen sind generell und bei Studenten im besonderen (siehe Abschnitt 1) nicht sehr aussagekräftig. Das Durchschnittseinkommen einer bestimmten Gruppe ergibt sich aus der Summe der von allen Befragten genannten

Einkommenshöhen, dividiert durch die Anzahl der Befragten. Ein solches statistisches Maß liefert nur dann sinnvolle Aussagen, wenn die Einkommen nicht sehr weit auseinanderklaffen. Schon einige wenige extrem hohe oder niedrige Werte können den Mittelwert stark verzerren. Dann repräsentiert er aber nicht mehr das, was er eigentlich repräsentieren sollte: jenen Betrag nämlich, in dessen Nähe die meisten Einkommen einer Gruppe liegen.

Gerade bei Einkommensdaten ist es also nötig, die "Streuung" der Werte (die Entfernung des jeweils höchsten vom niedrigsten Einkommen) zu berücksichtigen. Aus diesem Grund wurden als statistische Kennwerte nicht nur Mittelwerte, sondern auch "Quartile" berechnet. Bei diesem Verfahren werden die Befragten nach der Höhe der Einnahmen gerangreicht und in vier gleich große Gruppen unterteilt. Sodann wird festgestellt, wie hoch die monatlichen Einnahmen jener Studenten sind, die an den jeweiligen Gruppengrenzen liegen. Die Lesart dieser Meßgrößen ist wie folgt:

1. Quartil (25 %-Grenze): 25 % der Studenten haben ein monatliches Einkommen von höchstens S.
2. Quartil (50 %-Grenze): Die Hälfte der Studenten hat im Monat mehr (bzw. weniger) als S zur Verfügung.
3. Quartil (75 %-Grenze): 75 % der Befragten haben weniger als S monatlich zur Verfügung;
oder: 25 % der Befragten haben mehr als S im Monat zur Verfügung.

1. Besonderheiten der studentischen Einkommenssituation

Die Einkommenssituation der Studenten weist einige Besonderheiten auf.

- a) Die monatlich verfügbaren Geldmittel geben die Einkommenssituation der Studenten nicht vollständig wieder.
 - o Insbesondere jene Studenten, die noch mit dem Herkunftshaushalt verbunden sind - die Mehrzahl -, erhalten Naturalzuwendungen und nehmen Dienstleistungen und Konsumgüter des Elternhaushaltes in Anspruch (siehe Abschnitt 3.3). Die Naturalzuwendungen sind in die Berechnung der Einnahmen einbezogen. Darüber hinaus zieht ein Teil Vorteile aus der Nutzung von Dienstleistungen und Konsumgütern des Herkunftshaushaltes (siehe Abschnitt 3.3)
 - o Ähnlich einkommenserhöhend wirkt die kostenlose oder verbilligte Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtungen (wie Schülerfreifahrt und Schulfahrtbeihilfe) und Sozialleistungen (wie Sozialversicherung und Unfallversicherung). Siehe dazu Abschnitt A. Studienförderung.
- Beides muß bei der Beurteilung der Einkommenshöhe mit berücksichtigt werden.

- b) Bei einem großen Teil der Studenten setzen sich die Einnahmen aus solchen verschiedensten Einnahmequellen zusammen (Zuwendungen von Eltern, Beihilfen, Einnahmen aus Erwerbstätigkeit etc.). Siehe dazu Abschnitt 3.
- c) Die Studenten sind eine viel inhomogenere Gruppe als oft angenommen wird. Sie leben in verschiedenen Haushaltsformen und Wohnformen. Ein erheblicher Anteil der Studenten ist verheiratet oder lebt in Lebensgemeinschaft. Studenten unterscheiden sich nach dem Ausmaß der Erwerbstätigkeit, nach dem Alter und anderen Merkmalen. Das Budget von Studenten unterscheidet sich daher nach Merkmalen wie Haushaltstyp, Finanzierungsform, Erwerbstätigkeit, Alter sowie nach sozioökonomischen Merkmalen (soziale Herkunft, Haushaltseinkommen der Eltern).
- d) Studenteneinkommen sind häufig durch eine geringe Planbarkeit gekennzeichnet. Während Berufstätige in der Regel über ein fixes monatliches Einkommen verfügen, trifft dies nicht für alle Studenten zu. Die elterlichen Zuschüsse erfolgen nicht immer regelmäßig. Auch die Studienbeihilfenbezieher haben keine regelmäßigen Einnahmen, da die Beihilfen nur für die Studienmonate (Oktober bis Juli) gewährt werden. Studenten sind in der Mehrzahl auch nur temporär erwerbstätig. Die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit können nicht immer dem jeweiligen Monatsbudget zugeschlagen werden. Sie dienen häufig besonderen Anschaffungen oder werden als Reservefonds angelegt, aus dem längere Zeit die Lebenshaltungskosten finanziert werden.

2. Höhe der monatlichen Einnahmen

Angesichts der Inhomogenität der Studentenschaft ist der Durchschnittsstudent eine weitgehend realitätsferne Konstruktion. Das ist auch das Durchschnittseinkommen des Studenten. Es betrug im Mai 1980 S 5.500,-, ein Wert, der nur als sehr grobe Orientierungsgröße dienen kann. Aufschlußreicher als der Gesamtdurchschnitt über alle Studenten sind die Durchschnittswerte für die einzelnen Haushaltstypen, die Unterschiede in den Lebenshaltungskosten aufweisen.

Der Durchschnittswert von S 5.500,- trifft etwa das Budget der Durchschnittspartnerhaushalte (pro Kopf) und der Studierenden, die in Wohngemeinschaften leben. Studenten, die bei ihren Eltern leben, verfügen um rund S 1.500,- weniger als der Durchschnittsstudent: Damit sind sie an sich die einkommenschwächste Gruppe. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß dies durch Ersparnisse bei Miet- und Verpflegungskosten mehr als ausgeglichen wird. Allein lebende Studenten haben mit durchschnittlich S 6.100,- die höchsten Einkommen. Hier muß

in Rechnung gestellt werden, daß gerade in einem Einzelhaushalt im allgemeinen höhere Lebenshaltungskosten anfallen.

Tab. 1 Monatliche Pro-Kopf-Einnahmen der Studenten nach Haushaltstyp, Mai 1980

Haushaltstyp	N	durchschnittliche Einnahmen in S
Elternhaushalte	257	4.200
Einzelhaushalte	475	6.100
Wohngemeinschaften	221	5.600
Partnerhaushalte	247	5.700
i n s g e s a m t	1.200	5.500

Quelle: Einnahmenerhebung

Die bisher genannten Beträge waren Durchschnittswerte. Ordnet man alle Einkommen der Höhe nach und sucht jenen Wert, der genau in der Mitte liegt (50 %-Quartil oder Median), so zeigt sich, daß dieser sowohl für die Gesamtstichprobe als auch für die einzelnen Haushaltstypen um ca. S 1.000,- unter den Durchschnittseinkommen liegt. Es gibt also in jeder Gruppe einige Studenten mit monatlichen Einkommen, die den Mittelwert nach oben verschieben. Das bedeutet, daß die Hälfte aller Studenten bis zu S 4.400,- monatlich zur Verfügung hat. 25 % haben zwischen S 4.400,- und S 6.500,- und weitere 25 % mehr als S 6.500,- monatlich.

Damit liegen die studentischen Einkommen bei ca. 50 % eines Arbeiter-Verdienstes bzw. ca. 40 % der Einkünfte von Angestellten und Beamten. Bei diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, daß die Durchschnittswerte für die Studenten pro Kopf berechnet sind, die Durchschnitte für Arbeiter und Angestellte nicht.

Tab. 2 Monatliches Pro-Kopf-Einkommen der Studenten im Mai 1980 und Durchschnittsverdienste von unselbständig Erwerbstätigen für Juli 1980

	Durchschnittseinkommen in S		
	Studenten	Arbeiter	Angestellte und Beamte
25 % erhalten weniger als	3.100	6.129	7.273
50 % erhalten weniger als	4.400	8.962	10.636
75 % erhalten weniger als (25 % erhalten mehr als)	6.500	12.056	15.789

Quelle: Einnahmenerhebung, Österreichischer Arbeiterkammertag, "Wirtschafts- und Sozialstatistisches Taschenbuch", S. 230

Abgesehen von den Unterschieden zwischen verschiedenen Haushaltstypen ergeben sich auch beträchtliche Unterschiede, wenn man innerhalb jeder Haushaltsform nach Quartilen differenziert. Dabei zeigt sich, daß überall einer Gruppe mit relativ hohem Einkommen eine Gruppe mit sehr geringem Einkommen gegenübersteht.

Ein Viertel der Studenten aus Wohngemeinschaften, Einzel- und Partnerhaushalten muß sich mit weniger als S 3.600,- monatlich begnügen, in Elternhaushalten mit weniger als S 1.800,-. Umgekehrt gibt es jeweils ein Viertel, dem mehr als S 6.500,- (Elternhaushalte: S 5.500,-) zur Verfügung stehen.

Während die Einkommen des 1. und 3. Quartils im allgemeinen um ca. S 3.000,- abweichen, ist die Ungleichheit unter Studenten aus Elternhaushalten am größten. Dort klaffen die Mindesteinkommen des reichsten und die Höchsteinkommen des ärmsten Viertels um fast S 4.000,- auseinander.

Eine naheliegende Erklärung könnte sein, daß die finanzielle Situation von Studenten, die im Haushalt der Eltern leben, noch am engsten mit deren Vermögensverhältnissen verknüpft ist. Dieses Ergebnis gewinnt an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß ein Viertel der Studenten bei den Eltern wohnt bzw. daß die Hälfte aller Befragten ihr Studium über Elternfinanzierung bestreitet. Die soziale Lage der Studenten ist also zumindest bei dieser Gruppe recht eng mit der sozialen Lage der Eltern verbunden.

Die erste Konsumerhebung bei Studenten erfolgte für November 1974. Da die Stichprobe von 1974 keine voll- oder hauptberuflichen Studenten sowie keine Studenten, die zusammen mit ihrem Partner bei den Eltern lebten, ebenso keine Wohngemeinschaften enthielt, wurde die Zusammensetzung der Stichprobe von 1980 für einen Vergleich erst entsprechend angeglichen. In dieser Korrektur wurde auch die Inflationsrate zwischen 1974 und 1980 berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung der notwendigerweise mit einem solchen Vergleich verbundenen Unexaktheiten läßt sich aus diesem der Schluß ziehen, daß die Einnahmen der Studenten mit der Geldentwicklung Schritt gehalten haben.

Tab. 3 Monatliche Pro-Kopf-Einnahmen der Studenten nach Haushaltstyp November 1974, Mai 1980, zu Preisen von 1974

Haushaltstyp	Durchschnittseinnahmen zu Preisen von 1974	
	1974	1980
Elternhaushalt	3.400	3.000
Einzelhaushalt	4.400	4.400
Partnerhaushalt	3.400	3.800

Quelle: Einnahmenerhebung 1980, Konsumerhebung 1973

2.1 Einnahmehöhe und Quellen der Studienfinanzierung

Die Höhe des monatlichen Einkommens ist von der Art der Studienfinanzierung abhängig. Mit S 5.700,- bzw. S 5.200,- liegen die mittleren Monatseinkünfte von stipendien- bzw. gemischtfinanzierten Studenten am nächsten beim Gesamtdurchschnitt. Ein höheres Einkommen (im Schnitt S 6.700,-) beziehen nur solche, die ihr Studium durch Erwerbstätigkeit finanzieren. Studenten, die überwiegend von den Eltern finanziert werden, verfügen mit durchschnittlich S 4.500,- über die geringsten Beträge.

Die Studienbeihilfenbezieher sind die homogenste Gruppe mit den egalitärsten Einkommen: der Abstand zwischen dem Höchsteinkommen des ärmsten Viertels (1. Quartil) und dem Mindesteinkommen des reichsten (3. Quartil) ist kleiner als bei den anderen Finanzierungstypen. Am weitesten klaffen die Einkommen der eigenfinanzierten Studenten auseinander:

Tab. 4 Monatliches Pro-Kopf-Einkommen der Studenten nach Finanzierungstyp im Mai 1980

Finanzierungstyp	N	durchschnittliches Einkommen in S
stipendienfinanziert	277	5.700
elternfinanziert	588	4.500
eigenfinanziert	210	6.700
gemischtfinanziert	125	5.200
i n s g e s a m t	1.200	5.500

Quelle: Einnahmenerhebung

Die Situation der Studienbeihilfenbezieher stellt sich insgesamt als vergleichsweise günstig dar. Mit S 5.700,- verfügen sie neben den Eigenfinanzierten über das zweithöchste durchschnittliche Einkommen. Sie können nicht wie eine Minderheit der Eigen- und Gemischtfinanzierten mit stark überdurchschnittlichen Einnahmen rechnen, sind aber nach unten stärker abgesichert als Studenten anderer Finanzierungsformen.

25 % der Beihilfenbezieher haben monatlich weniger als S 3.700,- zur Verfügung, mehr als das untere Viertel der drei anderen Gruppen von Studenten. Die wohlhabendsten 25 % der Stipendienempfänger können mit mehr als S 5.900,- rechnen.

Anders ist die Situation der Studierenden, die dem **gemischtfinanzierten Typ** zuzurechnen sind. Es kommen vergleichsweise höhere Einkommen vor - 25 % haben mehr als S 6.500,- monatlich -, aber auch relativ niedrigere. 25 % beziehen pro Monat weniger als S 2.900,-.

Erwerbstätige Studenten (eigenfinanziert) verfügen über die höchsten Einkommen. Die einkommensschwächsten 25 % dieser Gruppe haben - ähnlich wie die Studienbeihilfen-

bezieher - monatlich weniger als S 3.600,- zur Verfügung. Umgekehrt gibt es weitere 25 %, deren Einkommen mehr als S 8.200,- beträgt.

Am ungünstigsten stellt sich insgesamt die Situation der elternfinanzierten Studenten dar. Mit monatlich S 4.500,- liegen sie erheblich unter dem Gesamtdurchschnitt von S 5.500,-. Ein Viertel der elternfinanzierten Studenten hat ein Monatsbudget von weniger als S 1.800,-. Das bestsituierte Viertel kann mit mehr als S 5.400,- rechnen, mit weniger als alle anderen Gruppen.

Einen Beleg für die relative finanzielle Sicherheit, die über Studienbeihilfen erreicht werden kann, liefern u. a. die Daten über die Struktur der monatlichen Einkommen. Vergleicht man für verschiedene Finanzierungsformen jenen Anteil des Monatsbudgets, der jeweils auf Schulden zurückgeht, so findet man, daß dieser Wert gerade für Studienbeihilfenbezieher am geringsten ist. Sie müssen nur 2 % ihrer Einkünfte durch Kredite bzw. Ausleihen von Geldbeträgen aufbringen. Ähnliches gilt für Studenten, die ausschließlich von den Eltern finanziert werden, ihre Einkünfte gehen zu 3,5 % auf Schulden zurück. Bei den Eigenfinanzierten liegt der entsprechende Anteil bereits etwas höher (5,5 %). Das weitaus größte Gewicht haben Schulden im Budget der Gemischtfinanzierten: dort machen sie 17 % des monatlichen Durchschnittseinkommens aus.

2.2 Erwerbstätigkeit und Einkommenshöhe

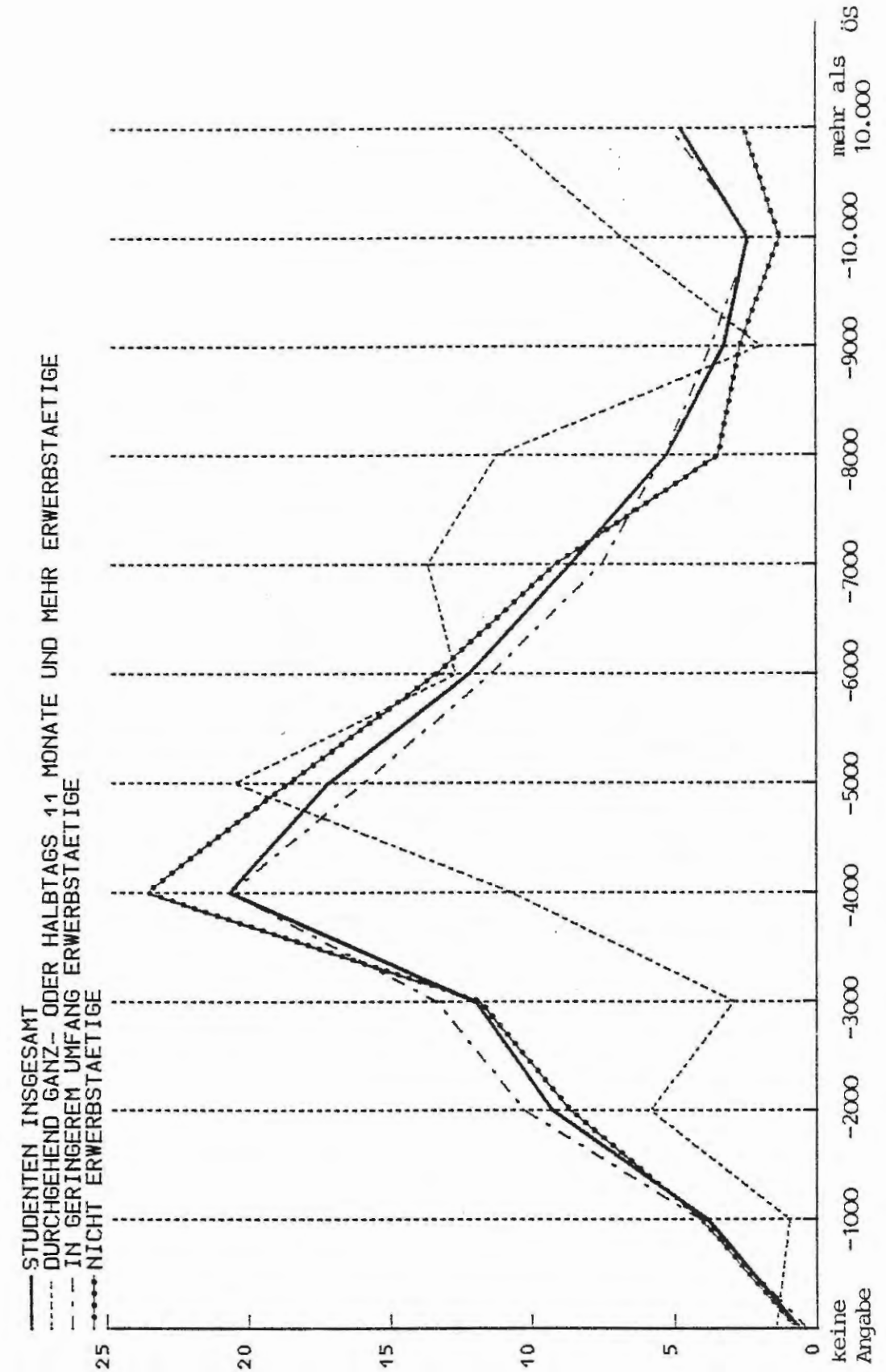
Die Einnahmehöhe variiert mit Form und Umfang der Erwerbstätigkeit. Durchgehend ganztätig oder halbtätig erwerbstätige Studierende verfügen im Durchschnitt über höhere Einnahmen als Studierende, die in geringerem Umfang oder nicht erwerbstätig sind.

Tab. 5 Monatliches Pro-Kopf-Einkommen nach Form der Erwerbstätigkeit, April 1980

Form der Erwerbstätigkeit	N	Durchschnittseinkommen in Schilling				Summe
		Elternhaush.	Einzelhaush.	Wohnge-meinsch.	Partnerhaush.	
durchgehend ganztätig 11 Monate und mehr	87	8.900	8.100	8.200	6.000	6.800
durchgehend halbtätig 11 Monate und mehr	115	4.600	7.400	6.000	6.300	6.200
Erwerbstätigkeit gerin- geren Umfangs während der Ferien und des Semesters	790	4.300	5.600	4.900	5.500	5.200
nur Feriarbeit	597	3.100	5.300	4.500	4.000	4.500
nicht erwerbstätig	779	3.200	5.000	5.100	5.000	4.600
i n s g e s a m t	2.368	3.800	5.400	4.900	5.200	5.000

Quelle: Sozialerhebung

EINNAHMESITUATION DER STUDENTEN NACH FORMEN DER ERWERBSTÄTIGKEIT



Für die Ferialarbeit lassen sich kaum Auswirkungen in Richtung einer Anhebung des Monatsbudgets nachweisen, selbst dann nicht, wenn drei bis vier Monate hindurch gearbeitet wird. Vermutlich sind im April die Einkünfte aus Ferialerwerbstätigkeit bereits verbraucht.

Wie zu erwarten, wirkt sich der Umfang der Erwerbstätigkeit während des Semesters in Richtung einer Erhöhung der durchschnittlichen Monatseinkommen aus. Dies gilt für alle Haushaltstypen. Ein deutlicher Effekt auf die Monatseinkünfte ist allerdings erst ab einer Dauer von mehr als zwei Monaten Erwerbstätigkeit nachzuweisen.

Tab. 6 Monatliches Pro-Kopf-Einkommen der während des Semesters erwerbstätigen Studenten nach Haushaltstyp und Dauer der Erwerbstätigkeit, April 1980

während des Semesters Erwerbstätige (1) davon	N	durchschnittliche Einnahmen in Schilling Haushaltstypen			
		Elternhaushalt	Einzelhaushalt	Wohngemeinschaft	Partnerhaushalt
1 - 2 Monate	311	3.900	5.300	4.500	5.000
3 - 5 Monate	447	4.500	6.100	5.100	5.800
6 - 8 Monate	111	5.300	6.600	6.500	6.600
9 - 12 Monate	129	6.200	7.500	5.500	5.900

(1) Alle jene Studenten, die zwischen Juni 1979 und Mai 1980 stundenweise, halbtags oder ganztätig erwerbstätig waren, mit Ausnahme jener, die ausschließlich in den Ferienmonaten (Juli, August, September, Februar) gearbeitet haben. Die stundenweise bzw. halbtägige Erwerbstätigkeit wurde durch bestimmte Gewichtungen in "Monate ganztägiger Erwerbstätigkeit" umgerechnet.

Quelle: Sozialerhebung

2.3 Einnahmen und sozioökonomische Situation der Herkunftsfamilie

Gemessen an den durchschnittlichen Einnahmen gibt es keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Einkommen des Elternhaushaltes auf der einen und der Höhe der studentischen Einnahmen (siehe Tabellen im Anhang) auf der anderen Seite. Eine Ausnahme bilden nur Studierende, die bei den Eltern wohnen. Diese sind direkter mit dem Elternhaushalt verbunden. Die geringen Lebenshaltungskosten bewirken überdies ein geringeres "Existenzminimum" als bei anderen Haushaltstypen, sodaß weder die Studenten noch deren Eltern gezwungen sind, auf jeden Fall für größere Einnahmen zu sorgen. Bei dieser Gruppe verfügen daher Studierende aus einkommensschwächeren Familien im Durchschnitt über wesentlich weniger Mittel als solche aus Familien mit höheren Einkommen. Bei Studierenden, die in anderen Haushaltstypen leben, wird die fehlende Finanzkraft der Elternhaushalte durch die Studienbeihilfe und Erwerbstätigkeit kompensiert; am erfolg-

reichsten wohl durch die Studienbeihilfe, da jene Studierenden, die aufgrund der Einkommenssituation der Eltern die Chance haben, eine Beihilfe zu erhalten, überdurchschnittliche Einnahmen aufweisen.

Tab. 7 Durchschnittseinnahmen der Studenten (1) im April 1980 nach Elterneinkommen

Monatliches Nettoeinkommen der Eltern in S	N	durchschnittliche Einnahmen	davon Studenten, die im Elternhaushalt leben
keine Angabe	452	4.500	2.900
bis 10.000	443	5.000	2.700
bis 15.000	388	4.900	3.800
bis 20.000	348	4.400	3.600
über 20.000	450	5.300	5.000
insgesamt	2.081 (1)	4.800	3.800

(1) Nur Studierende, die einen ökonomisch zuständigen Elternhaushalt haben
Quelle: Sozialerhebung

Im Gegensatz zu den durchschnittlichen Gesamteinnahmen variiert der Zuschuß der Eltern sehr wohl mit der Einkommenssituation der Herkunftshaushalte. Studierende aus Familien mit niedrigerem Einkommen erhalten zu einem geringeren Anteil überhaupt elterliche Zuschüsse. Die Höhe der Zuschüsse nimmt mit steigendem Elterneinkommen zu, ebenso wie der Anteil des Monatsbudgets, der durch diese abgedeckt wird.

Tab. 8 Ausmaß der elterlichen Zuschüsse im April 1980 nach Haushaltstyp und Einkommen der Eltern

... % erhielten einen Zuschuß	aliquoter Einkommensanteil (1)			insgesamt
	bis 3.000	bis 6.000	über 6.000	
in der durchschnittlichen Höhe von S ...	1.800	2.400	3.000	2.400
dadurch wurden ... % des Monatsbudgets abgedeckt	45	64	71	54
N =	517	718	394	2.081

(1) Der "aliquote Einkommensanteil" ist folgendermaßen definiert:

$$E_q = \frac{E}{n+1}$$
 E = monatliches Durchschnittseinkommen der Eltern
 n = Anzahl der von diesem Einkommen lebenden Personen
 Der aliquote Einkommensanteil drückt also (in Schilling) jenen Anteil des elterlichen Haushaltseinkommens aus, der theoretisch auf den Befragten entfallen würde. Das bedeutet allerdings nicht, daß er diesen Betrag auch tatsächlich erhält.

Quelle: Sozialerhebung

3. Quellen der Studienfinanzierung

Im Abschnitt 1 wurde bereits auf eine Besonderheit des studentischen Budgets hingewiesen. Studenten finanzieren ihr Studium in der Regel nicht selbst. Es kommen zu verschiedenen Zeiten, wie auch gleichzeitig, verschiedene Finanzierungsformen zum Tragen. Dabei ergeben sich im wesentlichen fünf Möglichkeiten zur Deckung der laufenden Lebenshaltungskosten:

- Zuschüsse der Eltern
 - regelmäßige Geldzuwendungen
 - unregelmäßige, einem bestimmten Zweck gewidmete Geldzuwendungen oder Geschenke (Naturalleistungen)
- Stipendien
 - staatliche Studienbeihilfe, Begabten-stipendien
 - Stipendien anderer Art
- Erwerbstätigkeit
 - Ferienerwerbstätigkeit, Erwerbstätigkeit während des Semesters
- Entnahme aus Ersparnissen
 - Ersparnisse aus eigener Erwerbstätigkeit
 - sonstige Ersparnisse
- Schulden
 - Ausleihen von Freunden, Verwandten
 - Aufnahme von Krediten

In den Zuschüssen der Eltern sind bei einem Großteil der Studierenden die Familienbeihilfen enthalten (1980 waren das S 1.050,- monatlich). Die Beträge, die von den Eltern aufgebracht werden, sind daher zum Teil dem öffentlichen Aufwand zuzurechnen.

Neben diesen "Hauptquellen" der Studienfinanzierung gibt es noch eine Reihe weiterer. Sie haben für die Gesamtheit der Studenten wenig Gewicht, können jedoch für bestimmte Gruppen von Bedeutung sein. Davon wurden erfaßt: Sozialhilfe, Wohnungsbeihilfe, Arbeitslosenunterstützung, Familienbeihilfe für Kinder der Studierenden, Alimente und Vermögen. Alle jene Finanzierungsquellen, die hier nicht angeführt sind, wurden in der Erhebung in der Kategorie "Sonstiges" zusammengefaßt.

Die Quellen der Studienfinanzierung wurden mit der Einkommenssituation im April, also in der Sozialerhebung, erfaßt. Die Studenten geben an, aus welcher der genannten Finanzierungsquellen sie im April 1980 ein wie hohes Einkommen bezogen haben. Jeder Befragte hat im Schnitt zwei Finanzierungsformen angeführt.

Der weitaus größte Teil der Studienfinanzierung wird von elterlichen Zuschüssen (einschließlich der Familienbeihilfen, die im elterlichen Haushalt als Durchgangspost anzusehen sind) getragen. Sie decken im Schnitt die Hälfte (genauer: 40 % in Partnerhaushalten, 60 % in allen übrigen Haushaltstypen) der studentischen Durchschnittseinkommen ab.

Entsprechend dem österreichischen Studienförderungssystem, das nur subsidiär wirksam wird, kommt den staatlichen Beihilfen eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Insgesamt werden daraus 11 % der Einnahmen aller Studenten bestritten. Dieser Anteil variiert allerdings je nach Haushaltstyp. Das geringste Gewicht haben Stipendien im Budget von Studenten, die bei ihren Eltern bzw. zusammen mit ihrem Partner leben. Bei diesen gehen 4 % bzw. 6 % der Einkünfte auf Studienbeihilfen zurück. Für Studenten aus Einzelhaushalten und Wohngemeinschaften liegt der entsprechende Wert bedeutend höher, 16 % bzw. 14 % des Monateinkommens werden über Stipendien finanziert.

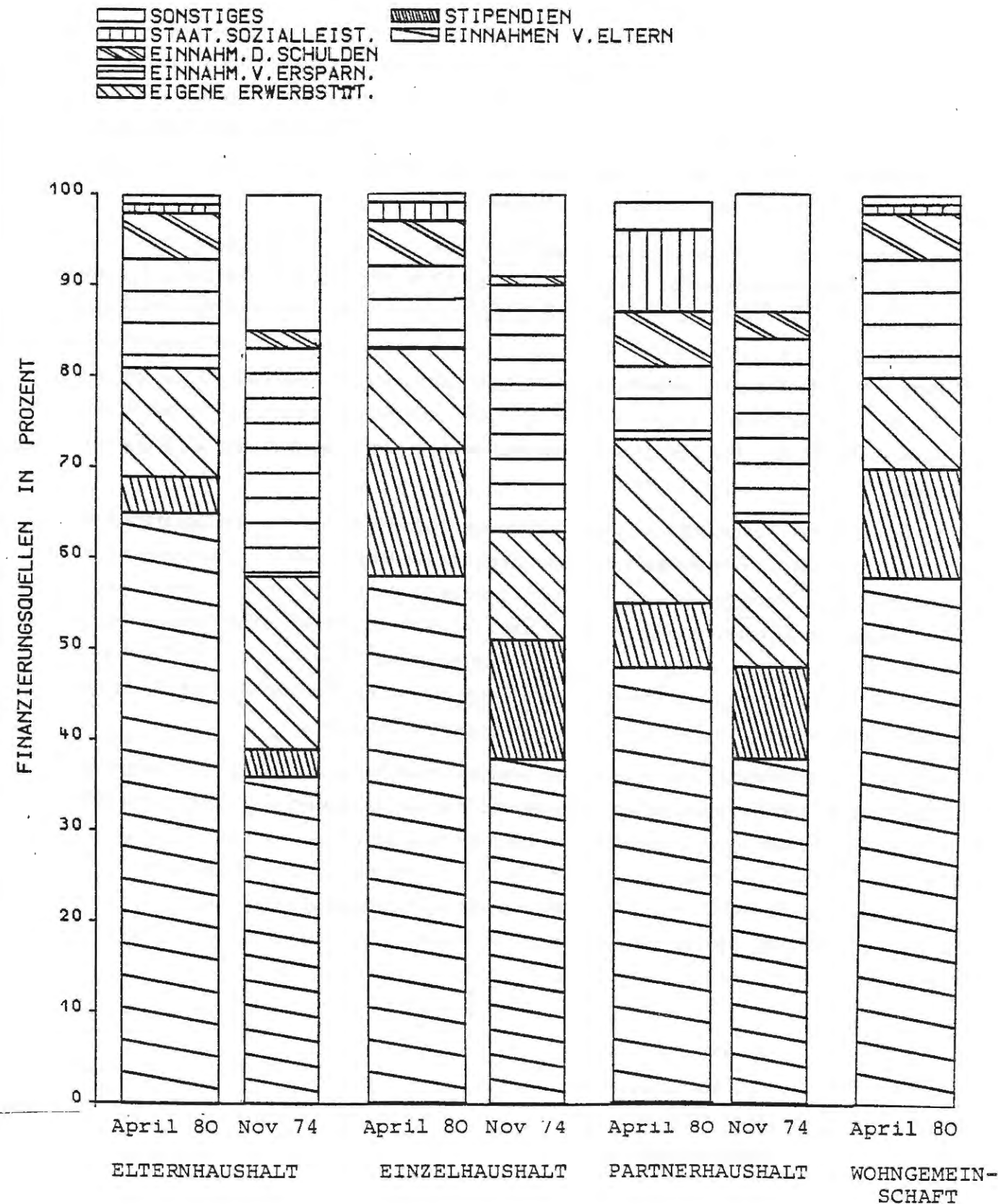
An Budgetanteilen gemessen sind die Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit die zweitwichtigste Finanzierungsquelle. Insgesamt werden 19 % der Monateinkünfte auf diese Weise aufgebracht. Auch hier gibt es bedeutende Unterschiede zwischen verschiedenen Haushaltstypen. Die weitaus größte Rolle spielt die Erwerbstätigkeit für die Studienfinanzierung von Studenten aus Partnerhaushalten. 34 % ihres Budgets stammen aus Einkünften, die durch Erwerbstätigkeit erzielt werden. Für alle übrigen Haushaltstypen schwankt der entsprechende Anteil zwischen 13 % (Wohngemeinschaft, Einzelhaushalt) und 16 % (Elternhaushalt).

Die Bedeutung der Erwerbstätigkeit als Quelle der Studienfinanzierung wird unterschätzt, solange nicht auch die Einnahmen aus Ersparnissen berücksichtigt werden. Dabei handelt es sich vorwiegend um Rücklagen aus früherer Erwerbstätigkeit. Das größte Gewicht haben diese Beträge im Einkommen der bei den Eltern lebenden Studenten, 10 % ihrer monatlichen Einkünfte stammen aus dieser Quelle. Ein vergleichbar hoher Anteil (8 %) findet sich bei Studenten aus Wohngemeinschaften. Allein oder mit ihrem Partner lebende Studenten beziehen hingegen nur 5 % ihrer Einnahmen aus ersparten Beträgen.

Schulden bzw. Bankkredite spielen eine ins Gewicht fallende Rolle. Dies gilt vor allem für Studenten aus Wohngemeinschaften, Eltern- und Partnerhaushalten. Der "Schuldenanteil" am monatlichen Budget liegt bei diesen zwischen 6 % und 8 %.

Alle übrigen Finanzierungsquellen spielen für das Budget von Studenten keine besondere Rolle. Sie decken im Schnitt nur 2 % der monatlichen Einkommen ab. Eine Ausnahme bilden die Partnerhaushalte, wo die Einkünfte aus Familienbeihilfen einen Budgetanteil von 3 % ausmachen.

STRUKTUR DER EINNAHMEN DER STUDENTEN NACH HAUSHALTSTYPEN
NOV. 1974 UND APRIL 1980



Tab. 9 Einkommen (1) aus den einzelnen Finanzierungsquellen in Prozent des Durchschnittseinkommens im April 1980 und im November 1974

Finanzierungsquellen	Elternhaushalt		Einzelhaushalt		Wohngemeinschaft 1980	Partnerhaushalt		insgesamt 1980
	1974	1980	1974	1980		1974	1980	
Einnahmen von den Eltern	36	60	39	59	58	39	41	54
Zuschüsse von Eltern, Verwandten		29		35	37		23	31
gewidmete Grundzuwendungen		31		24	21		18	23
Stipendien		4		16	14	12	7	11
staatl. Studienbeihilfen	3	3	13	15	13	10	6	10
sonstige Stipendien		1		1	1		1	1
Eigene Erwerbstätigkeit	19	16	12	14	13	16	34	19
Entnahme von Ersparnissen aus Erwerbstätigkeit		7		4	7		4	5
sonstige Ersparnisse		3		1	1		1	1
Vermögen		0.6		1	0.2		1	1
Schulden	2	8	1	3	6	3	7	5
Bankkredite		7		2	5		6	4
Ausleihen		1		1	1		1	1
Staatliche Sozialleistungen an die Studierenden		1.1		1.1	1.1		4	2
Alimente		0.2		0.5			0.4	0.3
Sonstiges	15	0.2	9	0.2	1	13	1	0.6
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

(1) In den Einkommen ist auch der finanzielle Gegenwert der gewidmeten Geldmittel und Geschenke enthalten, die Angaben wurden nach dem Vorhandensein eines Partners und/oder von Kindern gewichtet

Quelle: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, a.a.O., S. 38

Im Vergleich mit den entsprechenden Daten aus dem Jahr 1974 ist folgendes zu berücksichtigen. Damals wurde die Kosumerhebung im Monat November durchgeführt worden. Das ist ein Zeitpunkt, zu dem noch relativ viele Studenten über Ersparnisse aus Feriarbeit verfügen. Entsprechend hoch (20 % bis 27 %) war 1974 der Prozentsatz an monatlichen Einnahmen, der durch Entnahmen aus Ersparnissen abgedeckt werden konnte. Mit fort-

schreitendem Studienjahr erschöpfen sich jedoch die Reserven. Im Mai 1980 ist der entsprechende Anteil nur mehr halb so hoch, je nach Haushaltstyp liegt er zwischen 5 % und 10 %.

Gegenüber 1974 ist der Anteil der Lebenshaltungskosten, der durch Stipendien bestritten wird, stabil geblieben. Was sich gegenüber 1974 aber sehr stark - und zwar um 20 % - erhöht, ist jener Teil des Monatsbudgets, der von den Eltern stammt. Dies gilt in erster Linie für Eltern- und Einzelhaushalte. Partnerhaushalte bilden eine Ausnahme. Sie beziehen 1980 einen etwa gleich hohen Anteil ihres Einkommens von den Eltern wie 1974. Dafür beziehen sie wesentlich mehr Einkommen aus Erwerbstätigkeit.

Daneben gibt es in allen Haushaltsformen eine gegenüber 1974 erhöhte Neigung, Schulden zu machen, vor allem Schulden in Form von Krediten. Einnahmen durch Schulden decken im Mai 1980 5 % aller Durchschnittseinnahmen ab (1974 waren es 1 % bis 4 %). Das ist immerhin fast ebenso viel wie jener Einkommensanteil, der aus Ersparnissen stammt.

3.1 Finanzierungsquellen der Studienbeihilfenbezieher

Definitionsgemäß haben Beihilfen unter allen Einnahmequellen von Studienbeihilfenbezieher das größte Gewicht. Etwa die Hälfte ihres Monatsbudgets wird auf diese Weise finanziert. Dabei geht der Hauptteil der aus Stipendien stammenden Beträge auf staatliche Studienbeihilfen zurück. Sonstige Stipendien haben nur eine marginale Bedeutung.

Die Stipendiensituation hat sich gegenüber 1974 etwas verbessert. Die entsprechenden Budgetanteile sind in allen Haushaltstypen gestiegen. Der Anstieg beträgt zwischen 4 % und 8 %. Am meisten profitiert haben die bei den Eltern lebenden Studenten.

Studienbeihilfenbezieher finanzieren 1980 auch einen geringeren Teil ihres monatlichen Einkommens über eigene Erwerbstätigkeit als 1974. Während 1974 der Anteil der aus Erwerbstätigkeit stammenden Beträge am Budget der Beihilfenbezieher weitaus höher lag als bei der Gesamtheit der Studenten, ist es 1980 genau umgekehrt. Jene Studenten, die ein Stipendium beziehen, verdienen einen geringeren Teil ihrer monatlichen Einnahmen selbst. Dies gilt ganz besonders für die bei den Eltern lebenden Studenten, jener Gruppe mit dem höchsten Anstieg der stipendienfinanzierten Budgetanteile.

Mehr Geld aus Stipendien ist nicht der einzige Grund für geringere Erwerbstätigkeit. Stärker als die aus Stipendien stammenden Beträge erhöhen sich noch jene Budgetanteile, die auf elterliche Unterstützung zurückgehen. Sie decken 1980 zwischen 19 % und 37 % der Einkommen von stipendienfinanzierten Studenten ab; 1974 waren es nur 13 % bis 17 %. Damit erhalten Studienbeihilfenbezieher zwar wesentlich weniger Zuschüsse von den Eltern als die Gesamtheit der Studenten, doch bedeutend mehr als 1974

Tab. 10 Einkommen aus den verschiedenen Finanzierungsquellen in Prozent des monatlichen Durchschnittseinkommens von Studienbeihilfenbezieher nach Haushaltstyp im April 1980

Finanzierungsquellen	Prozent des monatlichen Einkommens der Studienbeihilfenbezieher							
	Elternhaushalt		Einzelhaushalt		Wohngem.	Partnerhaushalt		
	1974	1980	1974	1980	1980	1974	1980	
Einnahmen von den Eltern	17	29	14	37	35	13	19	
Zuschüsse von Eltern, Verwandten gewidmete Geldzuwendungen		13		13	17		13	
Stipendien		45		47	55		48	
Staatliche Studienbeihilfen	28	36	40	44	50	33	39	
Sonstige Stipendien		9		3	5		9	
eigene Erwerbstätigkeit	20	8	4	7	2	17	14	
Entnahme von Ersparnissen aus Erwerbstätigkeit	33	8	34	4	7	22	6	
sonstige Ersparnisse		7		4	7		5	
Vermögen		0		0	0		0	
Schulden		1		1	1		7	
Bankkredite	0	1	2	1	1	0	7	
Ausleihen von Freunden		0		0	0		0	
Staatliche Sozialleistungen		1		2	0		3	
Alimente		2		0	0		1	
Sonstiges	2	6	7	0	0	17	0	
i n s g e s a m t	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, a.a.O., S. 40

3.2 Finanzierungsquellen der erwerbstätigen Studenten

Es sind zwei Gruppen erwerbstätiger Studenten zu unterscheiden:

- o Studenten, die ausschließlich in den Ferien erwerbstätig sind,
- o Studenten, die auch außerhalb der Ferien erwerbstätig sind.

Die beiden Gruppen unterscheiden sich sowohl in der Höhe ihrer Einkommen als auch in ihrer Einkommensstruktur.

Zwischen Studenten, die nur in den Ferien arbeiten, und nicht erwerbstätigen Studenten gibt es große Ähnlichkeiten: Beide beziehen im Durchschnitt etwa gleich hohe Einkommen, die in erster Linie aus elterlichen Zuschüssen stammen. Einen deutlichen Unterschied zwischen den beiden Gruppen gibt es nur hinsichtlich des Ausmaßes, in dem auf Ersparnisse zurückgegriffen wird. Wie zu erwarten, hat diese Finanzierungsquelle unter den Ferienarbeitern ein größeres Gewicht als unter den nicht-erwerbstätigen Studenten. Je nach Haushaltstyp werden 6 % bis 17 % des durchschnittlichen Budgets dieser Studentengruppe durch Ferienarbeit finanziert.

Gegenüber 1974 lassen sich für beide Gruppen folgende Veränderungen feststellen. Massiv erhöht haben sich die elternfinanzierten Budgetanteile, weniger drastisch als unter den Studienbeihilfenbeziehern und in erster Linie nur für Studenten aus Einzelhaushalten erhöhten sich auch jene Anteile der Monatseinkommen, die auf Stipendien zurückgehen. Außerdem wird 1980 ein größerer Teil des Budgets durch Schulden finanziert als 1974. Im Gegensatz dazu haben eigene Erwerbstätigkeit und Entnahme aus Ersparnissen als Quellen der Studienfinanzierung 1980 ein geringeres Gewicht, als dies 1974 der Fall war, wobei zu berücksichtigen ist, daß das geringere Gewicht von Ersparnissen bei der Erhebung im Mai 1980 zum Teil sicher auf die verschiedenen Erhebungszeitpunkte zurückzuführen ist. Die Konsumerhebung 1974 war im November durchgeführt worden. Das ist ein Zeitpunkt, zu dem noch relativ viele Studenten über Ersparnisse aus Ferienarbeit verfügen.

Eine weit wichtigere Rolle spielen die Einnahmen aus Erwerbstätigkeit bei der Studienfinanzierung jener Studenten, die auch während des Semesters arbeiten. Sie verdienen ca. ein Drittel des gesamten Monatsbudgets selbst, im Gegensatz zu 2 % bis 5 % bei den Ferienarbeitern und Nicht-Erwerbstätigen. Auch bei diesen Studenten liegen aber die eigenfinanzierten Budgetanteile - mit Ausnahme der Partnerhaushalte - 1980 unter den entsprechenden Werten von 1974 (siehe Tabelle im Anhang).

3.3 Die Bedeutung der Finanzierung durch die Eltern

Die Höhe der durchschnittlichen Monatseinkünfte der Studenten ist kaum von Einkommen und sozialem Status der Eltern bestimmt, wohl aber die Höhe der elterlichen Unterstützungsbeiträge. Der Anteil des studentischen Monatseinkommens, der auf Elternfinanzierung zurückgeht, steigt mit dem Einkommen der Eltern bzw. mit deren sozialem Status. So betrachtet, sind die Eltern die erste und wichtigste Instanz zur Studienfinanzierung. Etwa die Hälfte des studentischen Einkommens geht auf die Unterstützung durch die Eltern zurück. Wenn aufgrund der begrenzten ökonomischen Situation des Elternhaushaltes eine Finanzierung durch die Eltern nicht bzw. nur begrenzt möglich ist, kommen Stipendien und

Erwerbstätigkeit zum Tragen (siehe Abschnitt 2.3). Ein Teil der elterlichen Zuschüsse ist, wie oben angeführt, auf die Weitergabe der Familienbeihilfe zurückzuführen.

Tab. 11 Durchschnittliche Höhe der elterlichen Geldzuwendungen im April 1980 in Abhängigkeit vom Elterneinkommen (aliquotem Einkommensanteil) und dem Ausmaß der non-monetären Versorgung

aliquoter Einkommensanteil (1)	Ausmaß der non-monetären Versorgung		
	gut	mittel	schlecht
keine Angabe	1.700	3.000	3.000
bis 3.000	1.300	2.000	1.900
bis 6.000	1.800	2.600	2.700
bis 10.000	2.100	3.300	3.500
über 10.000	4.200	k.A.	4.600

(1) Der aliquote Einkommensanteil ist definiert als

$$E_q = \frac{E}{n + 1}$$

E = Haushalts-Nettoeinkommen

n = Anzahl der von diesem Einkommen lebenden Personen

Quelle: Einnahmenerhebung

Neben den finanziellen Zuwendungen erhalten die Studenten auch Sachzuwendungen von den Eltern und nehmen Dienstleistungen des Herkunftshaushaltes in Anspruch. Der Umfang dieser non-monetären Versorgung variiert mit der Höhe der finanziellen Zuwendungen. Je besser die Versorgung über Sachleistungen, desto geringer ist der monetäre Zuschuß der Eltern. Sachzuwendungen ersetzen daher finanzielle Zuwendungen in einem (un)gewissen Ausmaß und sind nicht immer als zusätzliche Leistung der Elternhaushalte an die studierenden Kinder zu sehen und umgekehrt.

Studenten, die bei den Eltern leben, sind zu 50 % bis 80 % gut versorgt. Für Einzelhaushalte liegt der entsprechende Anteil bei 7 % bis 21 %, für Wohngemeinschaften bei 3 % bis 12 % und für Partnerhaushalte bei 2 % bis 5 %.

24 % der Studenten können mit Sachzuwendungen und Dienstleistungen des elterlichen Haushalts als gut versorgt und 49 % als schlecht versorgt gelten. Diese erhalten dafür erheblich mehr finanzielle Zuwendungen. Die non-monetäre Versorgung variiert stark nach Haushaltstyp.

Tab. 12 Ausmaß der non-monetären Versorgung (1) nach Haushaltstyp, in Prozent

	N	gut	mittel	schlecht	gesamt
Elternhaushalt	509	72	19	9	100
Einzelhaushalt	943	15	36	49	100
Wohngemeinschaft	441	8	32	60	100
Partnerhaushalt	489	5	16	79	100
i n s g e s a m t	2.382	24	27	49	100

(1) Der Indikator (gut/mittel/schlecht) für die non-monetäre Versorgung wurde folgendermaßen berechnet:

Beiträge 55 für jede "Nie" - Nennung - 2 Punkte

für jede "Gelegentlich Nennung" - 1 Punkt

Tab. 13 Finem bestimmten Zweck gewidmete Geldzuwendungen oder Geschenke sowie Mitbenutzungsmöglichkeiten und Dienstleistungen im April 1980 nach Haushaltstyp

	Elternhaushalt		Finzelhaushalt		Wohngemeinschaft		Partnerhaushalt		insgesamt			
	Mitbenüt- zungsmög- lichkeiten und Dienst- leistungen		Mitbenüt- zungsmög- lichkeiten und Dienst- leistungen		Mitbenüt- zungsmög- lichkeiten und Dienst- leistungen		Mitbenüt- zungsmög- lichkeiten und Dienst- leistungen		Mitbenüt- zungsmög- lichkeiten und Dienst- leistungen			
	Geldzu- wendungen (1) Höhe %	Dienst- leistungen (2) %	Geldzu- wendungen (1) Höhe %	Dienst- leistungen (2) %	Geldzu- wendungen (1) Höhe %	Dienst- leistungen (2) %	Geldzu- wendungen (1) Höhe %	Dienst- leistungen (2) %	Geldzu- wendungen (1) Höhe %	Dienst- leistungen (2) %		
Ernährung, Getränke	949	31	88	32	677	37	28	468	28	715	31	46
Tabak												
Wohnung, laufende Kosten	1.124	8	93	35	995	27	26	1.235	15	1.070	20	41
Wohnungsausstat- tung	469	3	78	15	373	3	11	3.047	8	1.548	4	26
Reinigung, Wartung der Wohnung	428	4	79	9	267	5	1	190	1	316	2	22
Bekleidung	791	23	57	21	571	29	20	794	15	782	23	26
Reinigung, Körper-, Gesundheitspflege	164	12	87	39	133	13	31	139	6	150	13	42
Friseur, Sauna, Kosmetik	186	13	35	5	119	9	5	167	1	196	7	11
Arzt, Spital, Medika- mente, Brillen, Zu- satzversicherung	169	7	67	27	226	6	24	1.368	5	781	6	30
Studium	479	29	51	20	434	14	12	566	10	533	17	22
Freizeitge- staltung (Bücher, Schallplatten ...)	425	17	26	6	308	9	5	253	5	354	10	10
Radio, TV, Musik- anlagen	287	3	63	12	197	2	4	460	1	271	2	20
Veranstaltungen, Kino, Sport	288	10	14	4	180	7	3	154	3	204	7	5
Reisen, Urlaube	2.372	9	22	6	5.280	3	4	1.011	3	2.148	6	8
Transportmittel (An- schaffung, Zubehör, Betriebskosten für eigenes Fahrzeug)	679	15	13	7	680	8	5	721	10	846	11	7
Fahrzeug herborgen	260	4	13	7	244	2	4	164	2	342	3	7
Sonstiges	1.859	14	4	4	796	9	4	3.530	12	1.802	12	4

- (1) Spalte 1 gibt die durchschnittliche Höhe (in Schilling) der einem bestimmten Zweck gewidmeten Geldmittel oder Geschenke für den Monat April an, Spalte 2 drückt deren Häufigkeit in Prozent aus (als Anteile jener Studenten eines bestimmten Haushaltstyps, die im April gewidmete Geldmittel oder Geschenke erhalten haben; 100 % sind jeweils alle Studenten eines bestimmten Haushaltstyps)
- (2) Spalte 3 gibt für die verschiedenen Haushaltstypen die Prozentsätze jener Studenten an, die im Sommersemester 1980 häufig bzw. regelmäßig entsprechende Mitbenüt- zungsmöglichkeiten und Dienstleistungen in Anspruch nehmen

Für das Niveau der non-monetären Versorgung spielt auch die Form der Studienfinanzierung eine Rolle. Studenten aus Eltern- und Einzelhaushalten werden häufiger durch Sachleistun- gen unterstützt, wenn sie zu den Gruppen der Eltern- bzw. der Gemischtfinanzierten gehören.

Tab. 14 Ausmaß der non-monetären Versorgung im April 1980 nach Haushaltstyp und Finanzierungsform (als Anteil der gut oder nicht versorgten Studenten)

	stipendien- finanziert		eltern- finanziert		eigen- finanziert		gemischt- finanziert	
	gut ver- sorgt	nicht ver- sorgt	gut ver- sorgt	nicht ver- sorgt	gut ver- sorgt	nicht ver- sorgt	gut ver- sorgt	nicht ver- sorgt
Elternhaushalt	50	25	81	9	68	21	81	19
Einzelhaushalt	15	24	21	43	7	21	14	22
Wohngemeinschaft	10	17	8	34	12	-	3	27
Partnerhaushalt	2	12	2	25	3	5	5	20

(N = 1.200)

Knapp zwei Drittel der Studenten meinen, sie hätten ein Recht auf Geldzuwendungen seitens der Eltern. Für ein Drittel der Befragten ist es unangenehm, von zu Hause Geld zu bekommen. Probleme mit der elterlichen Unterstützung haben vor allem ältere Studenten sowie Studenten aus den unteren sozialen Schichten. Ca. die Hälfte der Kinder von Arbeitern und einfachen Angestellten / Beamten gibt an, ungerne von den Eltern Geld zu nehmen. Umgekehrt haben Kinder aus leitenden Angestellten / Beamten-Familien die geringsten Schwierigkeiten.

Wenngleich die elterlichen Geldzuwendungen einem Drittel der Befragten Probleme berei- ten, so laufen diese doch meist (zu 81 %) für beide Seiten ohne Konflikte ab. Bei 14 % der Studenten gibt es über dieses Thema gelegentliche, bei 3 % dauernde Auseinandersetzun- gen. Hier sind wieder Unterschicht-Angehörige in der Mehrzahl.

Knapp die Hälfte der Befragten kann auf jeden Fall mit den elterlichen Unterstützungsbei- trägen bis zu einem Studienabschluß rechnen. Für mehr als ein Drittel sind sie an die Bedingung geknüpft, daß nicht allzu lange studiert wird. 11 % der Studenten, die Geld von

zu Hause bekommen, müssen einen regelmäßigen Studienfortschritt nachweisen können. Ein kleiner Teil (6 %) wird die Zahlungen seitens der Eltern überhaupt nur mehr über einen Zeitraum erhalten, innerhalb dessen das Studium nicht abzuschließen sein wird. Ältere Studenten bzw. solche, die sich in einem höheren Studienabschnitt befinden, können eher damit rechnen, bedingungslos bis zu einem Studienabschluß unterstützt zu werden. Eine größere Toleranz hinsichtlich der zugebilligten Studiendauer läßt sich auch für "Oberschichtkinder" feststellen. Am stärksten unter Zeitdruck sind Kinder von Arbeitern und von einfachen Angestellten / Beamten.

40 % jener Befragten, die einen ökonomisch zuständigen Herkunftshaushalt besitzen (N = 2.090), geben an, sie würden als Gegenleistung zur elterlichen Versorgung im Haushalt mithelfen, 30 % (bzw. 40 % bei Landwirts- und Selbständigen-Kindern) helfen im elterlichen Betrieb mit. Auch Gartenarbeit wird von der Hälfte der Studenten als Abgeltung der elterlichen Unterstützung angeführt. Im Monat Mai nehmen diese Arbeitsleistungen der Studenten durchschnittlich 22 Stunden in Anspruch. Für Kinder aus Landwirtschaftsfamilien erhöht sich der Arbeitsaufwand für den elterlichen Haushalt auf 33 Stunden, 8 Stunden wöchentlich.

4. Problemfälle

Wie bereits in der Einleitung ausgeführt, konnte anhand des empirischen Materials keine Gruppe oder keine Gruppen von Studierenden identifiziert werden, die eindeutig als Problemgruppe zu bezeichnen wäre. Vermutlich gibt es nicht die oder jene Problemgruppe, sondern Einzelfälle, deren gemeinsame Merkmale schwer feststellbar sind. Daß es zumindest Problemfälle gibt, läßt sich an einigen Indikatoren feststellen.

Z.B. geben je 6 % der Befragten an, sie wären im Mai 1980 gezwungen gewesen, Schulden zu machen bzw. sich zusätzlich von Eltern/Freunden/Verwandten Geld geben zu lassen. Ein ebenso hoher Prozentsatz muß durch zusätzliche Erwerbstätigkeit Geld verdienen bzw. seinen Lebensunterhalt empfindlich einschränken. 9 % der Studenten können ihren Lebensunterhalt nur durch den Aufschub notwendiger Ausgaben (für Miete, Autoreparatur...) bestreiten.

Da angenommen werden kann, daß Studenten mit finanziellen Schwierigkeiten nicht nur eine, sondern mehrere der angeführten Einschränkungen angegeben haben, ist aus diesen Angaben schwer abzuschätzen, wie groß dieser Anteil der Studenten mit finanziellen Problemen insgesamt ist.

Es zeichnen sich allerdings deutlich einige Problemgruppen ab, wenn man nach Haushalts- und Finanzierungsformen differenziert.

Die massivsten finanziellen Probleme treten unter jenen Studenten auf, die ihr Studium durch gemischte Finanzierung bestreiten. Sie müssen zu 16 % Schulden machen bzw. durch zusätzliche Erwerbstätigkeit Geld verdienen. 13 % bis 14 % dieser Gruppe sind gezwungen, Geld auszuborgen und notwendige Ausgaben aufzuschieben. Diese Anteile liegen beträchtlich höher als in der Gesamtstichprobe. Zusätzlich verschärft wird die Situation der gemischtfinanzierten Studenten, wenn sie in Wohngemeinschaften leben. Hier steigen die entsprechenden Prozentsätze auf über 20 % (also auf nahezu ein Viertel dieser Befragten).

Vereinzelt (jedoch wesentlich seltener als unter den gemischtfinanzierten Studenten) gibt es auch unter jenen, die ihr Studium durch eigene Erwerbstätigkeit finanzieren überdurchschnittlich häufig finanzielle Schwierigkeiten. Umgekehrt führen Eltern- und Stipendienfinanzierung zu einer relativ stabilen finanziellen Situation. Dies gilt allerdings nicht für Studenten aus Partnerhaushalten. Sie stellen insofern eine Ausnahme dar, als sie grundsätzlich bei jeder Form der Studienfinanzierung häufiger als andere angeben, ihre monatlichen Einkünfte würden nicht ausreichen. Am besten kommen eigenfinanzierte Partnerhaushalte zurecht.

Dieser Befund widerspricht allem Anschein nach der Feststellung, wonach Studenten aus Partnerhaushalten mit durchschnittlich S 1.000,- den höchsten Bargeldüberschuß zu verzeichnen haben. Es wurde allerdings bereits darauf hingewiesen, daß gerade für diese Gruppe von Studenten eine höhere Schuldenbelastung angenommen werden muß. So hatten etwa 19 % der Partnerhaushalte im Mai höhere Ausgaben für Raten- bzw. Kreditrückzahlungen für die Wohnung zu bestreiten als Studenten aus anderen Wohnformen. Bei diesen liegt der entsprechende Anteil zwischen 2 % und 8 %. Erschwerend kommt hinzu, daß gerade Studenten aus Partnerhaushalten seltener Geld von den Eltern bekommen bzw. auch viel schlechter mit Naturalzuwendungen und Dienstleistungen versorgt werden als alle übrigen Befragten.

Offenbar haben jene Studenten weniger finanzielle Schwierigkeiten, die über regelmäßige monatliche Einkünfte verfügen, die sie nicht selbst verdienen müssen, also wenn die Studienfinanzierung entweder von den Eltern oder vom Staat getragen wird. Dies läßt auf eine Polarisierung in der Gruppe der erwerbstätigen Studenten schließen. Diese dürften finanziell dann relativ gut gestellt sein, wenn sie regelmäßig bzw. über lange Zeit hindurch erwerbstätig sind. Sie haben häufiger mit finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen, sofern sie versuchen, ihr Studium über gelegentliche Erwerbstätigkeit bzw. über Ferienarbeit zu finanzieren. Dabei finden sich kurzfristig erwerbstätige Studenten vor allem unter den Gemischtfinanzierten, die keine Studienbeihilfe und keine regelmäßige oder ausreichende elterliche Unterstützung erhalten. Ihre monatlichen Einkünfte sind daher mit dem größten Unsicherheitsfaktor behaftet.

Tab. 15 Finschätzung der finanziellen Situation im Mai 1980

	N	zusätzlich Schulden zu machen	... % der Studenten waren für den Monat Mai gezwungen sich zusätzlich von Eltern/ Freunden/Ver- wandten Geld geben zu lassen	durch zusätzl. Erwerbstätigkeit Geld zu ver- dienen	Notwendige Ausgaben aufzuschließen	ihre Lebens- haltung empfindlich einzuschränken
Elternhaushalt	509	3	7	6	7	5
Stipendienfin.	48	4	/	4	2	4
Filternfin.	317	3	5	4	5	5
Eigenfin.	93	4	11	11	13	5
Gemischtfin.	51	6	16	10	12	2
Einzelhaushalt	943	4	6	7	7	5
Stipendienfin.	302	2	4	5	7	6
Elternfin.	456	4	7	4	6	4
Eigenfin.	113	/	5	16	10	8
Gemischtfin.	72	21	13	19	14	11
Wohngemeinschaften	441	8	6	8	8	8
Stipendienfin.	116	3	5	6	7	6
Elternfin.	231	9	6	6	6	6
Eigenfin.	52	4	/	6	10	14
Gemischtfin.	422	21	17	26	24	12
Partnerhaushalt	489	13	7	9	14	12
Stipendienfin.	84	14	10	11	12	8
Elternfin.	163	15	9	5	17	15
Eigenfin.	161	8	1	12	13	9
Gemischtfin.	81	16	11	12	10	12
i n s g e s a m t	2.382	6	6	7	9	7

IV. MONATLICHE AUSGABEN

Die Daten über die studentischen Barausgaben wurden im Zuge der Konsumerhebung an einer 907 Teilnehmer umfassenden Stichprobe erhoben. Wie einleitend beschrieben, wurde diese Stichprobe mittels Quotenverfahrens aus der Gesamtstichprobe gezogen. Für die Quotenauswahl wurden zwei Dimensionen (Haushaltsform, Finanzierungsform) mit je vier Untergruppen herangezogen. Dadurch entstanden 16 Einzelpopulationen. Jede Einzelpopulation ist in der Stichprobe mit rund 50 Personen etwa gleich stark vertreten.

Die 907 Teilnehmer der Konsumerhebung waren angehalten, einen Monat hindurch (vom 20. Mai bis zum 28. Juni 1980) täglich sämtliche Ausgaben in eine dafür vorgesehene Liste einzutragen. Diese Liste enthält 41 verschiedene Kategorien, denen die einzelnen Posten zugeordnet werden mußten.

Tab. 1 Höhe der studentischen Ausgaben im Mai 1980 nach Haushaltstyp und Vorhandensein eines Partners und/oder Kindern, in Schilling (1)

Haushaltsform	N	Pro-Kopf-Ausgaben (2)			Haushaltsausgaben			Pro-Kopf-Ausgaben Studenten insgesamt		
		Durchschnittsausgaben	Quartile		Durchschnittsausgaben	Quartile				
			25%	50%	75%	25%	50%	75%		
Elternhaushalt	195	4000	1800	2900	4700	4500	2800	3800	5600	4300
Einzelhaushalt	260	5200	3300	4500	6100	6100	3700	4700	6800	5600
Wohngemeinschaft	210	5400	3500	5000	6000	5300	3500	4800	6500	5300
Partnerhaushalt (2)	242	4500	2500	3800	5100	9100	5000	7700	10200	4500
i n s g e s. (2)	907	5000	3000	4200	5900	6200	3300	4900	7500	5000

(1) Die Ausgaben enthalten auch Transfers (Ausgaben für Sparen und Schuldentrückzahlungen)
 (2) Die "Pro-Kopf-Ausgaben" wurden für Partnerhaushalte durch folgende Gewichtungen errechnet: Gewichtete Ausgaben = empirische Ausgaben (2 + 0,45 x Anzahl der Kinder)

1. Die Höhe der monatlichen Ausgaben

1.1 Die Höhe der monatlichen Ausgaben nach Haushaltstypen

Die monatlichen Ausgaben sind in ihrer Höhe von vornherein durch die Höhe der Einnahmen begrenzt. Es gibt auch jene Variationen nach Haushalts- und Finanzierungstypen, wie sie bereits für die Einnahmen festgestellt wurden.

Im Durchschnitt gibt ein österreichischer Student im Mai 1980 S 5.000,- aus; zu Preisen von 1982 beträgt dieser Wert S 5.700,-. Die bei den Eltern lebenden Studenten weisen mit S 4.300,- den niedrigsten Wert auf. Stellt man aber in Rechnung, daß sie weniger Geld als alle übrigen Studenten für Wohnen und für Ernährung aufwenden müssen, ferner, daß für Wohnen durchschnittlich S 1.700,-, für Wohnen und Verpflegung zusammen S 2.500,-,

ausgegeben werden, dann zeigt sich, daß die im Elternhaushalt Wohnenden mit durchschnittlich S 4.000,- die höchsten "sonstigen" Ausgaben, d.h. alle Ausgaben außer solche für Wohnen und Ernährung, tätigen können.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß "Durchschnittswerte" nur beschränkt aussagefähig sind. Ein Viertel der bei den Eltern lebenden Studenten tätigt Ausgaben unter S 1.800,- monatlich; die Hälfte weniger als S 2.900,-. Umgekehrt gibt es ein "wohlhabendes" Viertel, das mehr als S 4.700,- ausgeben kann.

Die zweithöchsten Pro-Kopf-Ausgaben haben Studenten in **Wohngemeinschaften**. Sie liegen mit durchschnittlich S 5.400,- sogar etwas über dem Betrag, den Studenten mit einem eigenen Haushalt monatlich ausgeben. Ein Viertel der Studenten in Wohngemeinschaften gibt unter S 3.500,- aus, ein weiteres Viertel hat Ausgaben, die über S 6.000,- liegen.

Die Beträge, die in **Einzelhaushalten** monatlich aufgewendet werden, unterscheiden sich nur geringfügig von den Ausgaben der Studenten in Wohngemeinschaften. Dies gilt sowohl für die Durchschnittsausgaben als auch für die Ausgaben des 1., 2. und 3. Quartils.

Mit durchschnittlich S 4.500,- liegen die Pro-Kopf-Ausgaben in **Partnerhaushalten** am niedrigsten. Ein Viertel dieser Gruppe von Studenten gibt weniger als S 2.500,- aus, die Hälfte weniger als S 3.800,-. Dieser Betrag ist nur um S 900,- höher als jener, den die Hälfte der bei den Eltern lebenden Studenten pro Monat mindestens aufwendet.

Bei Studierenden mit Partner und/oder mit Kindern erhöhen sich die Ausgaben jener, die bei den Eltern leben, um durchschnittlich S 500,-, und jener aus Einzelhaushalten um S 900,-.

1.2 Die Höhe der monatlichen Ausgaben nach Finanzierungstypen

Die Höhe der monatlichen Ausgaben hängt deutlich davon ab, aus welchen Finanzierungsquellen die Studenten ihre monatlichen Einnahmen beziehen. Dabei dürften die Ausgaben von Studenten, die bei den Eltern leben, am unabhängigsten von der jeweiligen Finanzierungsform sein.

Die Ausgaben von Studienbeihilfenbeziehern sind je nach Haushaltstyp unterschiedlich hoch. Unter den Studenten, die bei den Eltern oder in Wohngemeinschaften leben, weist diese Gruppe, gemessen an der Höhe ihrer monatlichen Ausgaben, im Durchschnitt nahezu so hohe Werte wie die der eigenfinanzierten Studenten auf. In der Gruppe der Partnerhaushalte haben stipendienfinanzierte Studenten immerhin die zweithöchsten Ausgaben zu verzeichnen. In Einzelhaushalten geben sie kaum mehr aus als jene, die durch ihre Eltern finanziert werden.

Ebenso unterschiedlich ist die Situation von gemischtfinanzierten Studenten: in Partnerhaushalten sind ihre Ausgaben eher niedrig, ansonsten eher überdurchschnittlich.

Tab. 2 Durchschnittliche Höhe der Pro-Kopf-Ausgaben im Mai 1980 nach Haushalts- und Finanzierungstyp, in Schilling (1)

Haushaltsform	Finanzierungsform				insgesamt
	Stipendienfinanziert	Elternfinanziert	Eigenfinanziert	Gemischtfinanziert	
Elternhaushalt	4600	3800	4600	4300	4300
Einzelhaushalt	4600	4300	7800	6100	5600
Wohngemeinschaft	5200	4500	5900	6100	5300
Partnerhaushalt	4300	3200	6000	4200	4500
insgesamt	4700	3900	6200	5200	5000

- (1) Die Ausgaben enthalten auch Transfers (Ausgaben für Sparen und Schuldentrückzahlungen) und wurden nach dem Vorhandensein von Partner und/oder Kindern gewichtet:
Für Elternhaushalte, Einzelhaushalte, Wohngemeinschaften:
 Gewichtete Ausgaben = empirische Ausgaben (1 + 0,45 mal Anzahl der Kinder)
Für Partnerhaushalte:
 Gewichtete Ausgaben = empirische Ausgaben (2 + 0,45 mal Anzahl der Kinder)

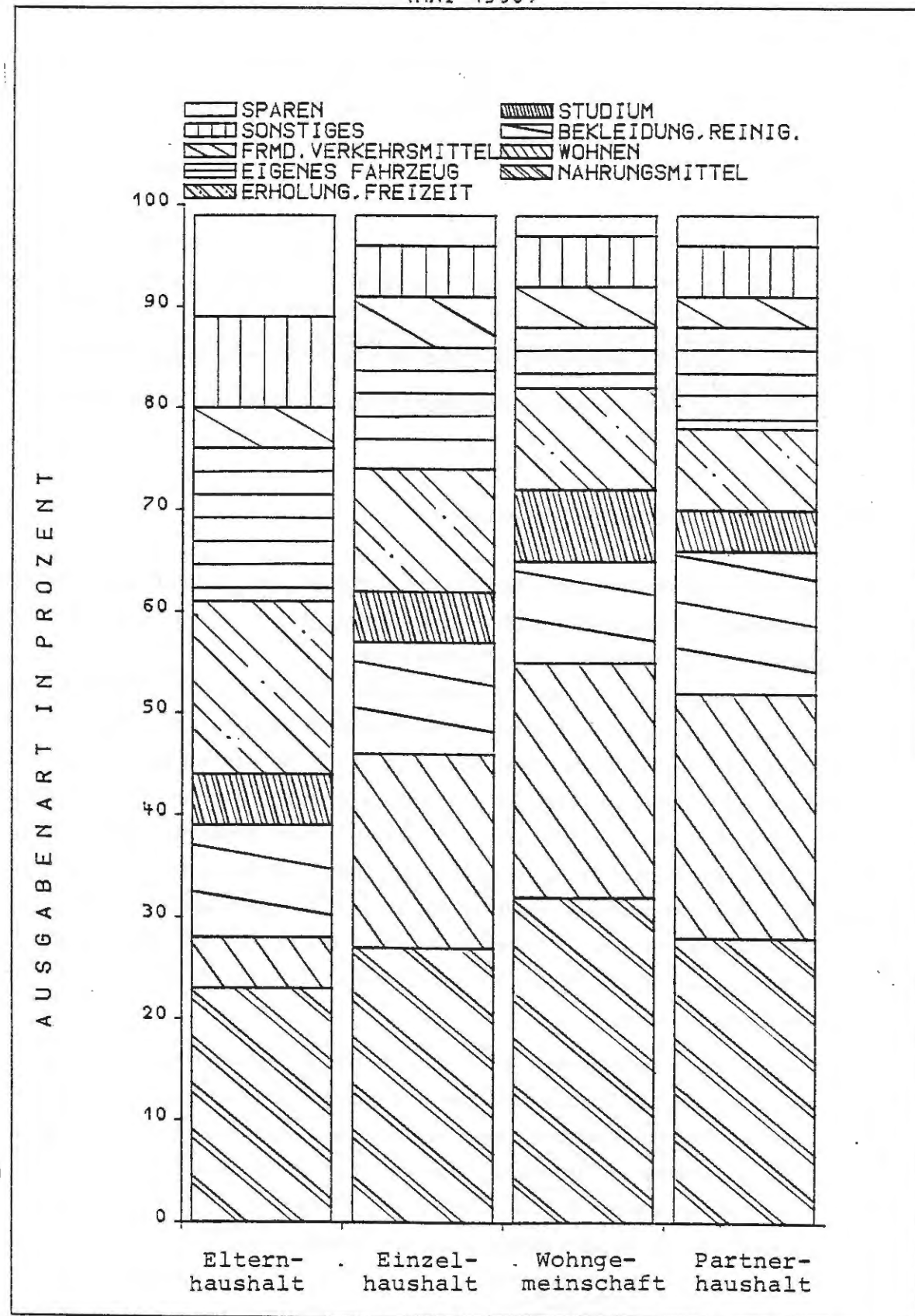
2. Die Struktur der studentischen Barausgaben

Geht man von den durchschnittlichen monatlichen Ausgaben von Studenten aus verschiedenen Haushaltstypen aus und untersucht, ein wie hoher Anteil jeweils auf verschiedene Ausgabenposten entfällt, so ergibt sich folgendes Bild:

Mit ca. einem Drittel der monatlichen Gesamtausgaben stellen die Ausgaben für Ernährung den gewichtigsten Posten dar. Dies gilt generell. Selbst bei den im Elternhaushalt lebenden Studenten liegt der entsprechende Anteil immerhin bei 23 %, also bei etwa einem Viertel der Gesamtausgaben. Daß Studenten, die größtenteils von den Eltern versorgt werden, fast ebensoviel für Ernährung ausgeben wie alle übrigen, mag dadurch bedingt sein, daß Studenten häufig gezwungen sind, auswärts zu essen: 98 % geben, unabhängig vom Haushaltstyp, dem sie angehören, monatlich ca. S 800,- für Essen außer Haus aus. Studenten aus Einzelhaushalten und Wohngemeinschaften geben für das Essen außer Haus ebensoviel wie für Nahrungsmittel aus, die sie zu Hause einnehmen. In Partnerhaushalten überwiegt das Essen zu Hause.

Der zweitwichtigste Ausgabenposten entfällt auf Miete und laufende Kosten. 19 % der Ausgaben von Studenten aus Einzelhaushalten sind Wohnkosten; für Studenten aus Partnerhaushalten und Wohngemeinschaften liegen die entsprechenden Anteile etwas höher (bei 23 % bis 24 %). Das Wohnen in Einzelhaushalten und Wohngemeinschaften kostet im Schnitt S 1.300,-, in Partnerhaushalten S 2.300,- monatlich. Studenten, die bei den Eltern leben, wohnen kostenlos oder bei weitem billiger. Nur ein Drittel dieser Gruppe hat überhaupt in irgendeiner Form Wohnkosten zu bezahlen (sei es in Form von Miete, pauschalen Haushaltsbeiträgen oder Geld für Heizung, Gas und Strom oder Telefon). Diese liegen durchschnittlich

AUSGABENSTRUKTUR DER STUDENTEN NACH HAUSHALTSTYPEN
(MAI 1980)



lich bei 5 700,-. Insgesamt machen die Ausgaben für Wohnen bei den im Elternhaushalt lebenden Studenten 5 % ihrer monatlichen Gesamtausgaben aus. Auf Ernährung und Wohnen entfällt also die Hälfte der studentischen Barausgaben (bzw. ein Drittel, sofern sie bei den Eltern leben). Von den verbleibenden 50 % entfallen ca. 10 % auf Ausgaben für Bekleidung und Reinigung, pro Person durchschnittlich 5 600,- monatlich. Ein vergleichbar hoher Anteil wie für Bekleidung wird von Studenten aus Einzelhaushalten und Wohngemeinschaften für Erholung und Freizeitgestaltung ausgegeben. Für Partnerhaushalte liegt der entsprechende Prozentsatz niedriger (bei 8 %), für Studenten, die im elterlichen Haushalt leben, höher (bei 17 %).

Ähnlich verhält es sich bei den Beträgen, die für ein eigenes Fahrzeug aufgewendet werden, nur daß hier die in Wohngemeinschaften lebenden Studenten mit ca. 5 800,- die niedrigsten Ausgaben zu verzeichnen haben. Während allerdings von den bisher angeführten Ausgaben (mit Ausnahme von Wohnkosten und Kosten für Verpflegung zu Hause, die naturgemäß für Studenten aus Elternhaushalten bedeutend niedriger liegen), unabhängig vom Haushaltstyp, nahezu alle Befragten betroffen waren, fallen für ein eigenes Fahrzeug, je nach Haushaltstyp, nur für 40 % bis 58 % der Studenten Kosten an. Deren Höhe bewegt sich zwischen 5 1.100,- und 1.500,- monatlich.

Tab. 3 Ausgabenstruktur der Studenten im Mai 1980

Art der Ausgaben	N	Prozentanteil derer, die Ausgaben für ... angeben	durchschnittl. Ausgaben der Studenten die solche tätigen	Durchschnittswerte für alle Studenten	in Prozent der Gesamtausgaben
Nahrungsmittel gesamt	907	100	1.681	1.681	28
davon Nahrungsmittel außer Haus	907	98	814	798	
Wohnen	907	87	1.567	1.363	20
Bekleidung, Reinigung	907	88	811	714	12
Ausgaben für Studium	907	84	368	309	5
Erholung/Freizeit	907	95	691	657	11
Eigenes Fahrzeug	907	50	1.260	631	11
Fremde Verkehrsmittel	907	86	269	231	4
Alles Übrige	907	63	544	342	6
Sparen	907	15	1.464	220	4

Für fremde Verkehrsmittel wird wieder von fast allen Studenten Geld ausgegeben, allerdings nicht mehr als 5 200,- bis 5 300,- pro Monat. Der Anteil der Ausgaben für fremde Verkehrsmittel an den monatlichen Gesamtausgaben liegt generell zwischen 3 % und 5 %.

Ungefähr ebenso hoch sind die Anteile, die auf Ausgaben fürs Studium sowie für alles Übrige entfallen.

Am geringsten sind die Sparbeträge, 2 % bis 3 % der monatlichen Gesamtausgaben. Eine Ausnahme bilden hier wieder die bei den Eltern lebenden Studenten: Durch die weitaus geringeren Wohn- und Verpflegungskosten sind sie in der Lage, 10 % ihrer monatlichen Ausgaben in Ersparnisse einfließen zu lassen. Auch der Anteil für "alles Übrige" liegt hier höher als bei Studenten aus anderen Haushaltsformen.

Zusammenfassend können die vier Haushaltstypen hinsichtlich ihrer monatlichen Ausgaben folgendermaßen charakterisiert werden:

Die Ausgaben von Studenten in Partnerhaushalten lassen erkennen, daß diese Studenten am häufigsten einen "normalen" Haushalt führen. Die vergleichsweise höheren Ausgaben für Nahrungsmittel für zu Hause weisen etwa darauf hin. Die Schwerpunkte der Ausgaben liegen insgesamt auf den notwendigen Konsumausgaben. Ausgaben mit Luxuscharakter (vor allem für Erholung/Freizeitgestaltung) stehen eher im Hintergrund.

Ähnliches gilt für Studenten in Einzelhaushalten und Wohngemeinschaften. Ein deutlicher Unterschied zu den Studenten in Partnerhaushalten besteht darin, daß die Ausgaben mehr kurzfristigen Charakter haben, was der studentischen Wohn- und Lebensform entspricht.

Der deutliche Unterschied der Ausgabenstruktur der Mitbewohner bei den Eltern zu den Studenten in anderen Wohnformen liegt in der Tatsache begründet, daß diese Gruppe von Studenten kaum für die laufenden Lebenshaltungskosten aufzukommen hat. Die vorliegenden Daten weisen auf einen Barüberschuß hin, der vor allem für Erholung/Freizeitgestaltung, für ein eigenes Fahrzeug bzw. für Ersparnisse ausgegeben werden dürfte.

Tab. 4 Ausgabenstruktur der Studenten im Mai 1980 und Ausgaben zu Preisen von 1982

Art der Ausgaben (1)	Durchschnittliche Ausgaben 1980 in S	Anteil der Studenten, die Ausgaben angeben	Durchschnittliche Ausgaben in Preisen von 1982 (2)
Nahrungsmittel	1.681	100	1.888
Wohnen	1.567	87	1.851
Bekleidung, Reinigung	811	88	874
Ausgaben für Studium	368	84	426
Erholung, Freizeit	681	95	782
Eigenes Fahrzeug	1.260	50	1.347
Fremde Verkehrsmittel	269	86	316
Durchschnittliche monatliche Pro-Kopf-Ausgaben (3)	5.000		5.700

- (1) ohne "Sparen" und "Alles Übrige"
- (2) Aufgewertete Daten mit Verbraucherpreisindex 1976, Mai 1980 bis Durchschnitt 1982
- (3) einschließlich Transfer und gewichtet nach Vorhandensein von Partner und/oder Kind(ern)

Quelle: Konsumerhebung, Berechnung der Abteilung 5 des Österreichischen Statistischen Zentralamtes

5 Ausgabenstruktur der Studenten im Mai 1980

Ausgaben- ergruppen	Elternerhaushalt			Einzelhaushalt			Wohngemeinschaft			Partnerhaushalt		
	Durchschnittsausgaben in S	Häufigkeit in % (2)	Ausgaben in % der Gesamtausgaben (3)	Durchschnittsausgaben in S	Häufigkeit in % (2)	Ausgaben in % der Gesamtausgaben (3)	Durchschnittsausgaben in S	Häufigkeit in % (2)	Ausgaben in % der Gesamtausgaben (3)	Durchschnittsausgaben in S	Häufigkeit in % (2)	Ausgaben in % der Gesamtausgaben (3)
gesam	977	99	23	1.518	100	28	1.621	100	32	2.471	100	28
außer	716	98		802	98		844	99		881	98	
Total (1)	697	32	5	1.284	82	19	1.297	91	23	2.308	93	24
Reinigung	662	70	11	641	90	11	580	89	10	1.249	98	14
Ausgaben für Studium	285	78	5	335	88	5	401	85	7	439	84	4
Erholung/Freizeit	767	94	17	677	96	12	558	94	10	759	97	8
es Fahrzeug	1.135	55	15	1.422	46	12	791	40	6	1.495	58	10
de Verkehrsmittel	170	86	4	295	88	5	253	88	4	338	81	3
Übrige	558	64	9	493	59	5	386	60	5	701	69	5
en	2.394	17	10	1.142	12	3	972	11	2	1.288	20	3
Durchschnittliche monatliche Ausgaben	4.300			5.600			5.300			4.500		

Die Ausgaben für "Wohnen Total" werden für ein Monat bereinigt; dabei wurden laufende Kosten für Telefon, Strom und Gas., die nicht monatlich anfallen, auf Kosten je Monat umgerechnet. Die "Häufigkeit" der Ausgaben für bestimmte Posten wird ausgedrückt durch den Anteil der Personen eines Haushaltstyps, der in den jeweiligen (Ausgaben)Posten Ausgaben zu verzeichnen hat. Spalte 3 gibt für jeden Haushaltstyp an, wieviel Prozent der Gesamtausgaben auf den jeweiligen Ausgabenposten entfallen.

D ANHANG

Tabellenverzeichnis

	Seite
I. Anhangtabellen zu Teil A	
1. Studienkosten	102
3. Studienförderung	103
3.5 Studentenheime und Mensen	106
4. Sozialausgaben für Studierende	109

Tab. 1. "Öffentlicher Sozialaufwand" für Studierende, in Millionen Schilling

	1972	1976	1981	1982
Sozialaufwendungen für inländische ordentliche Hörer im Budgetkapitel 14 "Wissenschaft und Forschung" (1)	247,500	340,552	552,859	542,091
Schülerfreifahren lt. § 30f. des Familienlastenausgleichsgesetzes (2)	45	79	129	155
Geschätzter Aufwand für Familienbeihilfen aus dem Familienlastenausgleichsfonds (3)	139	263	988	1.216
i n s g e s a m t	431,5	682,552	1.639,859	1.913,091

- (1) Rechnungsabschlüsse, 1982 Bundesvoranschlag; incl. des bei Ansatz 1/14207/7297 budgetierten Betrags für Gesundheitsuntersuchungen
 (2) Dieser Betrag (lt. Bundesministerium für Finanzen) umfaßt Aufwendungen für Studierende an Universitäten, Hochschulen künstlerischer Richtung und Pädagogischen Akademien. Der aliquote Anteil der Ausgaben für Pädagogische Akademien wurde aufgrund der Relation bei den Bezieherzahlen geschätzt und abgezogen
 (3) Berechnet mit der Zahl der bis 27jährigen Studierenden minus 10 % berufstätige Studenten und der jährlichen Kinderbeihilfe für ein Kind

Tab. 2 Zahl der Studienbeihilfenbezieher an Universitäten und Hochschulen künstlerischer Richtung, Wintersemester 1963/64 bis 1981/82

Wintersemester	Universitäten	Hochschulen künstlerischer Richtung	Zusammen
1963/64	9.408	-	9.408
1964/65	8.898	-	8.898
1965/66	8.579	-	8.579
1966/67	8.900	-	8.900
1967/68	8.006	-	8.006
1968/69	7.985	411	8.396
1969/70	8.077	437	8.514
1970/71	8.418	515	8.933
1971/72	10.572 (1)	578	11.150
1972/73	11.421	606	12.027
1973/74	11.013	637	11.650
1974/75	10.434	558	10.992
1975/76	10.287	570	10.857
1976/77	9.348	510	9.858
1977/78	9.995	563	10.558
1978/79	10.031	556	10.587
1979/80	11.131	546	11.677
1980/81	11.543	529	12.072
1981/82	13.229	546	13.775

- (1) Einschließlich rund 100 Beihilfenbezieher an theologischen Lehranstalten. Diese werden erst ab 1972/73 getrennt ausgewiesen

Tab. 3 Entwicklung der Zahl der Studienbeihilfenbezieher an Universitäten nach Kategorien von Beihilfenbeziehern, Studienjahr 1975/76 bis 1981/82

Beihilfenbezug gem. § 9 d. StFG	1975/76		1976/77		1977/78		1978/79		1979/80		1980/81		1981/82	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
lit.a (1)														
unverheiratet	510	5	480	5	485	5	517	5	557	5	638	6	809	6
verheiratet	115	1	91	1	79	1	93	1	115	1	131	1	153	1
lit.b (2)														
unverheiratet	7.168	70	6.636	71	7.184	72	7.227	72	8.086	73	8.408	73	9.434	71
verheiratet	534	5	402	4	424	4	380	4	357	3	346	3	410	3
lit.c (3)														
unverheiratet	1.931	19	1.728	19	1.808	18	1.797	18	2.007	18	2.012	17	2.408	18
verheiratet	29	.	11	.	15	.	17	.	9	.	8	.	15	.
i n s g e s a m t	10.287	100	9.348	100	9.995	100	10.031	100	11.131	100	11.543	100	13.229	100

- (1) Studenten, deren Eltern verstorben sind oder die sich vor Aufnahme des Studiums mindestens vier Jahre zur Gänze selbst erhalten haben
 (2) Unverheiratete Studierende, die nicht am Wohnort der Eltern studieren, bzw. verheiratete Studenten, die nicht mit den Eltern zusammenwohnen
 (3) Alle übrigen Studenten, die Anspruch auf eine Beihilfe haben
 Quelle: Statistiken des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

Tab. 4 Entwicklung der durchschnittlichen, an Hörer der Universitäten, ausbezahlten Studienbeihilfenbeträge nach Kategorien von Beihilfenbeziehern, Wintersemester 1975/76 und 1981/82

Beihilfenhöhe nach § 9 des StFG	1975/76		1981/82	
	absolut	Index	absolut	Index
lit.a (1)				
unverheiratet	23.280	100	37.360	160
verheiratet	26.710	100	39.470	148
lit.b (2)				
unverheiratet	19.170	100	29.640	155
verheiratet	22.270	100	33.510	150
lit.c (3)				
unverheiratet	11.880	100	17.090	144
verheiratet	14.650	100	19.000	130
i n s g e s a m t	18.190	100	27.770	153

- (1) Studenten, deren Eltern verstorben sind oder die sich vor Aufnahme des Studiums mindestens vier Jahre zur Gänze selbst erhalten haben
 (2) Unverheiratete Studierende, die nicht am Wohnort der Eltern studieren, bzw. verheiratete Studenten, die nicht mit den Eltern zusammenwohnen
 (3) Alle übrigen Studienbeihilfenbezieher

Tab. 5 Budgetaufwendungen in Millionen Schilling für die Studienförderung (gemäß Studienförderungsgesetz)

Jahr	Universitäten		Hochschulen künstlerischer Richtung	
	absolut	Index	absolut	Index
1970	119,987		8,151	
1971	132,991		7,101	
1972	193,124		10,279	
1973		212,848		
1974		249,601		
1975		227,628		
1976		241,500		
1977		279,030		
1978		315,839		
1979		340,100		
1980		380,125		
1981		409,992		
1982 (1)		428,000		
1983 (1)		468,000		

- (1) Budgetvoranschlag, sonst Angaben der Rechnungsabschlüsse

Tab. 6 Zahl der Studentenheime nach Hochschulorten

	Studienjahr	
	1974/75	1982/83
Wien	66	75
Graz	12	18
Innsbruck	4	15
Salzburg	12	15
Leoben	4	7
Linz	4	7
Klagenfurt	-	4
i n s g e s a m t	102	141

Quellen: "Materialien zur sozialen Lage der Studenten in Österreich", Hrsg. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien 1975;
eigene Erhebung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (1982/83)

Tab. 7 Zahl der Heimplätze nach Hochschulorten

	Studienjahr	
	1974/75	1982/83
Wien	7.207	8.703
Graz	1.658	2.434
Innsbruck	832	1.808
Salzburg	1.341	1.458
Leoben	313	368
Linz	934	1.842
Klagenfurt	-	409
i n s g e s a m t	12.285	17.022

Quellen: "Materialien zur sozialen Lage der Studenten in Österreich", Hrsg. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien 1975;
eigene Erhebung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (1982/83)

Tab. 7 Zahl der Heimplätze nach Aufnahmebedingung

Heimplätze für Studierende	Studienjahr	
	1974/75	1982/83
männliche	5.257	3.717
weibliche	1.677	1.446
männliche und weibliche	5.351	11.859
i n s g e s a m t	12.285 (1)	17.022

(1) differiert zu der Angabe im unten zitierten Bericht aufgrund eines nunmehr bereinigten Rechenfehlers

Quellen: "Materialien zur sozialen Lage der Studenten in Österreich", Hrsg. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien 1975;
eigene Erhebung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (1982/83)

Tab. 8 Zahl der Heimplätze nach Art der Unterbringung

Heimplätze	Studienjahr	
	1974/75	1982/83
in Einbett-Zimmern	5.496	8.101
in Zweibett-Zimmern	5.434	7.654
in Mehrbett-Zimmern	753	348
in Appartements, Garconnieren Kleinwohnungen	-	919
keine Angabe	602	-
i n s g e s a m t	12.285 (1)	17.022

(1) differiert zu der Angabe im unten zitierten Bericht aufgrund eines nunmehr bereinigten Rechenfehlers

Quellen: "Materialien zur sozialen Lage der Studenten in Österreich", Hrsg. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien 1975;
eigene Erhebung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (1982/83)

Tab. 10 Durchschnittliche Heimpreise (1) nach Hochschulorten, Wintersemester 1982/83

	Durchschnittspreis pro Platz
WIEN	
in Einbettzimmern	1.293
in Zweibettzimmern	1.089
in Mehrbettzimmern	722
in Garconnieren, Kleinwohnungen	1.138
insgesamt	1.183
GRAZ	
in Einbettzimmern	1.288
in Zweibettzimmern	1.031
in Mehrbettzimmern	870
in Garconnieren, Kleinwohnungen	1.189
insgesamt	1.206
INNSBRUCK	
in Einbettzimmern	1.136
in Zweibettzimmern	1.026
in Mehrbettzimmern	-
in Garconnieren, Kleinwohnungen	1.209
insgesamt	1.097
SALZBURG	
in Einbettzimmern	1.299
in Zweibettzimmern	1.125
in Mehrbettzimmern	1.021
in Garconnieren, Kleinwohnungen	1.558
insgesamt	1.226
LEOBEN	
in Einbettzimmern	866
in Zweibettzimmern	793
in Mehrbettzimmern	612
in Garconnieren, Kleinwohnungen	1.044
insgesamt	819
LINZ	
in Einbettzimmern	1.498
in Zweibettzimmern	1.062
in Mehrbettzimmern	-
in Garconnieren, Kleinwohnungen	1.428
insgesamt	1.302
KLAGENFURT	
in Einbettzimmern	1.193
in Zweibettzimmern	1.053
in Mehrbettzimmern	-
in Garconnieren, Kleinwohnungen	-
insgesamt	1.151
ÖSTERREICH	
in Einbettzimmern	1.287
in Zweibettzimmern	1.069
in Mehrbettzimmern	796
in Garconnieren, Kleinwohnungen	1.264
insgesamt	1.184

(1) Für Heimplätze ohne zusätzliche Leistung; Heimplatzpreise, die Frühstück, Halb- oder Vollpension beinhalten, sind nicht berücksichtigt

Tabelle 11 HOCHSCHULBUDGET UND SOZIALAUFWENDUNGEN (JEWEILS BUNDESVERANSCHLAG)

	1970	1976	1980	1981	1982	1983
Hochschulbudget insges. in Mio.S	I 2311,729	6206,957	8442,414	9026,911	9999,963	10700,608
Index(1970=100)	I 100	268	365	390	433	463
Hochschulbudget ohne hochschul- relevante Förderung von Wissenschaft & Forschung in Mio.S	I 2186,511	5538,698	7583,708	8166,859	9094,589	9723,059
Index(1970=100)	I 100	253	347	374	416	445
Sozialaufwendungen in Mio.S	I 160,140	379,001	448,525	486,457	540,591	585,997
Index(1970=100)	I 100	237	280	304	338	366

Tabelle SOZIALAUFWENDUNGEN JE INSKRIBIERTEM STUDIERENDEN

	1970	1976	1980	1981	1982	1983
Sozialaufwendungen in Mio.S	I 160,140	379,001	448,525	486,457	540,591	585,997
Veränderung zu 1970 in %	I .	136.7	180.1	203.8	237.6	265.9
Veränderung zum Vorjahr in %	I .	12.3	12.7	8.5	11.1	8.4
Inskribierte in- und ausländische ordentliche Hörer	I 53.152	87.924	115.435	125.876	134.700	141.000
Veränderung zu 1970 in %	I .	65.4	117.2	136.8	153.4	165.3
Veränderung zum Vorjahr in %	I .	8.1	5.8	9.0	7.0	4.7
Durchschnittliche Ausgaben je inskribiertem ord. Hörer in S	I 3.013	4.311	3.886	3.865	4.013	4.156
Veränderung zu 1970 in %	I .	43.1	29.0	28.3	33.2	37.9
Veränderung zum Vorjahr in %	I .	3.8	6.6	-1.5	3.8	3.6

Tab. 12 "Sozialaufwendungen" für Studierende in Mio. Schilling, jeweils Bundesvoranschlag

gg. Ansatz(1)	1970	1976	1980	1981	1982	1983
l/14107/7680 Studienförderung (2)	128,500	284,900	350,000	380,000	428,000	468,000
l/14218/7680 Studienbeihilfen und Studienunterstützungen	1,100	0,800	0,700	0,400	0,400	0,400
l/14108/7681 Stipendien für Graduierte	0,300	0,300	0,900	1,000	1,500	1,500
l/14108/7682 Studienunterstützung	0,300	0,540	1,300	3,000	3,500	5,500
l/14108/7683, 7685 Stipendien für Bewerber aus dem Ausland, Stipendien für Konventionsflüchtlinge	-	2,062	4,692	4,692	7,772	10,161
l/14108/7687 Stipendien für Absolventen österr. Auslandsschulen	-	-	1,350	1,350	1,485	1,500
l/14106/7700 Studentenheime (IF)	28,300	71,350	66,295	67,098	66,424	66,821
l/14106/7700 Studentenmensen (IF)	-	8,922	8,476	8,477	8,480	8,985
l/14106/7342 Österreichische Hochschüler-schaft	0,800	1,977	2,000	2,000	2,000	2,100
l/14108/7310 Sozialversicherung für Studierende	-	5,000	9,000	14,500	17,000	17,000
l/14308/7681 Studienbeihilfen und Schülerunterstützungen	0,800	2,520	3,045	3,100	3,200	3,200
l/14306/7340 Österreichische Hochschüler-schaft	0,040	0,040	0,035	0,040	0,030	0,030
l/14308/7683 Stipendien für Graduierte	-	0,540	0,684	0,750	0,750	0,750
l/14318/7680 Studienbeihilfen und Schülerunterstützungen	-	0,050	0,048	0,050	0,050	0,050
"Sozialaufwendungen" insgesamt	160,140	379,001	448,525	486,457	540,591	585,997
"Sozialaufwendungen" pro inskribiertem ordentlichen Hörer in Schilling	3.013	4.311	3.886	3.865	4.013	4.156

1) laut Regierungsvorlage Bundesvoranschlag 1983
 2) gemäß BGBl. Nr. 421/1969

II. Anhangtabellen zu Teil B
 1. Regionale Herkunft
 2. Soziale Herkunft

Tab. 1 Entwicklung des Anteils der erstinskribierenden inländischen ordentlichen Hörer an Universitäten am gleichaltrigen Altersjahrgang (1) der Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Wintersemester 1967/68 bis Wintersemester 1981/82

Wintersemester	18- bis unter 22jährige Wohnbevölkerung (2)	gesamt Erstinskribierende		männlich Erstinskribierende		weiblich Erstinskribierende			
		abs.	in Prozent des gleichaltrigen Altersjahrganges	abs.	in Prozent des gleichaltrigen Altersjahrganges	abs.	in Prozent des gleichaltrigen Altersjahrganges		
1967/68	409.150	5.841	5,7	208.978	4.117	7,9	200.172	1.724	3,4
1968/69	409.996	6.713	6,5	208.996	4.738	9,1	201.000	1.975	3,9
1969/70	392.863	6.317	6,4	199.788	4.317	8,6	193.075	2.000	4,1
1970/71	403.752	7.797	7,7	203.713	5.522	10,8	200.039	2.275	4,5
1971/72	401.536	8.537	8,5	202.606	5.618	11,1	198.930	2.919	5,9
1972/73	400.776	9.064	9,0	202.710	5.593	11,0	198.066	3.471	7,0
1973/74	407.727	9.241	9,1	207.095	5.465	10,6	200.632	3.776	7,5
1974/75	417.111	9.202	8,8	212.032	5.215	9,8	205.079	3.987	7,8
1975/76	429.715	11.378	10,6	218.209	6.546	12,0	211.506	4.832	9,1
1976/77	441.529	11.797	10,7	224.435	6.624	11,8	217.094	5.173	9,5
1977/78	456.169	12.348	10,8	232.093	6.722	11,6	224.076	5.626	10,0
1978/79	459.760	13.053	11,4	234.851	7.019	12,0	224.909	6.034	10,7
1979/80	472.314	14.503	12,3	241.532	7.788	12,9	230.782	6.715	11,6
1980/81 (3)	486.246	15.083	12,4	248.663	8.043	12,9	237.583	7.040	11,9
1981/82 (3)	499.162	16.608	13,3	254.907	8.748	13,7	244.255	7.860	12,9

- 1) Durchschnitt aus der 18-, 19-, 20- und 21jährigen Wohnbevölkerung, das ist ein Viertel der hier jeweils angegebenen 18- bis unter 22jährigen Wohnbevölkerung
- 2) Die Fortschreibung der Bevölkerungszahlen wurde vom Österreichischen Statistischen Zentralamt durchgeführt (1967 und 1968: Fortschreibung mit Berücksichtigung der Wanderung; 1969 und 1972 bis 1974, 1980, 1981: Fortschreibung unter Annahme einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz; 1970: Rückschreibung der Volkszählung 1971 ohne Berücksichtigung der Wanderung). 1975, 1976, 1977, 1978, 1979: Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse 1971 mit Wanderungsschätzung
- 3) vorläufige Zahlen

Tab. 2 Entwicklung des Anteil der inländischen ordentlichen Hörer an Universitäten an der 18- bis unter 26jährigen Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Wintersemester 1967/68 bis Wintersemester 1981/82

Wintersemester	18- bis unter 26jährige Wohnbevölkerung (1)	gesamt inländische ordentliche Hörer		männlich inländische ordentliche Hörer		weiblich inländische ordentliche Hörer			
		abs.	in Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung	abs.	in Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung	abs.	in Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung		
1967/68	807.334	41.268	5,1	410.609	30.913	7,5	396.725	10.355	2,6
1968/69	795.770	39.377	4,9	404.470	29.453	7,3	391.300	9.924	2,5
1969/70	781.281	40.889	5,2	397.042	30.425	7,7	384.239	10.464	2,7
1970/71	796.704	43.122	5,4	403.562	32.154	8,0	393.142	10.968	2,8
1971/72	802.573	46.950	5,8	406.538	34.231	8,4	396.035	12.719	3,2
1972/73	825.888	53.158	6,4	418.409	37.645	9,0	407.379	15.513	3,8
1973/74	810.332	58.613	7,2	414.150	40.304	9,7	404.182	18.309	4,5
1974/75	818.708	62.481	7,6	414.030	41.973	10,1	404.678	20.508	5,1
1975/76	836.550	68.292	8,2	423.164	44.753	10,6	413.386	23.539	5,7
1976/77	846.645	74.387	8,8	428.794	47.661	11,1	417.851	26.726	6,4
1977/78	866.831	80.553	9,3	439.986	50.313	11,4	426.845	30.240	7,1
1978/79	870.122	86.756	10,1	442.794	53.271	12,0	427.328	33.485	7,8
1979/80	893.347	94.137	10,5	455.101	56.804	12,5	438.246	37.333	8,5
1980/81 (2)	919.337	99.858	10,9	468.536	59.459	12,7	450.801	40.399	9,0
1981/82 (2)	964.198	109.284	11,3	491.040	64.355	13,1	473.158	44.929	9,5

- 1) Die Fortschreibung der Bevölkerungszahlen wurde vom Österreichischen Statistischen Zentralamt durchgeführt 1962 bis 1968: Fortschreibung mit Berücksichtigung der Wanderung; 1969 und 1972 bis 1974, 1980, 1981: Fortschreibung unter der Annahme einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz; 1970: Rückschreibung der Volkszählung 1971 ohne Berücksichtigung der Wanderung; 1975, 1976, 1977, 1978, 1979: Fortschreibung der Volkszählung 1971 mit Wanderungsschätzung.
- 2) vorläufige Zahlen

Tab. 3 Studentenquoten erstinskribierender ordentlicher Hörer, Wintersemester 1979/80, nach Bundesländern und Geschlecht

Bundesland		18- unter 22jährige Wohnbe- völkerung (1)	erstinskribierende inländische ordentliche Hörer (2)	Studentenquoten: Anteil der erstinskribierenden Hörer am gleichaltrigen Altersjahrgang (3) in %
Burgenland	männl.	9.965	232	9
	weibl.	9.564	210	9
	gesamt	19.529	442	9
Kärnten	männl.	20.411	661	13
	weibl.	19.281	616	13
	gesamt	39.692	1.277	13
Niederösterreich	männl.	47.705	1.161	10
	weibl.	45.480	1.016	9
	gesamt	93.185	2.177	9
Oberösterreich	männl.	45.076	1.285	11
	weibl.	43.334	990	9
	gesamt	88.410	2.275	10
Salzburg	männl.	13.880	357	10
	weibl.	13.016	334	10
	gesamt	26.896	691	10
Steiermark	männl.	41.891	1.276	12
	weibl.	40.487	1.089	11
	gesamt	82.378	2.365	11
Tirol	männl.	19.716	668	14
	weibl.	18.880	457	10
	gesamt	38.596	1.125	12
Vorarlberg	männl.	10.267	271	11
	weibl.	9.803	177	7
	gesamt	20.070	448	9
Wien	männl.	32.621	1.877	23
	weibl.	30.937	1.826	24
	gesamt	63.558	3.703	23
Österreich	männl.	241.532	7.788	13
	weibl.	230.782	6.715	12
	gesamt	472.314	14.503	12

(1) Bevölkerungsfortschreibung ohne Wanderung, Jahresdurchschnitt 1979;
Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt

(2) unter anteilmäßiger Aufteilung der Nichtangabe

(3) Durchschnitt aus der 18-, 19-, 20- und 21jährigen Wohnbevölkerung, d.i. ein Viertel der hier jeweils angegebenen 18- bis unter 22jährigen Wohnbevölkerung

Tab. 4 Anzahl der erstinskribierenden inländischen ordentlichen Hörer an Universitäten nach regionaler Herkunft, Wintersemester 1970/71 bis 1979/80

Bundesland	1970/71	1971/72	1972/73	1973/74	1974/75	1975/76	1976/77	1977/78	1978/79	1979/80
	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Burgenland	237	319	323	299	354	371	401	379	400	436
Kärnten	628	706	675	833	838	938	986	1.003	921	1.260
Niederösterreich	1.023	1.206	1.390	1.341	1.261	1.433	1.610	1.738	1.808	2.148
Oberösterreich	1.173	1.419	1.553	1.457	1.453	1.674	1.760	1.973	2.045	2.244
Salzburg	422	495	445	494	527	600	597	655	762	682
Steiermark	1.243	1.374	1.311	1.433	1.460	1.712	1.712	1.759	2.007	2.333
Tirol	544	578	626	569	590	751	827	932	861	1.110
Vorarlberg	206	256	261	250	265	351	349	351	393	442
Österreich	2.202	2.103	2.364	2.429	2.307	3.087	3.186	3.401	3.589	3.654
Anteil der Hörer aus dem Ausland	92	77	116	134	137	-	-	-	-	-
Anteil der Hörer aus dem Ausland	27	4	-	2	10	461	369	157	267	194
gesamt	7.797	100,0	8.537	9.241	9.202	11.378	11.797	12.348	13.053	14.503
gesamt										100,0

Tab. 5 Erstinskribierende inländische ordentliche Hörer nach der Schulbildung des Vaters, Wintersemester 1967/68 bis Wintersemester 1979/80

Schulbildung des Vaters		1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72
Schule ohne Matura						
Volksschule	männlich	600	708	710	1.041	1.206
	weiblich	117	140	161	225	344
	gesamt	717	848	871	1.266	1.550
Hauptschule	männlich	681	802	781	1.340	1.352
	weiblich	158	235	240	437	618
	gesamt	839	1.037	1.021	1.777	1.970
Fachschule	männlich	972	1.073	990	633	639
	weiblich	396	468	468	264	351
	gesamt	1.368	1.541	1.458	897	990
zusammen	männlich	2.253	2.583	2.481	3.014	3.197
	weiblich	671	843	869	926	1.313
	gesamt	2.924	3.426	3.350	3.940	4.510
Höhere Schule	männlich	805	882	787	1.145	1.065
	weiblich	384	409	404	561	610
	gesamt	1.189	1.291	1.191	1.706	1.675
Hochschule	männlich	983	1.147	931	1.237	1.252
	weiblich	633	675	659	742	947
	gesamt	1.616	1.822	1.590	1.979	2.199
keine Angabe	männlich	76	126	72	126	104
	weiblich	36	48	35	46	49
	gesamt	112	174	107	172	153
i n s g e s a m t	männlich	4.117	4.738	4.271	5.522	5.618
	weiblich	1.724	1.975	1.967	2.275	2.919
	gesamt	5.841	6.713	6.238	7.797	8.537

Schulbildung des Vaters		1972/73	1973/74	1974/75	1977/78	1979/80
Schule ohne Matura						
Volksschule	männlich	1.183	1.091	974	1.015	1.263
	weiblich	403	449	548	649	923
	gesamt	1.586	1.540	1.522	1.664	2.186
Hauptschule	männlich	1.374	1.353	1.197	1.533	2.199
	weiblich	746	838	814	1.168	1.796
	gesamt	2.120	2.191	2.011	2.701	3.995
Fachschule	männlich	589	574	587	758	939
	weiblich	420	441	469	728	965
	gesamt	1.009	1.015	1.056	1.486	1.904
zusammen	männlich	3.146	3.018	2.758	3.306	4.401
	weiblich	1.569	1.728	1.831	2.545	3.684
	gesamt	4.715	4.746	4.589	5.851	8.085
Höhere Schule	männlich	1.065	1.029	1.006	1.039	1.475
	weiblich	733	804	876	893	1.238
	gesamt	1.798	1.833	1.882	1.932	2.713
Hochschule	männlich	1.278	1.315	1.366	1.357	1.586
	weiblich	1.097	1.164	1.217	1.242	1.509
	gesamt	2.375	2.479	2.583	2.599	3.095
keine Angabe	männlich	104	103	85	1.020	326
	weiblich	72	80	63	946	284
	gesamt	176	183	148	1.966	610
i n s g e s a m t	männlich	5.593	5.465	5.215	6.722	7.788
	weiblich	3.471	3.776	3.987	5.626	6.715
	gesamt	9.064	9.241	9.202	12.348	14.503

Tab. 6 Entwicklung der Anzahl der erstinskribierenden inländischen ordentlichen Hörer nach dem Beruf des Vaters und Geschlecht, Wintersemester 1967/68 bis Wintersemester 1979/80

Beruf des Vaters	WS 1967/78			WS 1969/70			WS 1970/71		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
Selbständig, freiberuflich Erwerbstätige	932	492	1.424	958	569	1.527	1.123	538	1.661
Landwirte	192	29	221	241	67	308	340	92	432
Beamte	1.188	457	1.645	1.247	599	1.846	1.411	617	2.028
davon in A	362	206	568	315	236	551	346	208	554
B	411	146	557	431	208	639	466	220	686
C,D,E	415	105	520	501	155	656	599	189	788
Angestellte	1.020	507	1.527	1.073	527	1.600	1.514	639	2.153
davon in gehobener Stellung und/oder mit Hochschulbildung	n.a.	n.a.	n.a.	372	217	589	570	304	874
mit Matura	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	339	161	500
ohne Matura	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	605	174	779
Arbeiter (incl. Arbeiter im öffentlichen Dienst)	587	152	739	650	166	816	651	176	827
sonstige Berufe	46	27	73	43	25	68	61	37	98
keine Angabe	152	60	212	105	47	152	422	176	598
i n s g e s a m t	4.117	1.724	5.841	4.317	2.000	6.317	5.522	2.275	7.797

Beruf des Vaters	WS 1971/72			WS 1972/73			WS 1973/74		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
Selbständig, freiberuflich Erwerbstätige	1.082	692	1.774	1.139	830	1.969	1.110	899	2.009
Landwirte	413	144	557	415	169	584	365	166	531
Beamte	1.476	753	2.229	1.402	1.885	2.287	1.367	1.009	2.376
davon in A	350	254	604	330	261	591	357	309	666
B	490	248	738	461	294	755	402	338	740
C,D,E	636	251	887	611	330	941	608	362	970
Angestellte	1.494	832	2.326	1.611	1.063	2.674	1.536	1.130	2.666
davon in gehobener Stellung und/oder mit Hochschulbildung	603	385	988	625	495	1.120	645	517	1.162
mit Matura	269	172	441	304	230	534	321	224	545
ohne Matura	622	275	897	682	338	1.020	570	389	959
Arbeiter (incl. Arbeiter im öffentlichen Dienst)	737	264	1.001	697	292	989	736	317	1.053
sonstige Berufe	43	40	83	46	51	97	63	45	108
keine Angabe	373	194	567	283	181	464	288	210	498
i n s g e s a m t	5.618	2.919	8.537	5.593	3.471	9.064	5.465	3.776	9.241

Beruf des Vaters	WS 1974/75			WS 1977/78			WS 1979/80		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
Selbständig, freiberuflich Erwerbstätige	1.063	867	1.930	1.094	924	2.018	1.307	1.227	2.534
Landwirte	340	204	544	346	266	612	435	360	795
Beamte	1.299	1.044	2.343	1.566	1.298	2.864	1.966	1.626	3.592
davon in									
A	364	319	683	444	416	860	654	585	1.239
B	409	381	790	473	408	881	474	366	840
C,D,E	526	344	870	649	474	1.123	838	675	1.513
Angestellte	1.515	1.230	2.745	1.776	1.503	3.279	2.353	2.128	4.481
davon in gehobener Stellung und/oder mit Hochschulbildung	698	568	1.266	677	642	1.319	888	841	1.729
mit Matura	292	252	544	225	178	403	361	309	670
ohne Matura	525	410	935	874	683	1.557	1.104	978	2.082
Arbeiter (incl. Arbeiter im öffentlichen Dienst)	613	376	989	691	469	1.160	1.001	770	1.771
sonstige Berufe	61	58	119	48	65	113	81	77	158
keine Angabe	324	208	532	1.201	1.101	2.302	645	527	1.172
i n s g e s a m t	5.215	3.987	9.202	6.722	5.626	12.348	7.788	6.715	14.503

	Seite
III. Anhantabellen zu Teil C	
II. Ergebnisse der Sozialerhebung	122
III. Einkommenssituation	133
IV. Monatliche Ausgaben	138

Die Tabellen zu II sind Forschungsberichten des Österreichischen Gallup Institutes entnommen



ABKÜRZUNGEN

1. SOZ. HERKUNFT: = Soziale Herkunft nach Vaterberuf
- SST FRB = Selbständige und freiberuflich Tätige
- L BEA ANG = Leitende Beamte und Angestellte
- M BEA ANG = Mittlere, qualifizierte Beamte und Angestellte
- E BEA ANG = Einfacher Beamter und Angestellter
- ARBEITER = Arbeiter
- LANDWIRT = Landwirte mit größerem und kleinerem Betrieb
2. STUDIENABSCH: = Studienabschnitt
- N/ERSTER = Nach neuer Studienordnung, erster Studienabschnitt
- N/ZWEITER = Nach neuer Studienordnung, zweiter Studienabschnitt
- N/DRITTER = Nach neuer Studienordnung, dritter Studienabschnitt
- N/DOKTORAT = Nach neuer Studienordnung, Doktoratsstudium
- A/VOR DISS = Nach alter Studienordnung, vor Dissertationsstadium
- A/IM DISS = Nach alter Studienordnung, im Dissertationsstadium

ÖSTERREICHISCHES GALLUP-INSTITUT
Ges.m.b.H.

Wien, im November 1980



"Haben Sie bereits irgendeine Berufsausbildung bzw. ein Studium abgeschlossen?"

	Zahl der Fälle	Nein	Ja, eine Lehrausbildung	Ja, eine berufsbildende mittlere Schule	Ja, eine berufsbildende höhere Schule	Ja, die Pädagogische Akademie	Ja, eine andere Akademi- oder Hochschullehre-gang	Ja, ein Diplomstudium an der Universität	Ja, ein Doktoratsstudium
TOTAL=	2382	1950	46	28	195	27	37	62	37
TOTAL %	2382	82	2	1	8	1	2	3	2
GESCHLECHT									
MAENNER	1481	80	2	1	10	0	1	5	2
FRAUEN	901	84	1	1	5	2	3	2	1
ALTER									
BIS 18 J	78	99	0	0	1	0	0	0	0
19-21 J	842	91	1	0	7	0	1	0	0
22-24 J	702	84	2	1	10	1	1	1	1
25-27 J	377	73	2	2	10	2	2	5	5
28 J U M	383	62	3	3	8	3	4	10	5
SOZ.HERKUNFT									
SST FRB	552	81	2	1	8	1	1	2	3
L BEA ANG	777	86	1	1	6	1	2	2	1
M BEA ANG	562	82	2	1	8	1	2	3	1
E BEA ANG	141	80	1	3	12	1	0	1	2
ARBEITER	213	77	3	2	11	0	2	2	1
LANDWIRT	137	74	3	4	12	2	1	4	0
STUDIENORT									
WIEN	1419	82	2	1	9	1	2	2	1
GRAZ	479	80	2	2	8	1	1	3	3
SALZBURG	176	85	2	2	4	2	1	3	2
INNSBRUCK	308	82	1	1	6	2	2	4	2
STUDIENABSCH									
N/ERSTER	620	82	2	0	10	1	2	1	2
N/ZWEITER	413	80	2	3	11	1	1	1	0
N/DRITTER	58	83	0	3	5	0	0	7	2
N/DOKTORAT	51	57	0	0	0	0	4	35	4
A/VOR DISS	918	86	2	1	6	1	2	1	2
A/IM DISS	322	77	2	1	9	1	1	7	1



- Fortsetzung

2. ABGESCHLOSSENE BERUFS-AUSBILDUNG

	Zahl der Fälle	Keine bzw. keine zweite abgeschlossene Berufsausbildung	Ja, eine Lehrausbildung	Ja, eine berufsbildende mittlere Schule	Ja, eine berufsbildende höhere Schule			Ja, ein Diplomstudium an der Universität
		1	2	3	4	5	6	7
TOTAL =	2382	2372	0	0	0	0	0	0
TOTAL %	2382	100	0	0	0	0	0	0
GESCHLECHT								
MAENNER	1481	99	0	0	0	0	0	0
FRAUEN	901	100	0	0	0	0	0	0
ALTER								
BIS 18 J	78	100	0	0	0	0	0	0
19-21 J	842	100	0	0	0	0	0	0
22-24 J	702	99	0	0	0	0	0	0
25-27 J	377	99	1	0	0	0	0	0
28 J U M	383	100	0	0	0	0	0	0
SOZ.HERKUNFT								
SST FRB	552	100	0	0	0	0	0	0
L BEA ANG	777	100	0	0	0	0	0	0
M BEA ANG	562	99	0	0	0	0	0	0
E BEA ANG	141	100	0	0	0	0	0	0
ARBEITER	213	98	1	0	0	0	0	0
LANDWIRT	137	99	0	1	0	0	0	0
STUDIENORT								
WIEN	1419	99	0	0	0	0	0	0
GRAZ	479	100	0	0	0	0	0	0
SALZBURG	176	99	0	0	0	0	1	0
INNSBRUCK	308	100	0	0	0	0	0	0
STUDIENABSCH								
N/ERSTER	620	100	0	0	0	0	0	0
N/ZWEITER	413	99	0	0	0	0	0	0
N/DRITTER	58	100	0	0	0	0	0	0
N/DOKTORAT	51	100	0	0	0	0	0	0
A/VOR DISS	918	100	0	0	0	0	0	0
A/IM DISS	322	99	0	1	0	0	0	0



"Auf welchem Weg erwarben Sie die Matura?"

	Zahl der Fälle	A	B	C	D	E
TOTAL =	2382	252	1810	260	56	4
TOTAL %	2382	11	76	11	2	0
GESCHLECHT						
MAENNER	1481	13	75	10	3	0
FRAUEN	901	7	78	12	2	0
ALTER						
BIS 18 J	78	4	91	5	0	0
19-21 J	842	8	82	9	0	0
22-24 J	702	11	74	14	2	0
25-27 J	377	14	70	12	4	0
28 J U M	383	14	69	10	7	1
SOZ.HERKUNFT						
SST FRB	552	13	76	9	2	0
L BEA ANG	777	9	84	6	1	0
M BEA ANG	562	10	78	10	2	0
E BEA ANG	141	15	63	19	2	1
ARBEITER	213	11	61	22	7	0
LANDWIRT	137	9	58	27	5	0
STUDIENORT						
WIEN	1419	10	77	9	3	0
GRAZ	479	9	76	13	2	0
SALZBURG	176	13	65	20	2	0
INNSBRUCK	308	12	76	10	1	0
STUDIENABSCH						
N/ERSTER	620	12	75	11	2	0
N/ZWEITER	413	15	68	14	4	0
N/DRITTER	58	10	86	3	0	0
N/DOKTORAT	51	2	84	14	0	0
A/VOR DISS	918	8	80	10	3	0
A/IM DISS	322	12	75	10	2	0

A = Volksschule/4 Klassen AHS/5 Klassen Höhere Schule
 B = Volksschule, 8 Klassen AHS
 C = Volksschule/Hauptschule, gleich anschließend Oberstufenform einer höheren Schule
 D = Volksschule/Hauptschule, dann Lehre/Berufstätigkeit, Haushalt. erst nach dieser Unterbrechung Matura



"Haben Sie unmittelbar nach der Matura Ihr Studium begonnen?"

	Zahl der Fälle	Ja, unmittelbar danach	Ja, dazwischen nur Ab- leistung der Präsenz-/ Ersatzdienst	Nein, habe dazwischen gearbeitet	Nein, habe dazwischen eine andere Berufsaus- bildung gemacht	Nein, habe dazwischen etwas anderes gemacht	Keine Matura
TOTAL=	2382	1658	502	83	63	72	4
TOTAL %	2382	70	21	3	3	3	0
GESCHLECHT							
MAENNER	1481	59	34	4	1	2	0
FRAUEN	901	87	0	3	5	5	0
ALTER							
BIS 18 J	78	99	1	0	0	0	0
19-21 J	842	82	13	1	1	2	0
22-24 J	702	72	21	3	2	1	0
25-27 J	377	56	31	5	6	6	0
28 J U M	383	44	31	9	7	9	1
SOZ.HERKUNFT							
SST FRB	552	68	20	4	3	5	0
L BEA ANG	777	72	21	2	2	3	0
M BEA ANG	562	71	21	3	3	2	0
E BEA ANG	141	63	26	5	2	3	1
ARBEITER	213	68	20	7	3	2	0
LANDWIRT	137	68	20	7	1	4	0
STUDIENORT							
WIEN	1419	69	21	4	3	3	0
GRAZ	479	69	23	3	2	3	0
SALZBURG	176	70	19	5	2	4	0
INNSBRUCK	308	70	18	3	4	4	0
STUDIENABSCH							
N/ERSTER	620	69	20	4	3	3	0
N/ZWEITER	413	66	25	4	1	3	0
N/DRITTER	58	76	19	2	2	2	0
N/DOKTORAT	51	75	18	4	0	4	0
A/VOR DISS	918	73	18	3	3	3	0
A/IM DISS	322	62	28	2	4	3	0



"Wie viele Jahre haben Sie zwischen Matura und Studiumbeginn gearbeitet, eine Berufsausbildung absolviert oder etwas anderes gemacht?"

(Haben Studium nicht unmittelbar nach Matura begonnen)

	Zahl der Fälle	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre	6 Jahre	7 Jahre	8 Jahre	9 Jahre	10 Jahre	11 Jahre	12 Jahre und mehr
TOTAL=	222	71	51	38	31	17	0	1	2	2	3	0	0
TOTAL %	222	32	23	17	14	8	0	0	1	1	1	0	0
GESCHLECHT													
MAENNER	106	30	18	16	19	12	0	0	0	0	2	0	0
FRAUEN	116	34	28	18	9	3	0	1	2	2	1	0	0
ALTER													
19-21 J	37	78	16	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
22-24 J	44	50	34	9	7	0	0	0	0	0	0	0	0
25-27 J	46	17	33	22	15	13	0	0	0	0	0	0	0
28 J U M	95	13	16	23	22	12	0	1	2	2	3	0	0
SOZ.HERKUNFT													
SST FRB	65	35	9	26	11	11	0	0	2	0	3	0	0
L BEA ANG	54	37	24	13	15	2	0	2	2	0	0	0	0
M BEA ANG	46	30	35	13	13	9	0	0	0	0	0	0	0
E BEA ANG	15	33	13	7	13	13	0	0	0	13	7	0	0
ARBEITER	26	15	35	27	12	8	0	0	0	0	0	0	0
LANDWIRT	16	31	31	0	31	6	0	0	0	0	0	0	0
STUDIENORT													
WIEN	129	27	25	18	12	9	0	0	1	2	2	0	0
GRAZ	38	29	24	24	13	8	0	0	3	0	0	0	0
SALZBURG	19	53	26	5	5	11	0	0	0	0	0	0	0
INNSBRUCK	36	42	14	14	28	0	0	3	0	0	0	0	0
STUDIENABSCH													
N/ERSTER	64	38	25	14	13	3	0	0	0	0	0	0	0
N/ZWEITER	36	17	25	33	8	11	0	0	3	0	3	0	0
N/DRITTER	3	33	33	0	33	0	0	0	0	0	0	0	0
N/DOKTORAT	4	25	25	50	0	0	0	0	0	0	0	0	0
A/VOR DISS	84	40	19	11	15	7	0	1	1	2	1	0	1
A/IM DISS	31	16	26	19	19	16	0	0	0	0	3	0	0



- Fortsetzung

(Beziehen in diesem Semester eine staatliche Studienbeihilfe)

	Zahl der Fälle	Einkommensstufen										Mittelwerte
		Bis \$ 500,-	\$ 600 bis \$ 1000	\$ 1.100,- bis \$ 1.500,-	\$ 1.600,- bis \$ 2.000,-	\$ 2.100,- bis \$ 2.500,-	\$ 2.600,- bis \$ 3.000,-	\$ 3.100,- bis \$ 3.500,-	\$ 3.600,- bis \$ 4.000,-	\$ 4.100,- bis \$ 4.500,-	\$ 5.000,- und mehr	
TOTAL	523	9	28	47	53	88	69	70	149	9	1	2,727
TOTAL %	523	2	5	9	10	17	13	13	29	2	0	2,727
GESCHLECHT												
MAENNER	322	3	6	9	9	20	13	12	26	3	0	2,674
FRAUEN	201	2	5	9	12	11	14	16	32	0	1	2,811
ALTER												
BIS 18 J	17	0	0	12	29	12	6	24	18	0	0	2,618
19-21 J	214	1	5	14	9	19	12	13	27	0	0	2,622
22-24 J	150	4	4	4	11	17	19	15	27	0	0	2,731
25-27 J	68	2	12	9	6	13	13	10	32	2	2	2,740
28 J U M	74	0	4	5	11	16	7	12	34	11	0	3,034
SOZ. HERKUNFT												
SST FRB	94	0	4	7	9	21	11	11	33	4	0	2,869
L BEA ANG	62	5	8	13	10	21	15	15	13	0	2	2,392
M BEA ANG	100	4	9	11	19	18	13	11	11	4	0	2,317
E BEA ANG	62	3	8	16	7	23	13	11	19	0	0	2,394
ARBEITER	115	0	4	10	11	17	20	20	18	0	0	2,674
LANDWIRT	90	0	0	0	3	4	7	11	73	1	0	3,560
STUDIENORT												
WIEN	300	1	5	10	10	17	13	14	28	2	0	2,735
GRAZ	101	5	5	12	12	19	10	7	27	3	1	2,581
SALZBURG	48	0	6	0	2	17	19	23	33	0	0	3,035
INNSBRUCK	74	0	8	7	15	14	16	12	28	0	0	2,691
STUDIENABSCH												
N/ERSTER	148	1	3	14	9	20	10	14	29	0	0	2,678
N/ZWEITER	109	1	9	13	6	11	15	17	27	3	0	2,703
N/DRITTER	6	17	0	0	0	50	0	33	0	0	0	2,333
N/DOKTORAT	10	0	10	20	30	20	20	0	0	0	0	1,960
A/VOR DISS	181	2	5	6	10	15	16	13	34	1	1	2,844
A/IM DISS	69	3	6	0	19	20	12	10	23	7	0	2,704



Ämtlicher Familienstand

	Zahl der Fälle	ledig	Verheiratet	Geschieden	Verwitwet
TOTAL =	2382	2055	313	13	1
TOTAL %	2382	86	13	1	0
GESCHLECHT					
MAENNER	1481	87	13	0	0
FRAUEN	901	85	14	1	0
ALTER					
BIS 18 J	78	95	4	1	0
19-21 J	842	97	3	0	0
22-24 J	702	90	10	0	0
25-27 J	377	79	21	1	0
28 J U M	383	62	35	3	0
SOZ. HERKUNFT					
SST FRB	552	84	14	1	0
L BEA ANG	777	87	13	0	0
M BEA ANG	562	88	12	1	0
E BEA ANG	141	89	11	0	0
ARBEITER	213	83	16	1	0
LANDWIRT	137	87	13	0	0
STUDIENORT					
WIEN	1419	86	14	0	0
GRAZ	479	87	13	1	0
SALZBURG	176	85	14	1	0
INNSBRUCK	308	89	11	0	0
STUDIENABSCH					
N/ERSTER	620	94	6	1	0
N/ZWEITER	413	85	14	0	0
N/DRITTER	58	78	22	0	0
N/DOKTORAT	51	80	20	0	0
A/VOR DISS	918	87	12	0	0
A/IM DISS	322	74	25	1	0



"Rechtsverhältnis der Wohnung, in der Sie während des Semesters leben."

	Zahl der Fälle	Als Mitbewohner	In einem Unter- mietzimmer	In einer Unter- mietwohnung	In einem Heim	In einer Haupt- miete	In einer Eigentums- wohnung/eigenem Haus
TOTAL=	2382	514	173	350	580	531	234
TOTAL %	2382	22	7	15	24	22	10
GESCHLECHT							
MAENNER	1481	22	8	15	25	21	11
FRAUEN	901	21	7	15	24	25	8
ALTER							
BIS 18 J	78	33	4	9	31	10	13
19-21 J	842	30	7	12	29	14	8
22-24 J	702	18	9	17	25	23	8
25-27 J	377	17	7	16	22	29	10
28 J U M	383	11	5	16	14	36	18
SOZ.HERKUNFT							
SST FRB	552	22	6	16	17	23	15
L BEA ANG	777	29	5	14	19	23	10
M BEA ANG	562	19	9	16	26	21	9
E BEA ANG	141	18	8	11	34	26	4
ARBEITER	213	14	10	16	35	20	4
LANDWIRT	137	3	13	12	49	18	6
STUDIENORT							
WIEN	1419	25	3	13	30	22	8
GRAZ	479	17	17	21	16	13	17
SALZBURG	176	13	11	13	20	35	8
INNSBRUCK	308	19	10	15	15	31	9
STUDIENABSCH							
N/ERSTER	620	28	9	12	26	17	9
N/ZWEITER	413	15	6	14	32	21	11
N/DRITTER	58	16	9	16	31	22	7
N/DOKTORAT	51	16	8	8	18	33	18
A/VOR DISS	918	23	7	16	23	21	9
A/IM DISS	322	15	5	17	16	37	11



"Befindet sich dieser 'Herkunftshaushalt' am Studienort?"

(Haben ökonomisch zuständigen
Herkunftshaushalt)

	Zahl der Fälle	Ja	Nein
TOTAL=	2090	689	1401
TOTAL %	2090	33	67
GESCHLECHT			
MAENNER	1296	34	66
FRAUEN	794	32	68
ALTER			
BIS 18 J	75	40	60
19-21 J	791	38	62
22-24 J	639	29	71
25-27 J	320	30	70
28 J U M	265	30	70
SOZ.HERKUNFT			
SST FRB	478	31	69
L BEA ANG	706	43	57
M BEA ANG	507	34	66
E BEA ANG	113	24	76
ARBEITER	173	21	79
LANDWIRT	113	2	98
STUDIENORT			
WIEN	1284	38	62
GRAZ	395	30	70
SALZBURG	149	18	82
INNSBRUCK	262	23	77
STUDIENABSCH			
N/ERSTER	550	37	63
N/ZWEITER	349	27	73
N/DRITTER	50	28	72
N/DOKTORAT	42	33	67
A/VOR DISS	832	33	67
A/IM DISS	267	33	67



(Perzeitiges durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen dieses Herkunftshaushaltes, *)
(Haben ökonomisch zuständigen Herkunftshaushalt)

GESCHLECHT	TOTAL	Zahl der Fälle										Mittelwerte		
		Bis S 5.900,-	Bis S 7.900,-	Bis S 9.900,-	Bis S 11.900,-	Bis S 13.900,-	Bis S 15.900,-	Bis S 17.900,-	Bis S 19.900,-	Bis S 21.900,-	Bis S 29.900,-		Bis S 39.900,-	S 40.000,- und mehr
TOTAL	1631	81	107	109	194	137	207	79	65	211	180	136	125	18.826
MAENNER	1030	5	7	7	11	9	12	5	5	13	11	9	8	18.969
FRAUEN	601	4	6	6	13	8	14	5	3	14	11	8	7	18.582
ALTER														
BIS 18 J	60	3	7	7	7	10	17	3	5	13	15	5	8	19.443
19-21 J	625	2	6	7	13	8	12	4	4	14	12	11	7	19.677
22-24 J	509	4	6	8	11	7	12	5	4	16	10	8	8	19.337
25-27 J	245	5	9	7	16	7	13	7	3	11	7	7	8	17.441
28 J U M	192	15	8	5	6	14	15	7	4	5	11	4	7	16.280
SOZ. HERKUNFT														
SST FRB	315	4	7	6	7	4	9	2	1	16	9	16	18	24.392
L BEA ANG	551	2	3	2	6	5	10	6	6	19	21	13	9	22.367
M BEA ANG	424	4	3	7	16	12	21	7	4	12	8	4	3	15.850
E BEA ANG	102	9	14	8	20	14	18	9	1	4	3	0	2	12.697
ARBEITER	157	9	15	18	24	15	9	2	5	2	1	2	0	10.700
LANDWIRT	82	24	26	12	18	7	2	0	0	2	0	0	7	12.230
STUDIENORT														
WIEN	1051	5	6	6	12	8	13	5	5	13	11	8	9	19.222
GRAZ	339	4	6	7	12	10	16	4	2	14	9	9	7	18.438
SALZBURG	107	8	10	9	13	10	7	6	5	8	11	11	3	16.195
INNSBRUCK	134	5	10	7	10	8	10	4	3	15	16	8	6	18.810
STUDIENABSCH														
N/ERSTER	441	2	5	8	14	8	11	5	4	15	10	8	10	19.742
N/ZWEITER	264	6	6	8	10	9	14	6	3	14	9	9	7	17.949
N/DRIITTER	43	5	12	7	12	2	16	2	5	9	5	14	12	20.133
N/DOKTORAT	38	8	5	8	5	13	13	3	3	11	11	16	5	18.316
A/VOR DISS	645	5	8	5	12	9	13	4	4	12	13	8	7	18.977
A/IN DISS	200	9	5	6	13	9	13	7	4	11	12	6	6	17.296

Tab. 1 Einkommen aus den einzelnen Finanzierungsquellen in Prozent des monatlichen Durchschnittseinkommens von Studenten, die zwischen Juni 1979 und Mai 1980 auch außerhalb der Ferien erwerbstätig waren; Vergleich mit entsprechenden Daten aus der Konsumerhebung im November 1974 (nach Haushaltstypen) (1)

... % der Finaunahmen stammen aus ...	Elternhaushalt		Einzelhaushalt		Wohngemeinschaft		Partnerhaushalt	
	1980	1974	1980	1974	1980	1980	1974	
Finnahmen von den Eltern	51	25	52	26	45	26	21	
Zuschüsse von Eltern und Verwandten	23		30		30	14		
Gewidmete Geldzuwendungen	28		22		15	12		
Stipendien	2	2	9	1	8	3	7	
Staatliche Studienbeihilfe	2		8		7	3		
Sonstige Stipendien	-		1		1	-		
Eigene Erwerbstätigkeit	29	36	30	42	26	51	42	
Entnahme von Ersparnissen aus Erwerbstätigkeit	7	21	5	17	7	4	14	
andere Ersparnisse	6		5		6	3		
	1		-		1	1		
Vermögen	1		1		-	1		
Schulden	8	3	2	1	11	8	4	
Bankkredite	7		1		10	7		
Ausleihen von Freunden	1		1		1	1		
Staatliche Sozialleistungen	1		1		1	3		
Sozialbeihilfe, Wohnungsbeihilfe	.5		1		1	.5		
Familienbeihilfe	.5		-		-	2.5		
Alimente	.3		1		-	1		
Sonstiges	.2	13	-	12	2	2	12	
Monatliches Durchschnittseinkommen (2) in S	4.600	4.000	6.000	4.900	5.000	5.700	8.400	

(1) Die Daten von 1974 stammen aus einer Konsumerhebung des Instituts für empirische Sozialforschung; sie werden im Bericht "Materialien zur sozialen Lage der Studenten in Österreich", Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Mai 1975, referiert
(2) Die Einkommen 1974 bis 1980 sind aufgrund verschiedener Stichproben nicht vergleichbar

Tab. 2 Einkommen aus den einzelnen Finanzierungsquellen in Prozent des monatlichen Durchschnittseinkommens von Studenten, die zwischen Juni 1979 und Mai 1980 ausschließlich in den Ferien erwerbstätig waren; Vergleich mit entsprechenden Daten aus der Konsumerhebung im November 1974 (nach Haushaltstypen) (1)

... % der Finahmen stammen aus ...	Eltern- haushalt		Einzel- haushalt		Wohngemein- schaft 1980	Partner- haushalt	
	1980	1974	1980	1974		1980	1974
Finnahmen von den Eltern	66	28	63	33	65	68	38
Zuschüsse von Eltern, Verwandten gewidmete Geldzuwendungen	35 31		35 28		44 21	52 16	
Stipendien	5	4	22	14	21	11	10
Staatliche Studienbeihilfe	5		20		19	10	
Sonstige Stipendien	.3		2		2	1	
Eigene Erwerbstätigkeit	1.3	24	5	12	2	1	17
Entnahme von Ersparnissen aus Erwerbstätigkeit andere Ersparnisse	17 14 3	36	6 5 1	31	11 9 2	11 10 1	23
Vermögen	.1		2		.1	.5	
Schulden	8	2	2	1	2	2	1
Bankkredite	8		1		1	1	
Ausleihen von Freunden	-		1		1	1	
Staatliche Sozialleistungen	2		1		.2	3.3	
Sozialbeihilfe, Wohnungsbeihilfe Familienbeihilfe	2 -		1 .2		.2 -	3 .3	
Alimente	-		.3		-	1	
Sonstiges	.1	6	.2	9	-	3	12
Monatliches Durchschnittseinkommen (2) in S	3.100	3.300	5.300	4.600	4.500	4.000	6.700

- (1) Die Daten von 1974 stammen aus einer Konsumerhebung des Instituts für empirische Sozialforschung; sie werden im Bericht "Materialien zur sozialen Lage der Studenten in Österreich", Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Mai 1975, referiert
(2) Die Einkommen 1974 bis 1980 sind wegen Verschiedenheiten der Stichproben nicht vergleichbar

Tab. 3 Monatseinkommen der Studenten nach Finanzierungstypen im Mai 1980 (1); Vergleich mit den Arbeitseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen in Österreich im Juli 1980 (4) (in Schilling) (N = 1.200; aufgestockte Konsumerhebungsstichprobe)

Einkommen von:	N	Mittelwert	Q u a r t i l e								
			Finkommen in S	25 % Studenten- einkommen in % des Fin- kommens von A	50 % Studenten- einkommen in % des Fin- kommens von A	50 % Studenten- einkommen in % des Fin- kommens von AB	75 % Studenten- einkommen in % des Fin- kommens von AB	Finkommen in S	Finkommen in S		
Stipendienfinanzierten Studenten	277	5.700	3.700	60	51	4.300	48	40	5.900	49	37
Elternfinanzierten Studenten	588	4.500	2.800	46	38	3.800	42	36	5.400	45	34
Eigenfinanzierten Studenten	210	6.700	3.600	59	49	5.200	58	49	8.200	68	52
Gemischtfinanzierten Studenten	125	5.200	2.900	47	40	4.500	50	42	6.500	54	41
insgesamt	1.200	5.466	3.100	51	43	4.400	49	41	6.500	54	41
Arbeitern (A) (2)			6.129			8.962			12.056		
Angestellten und Beamten (AB) (3)			7.273			10.636			15.789		

- (1) In den Finkommen ist auch der finanzielle Gegenwert der "gewidmeten Geldmittel und Geschenke" enthalten; die Ausgaben wurden gewichtet nach dem Vorhandensein eines Partners und/oder von Kindern
(2) Finschließlich Lehrlingen
(3) Finschließlich Lehrlingen, ohne pragmatisierten Beamten
(4) Quelle: Österreichischer Arbeiterkammertag, "Wirtschafts- und Sozialstatistisches Taschenbuch", S. 230

Tab. 4 Einkommen aus den einzelnen Finanzierungsquellen in Prozent des monatlichen Durchschnittseinkommens von nicht erwerbstätigen Studenten (nach Haushaltstyp)

... % der Finahmen stammen aus ...	Eltern- haushalt	Einzel- haushalt	Wohngemein- schaft	Partner- halt
Finnahmen von den Eltern	73	64	69	66
Zuschüsse von Eltern, Verwandten gewidmete Geldzuwendungen	36 37	41 23	41 28	33 33
Stipendien	10	21	17	16
staatliche Studienbeihilfe	5	20	15	12
sonstige Stipendien	5	1	2	4
Eigene Erwerbstätigkeit	2	3	3	3
Entnahme von Ersparnissen	8	3	8	4
aus Erwerbstätigkeit	3	2	6	2
andere Ersparnisse	5	1	2	2
Vermögen	-	1	.5	.2
Schulden	6	4	1	6
Bankkredite	5	3	.3	5
Ausleihen von Freunden	1	1	.7	1
Staatliche Sozialleistungen	1	2	2	5
Sozialbeihilfe, Wohnungsbeihilfe	1	2	1	1
Familienbeihilfe	-	-	1	4
Alimente	-	.4	-	.5
Sonstiges	.4	-	-	.5
Monatliches Durchschnittseinkommen in S	3.200	5.000	5.100	4.900

Tab. 5 Monatseinkommen der Studenten nach Haushaltstypen im April 1980 (1); (in Schilling)
(N = 2.382; Gesamtstichprobe)

	N	erstes Dezil	erstes Quartil	zweites Quartil	Mittel- wert	drittes Quartil
Elternhaushalt	490	900	1.500	2.600	3.800	4.700
Einzelhaushalt	943	3.000	3.500	4.700	5.400	6.400
Wohngemeinschaft	441	2.500	3.500	4.300	4.900	5.500
Partnerhaushalt	489	2.100	3.300	4.600	5.200	6.300
i n s g e s a m t	2.382	1.800	3.000	4.300	5.000	6.000

(1) In den Einkommen ist auch der finanzielle Gegenwart der "gewidmeten Geldmittel und Geschenke" enthalten; die Angaben wurden gewichtet nach dem Vorhandensein eines Partners und/oder von Kindern

Tab. 1 Ausgabenstruktur bei Studenten im Mai 1980

Art der Ausgaben	(N = 195) Elternhaushalt		(N = 260) Einzelhaushalt		(N = 210) Wohngemeinschaft		(N = 242) Partnerhaushalt	
	Durchschnitts- ausgaben	in % (1)	Durchschnitts- ausgaben	in %	Durchschnitts- ausgaben	in %	Durchschnitts- ausgaben	in %
ERNÄHRUNG								
Nahrungsmittel und Getränke für zu Hause	398	66	736	99	832	95	1.638	98
Tabakwaren	293	47	340	43	411	64	451	56
Mensa	155	48	209	56	157	59	121	47
Verzehr in Geschäften (Milchge- schäft, Fleischhauer etc.)	77	72	127	67	115	73	112	64
Verzehr in Restaurantes, Gaststätten, Kaffeehäusern etc.	592	97	625	94	665	99	762	96
WOHNEN TOTAL								
Miete	895	7	1.274	37	1.182	61	1.480	69
Rückzahlung für die Wohnung	0	0	1.480	3	1.002	6	2.119	7
Heimkosten (incl. Betriebskosten)	730	0,5	940	31	879	5	1.004	4
Wohnungsbeitrag an die Eltern	784	5	740	0,4	566	1	0	0
Pauschale Haushaltsbeiträge an Eltern, Verwandte, Mitbewohner	855	5	596	4	646	8	634	6
Heizung	620	0,5	126	3	437	8	383	10
Gas und Strom	201	2	464	19	376	36	684	50
Telefon (privater Anschluß)	432	3	448	19	368	39	480	41
Raten und Kreditrückzahlungen für Wohnung und dergleichen	522	2	847	2	888	2	1.311	12
Rundfunk- und Fernsehgeräte	90	1	171	6	126	9	228	18
Haushalts- und Elektrogeräte	245	8	232	7	71	11	609	18
Hausrat und Haushaltswäsche	195	8	208	17	118	18	229	30
Reparaturen in der Wohnung, Materialien für die Wohnung	215	12	385	16	221	27	616	43
BEKLEIDUNG UND REINIGUNG								
Anschaffung und Reparaturen von Bekleidung und Schuhen	682	39	737	51	524	46	911	65
Wasch-, Putzmittel, Wäscherei und Putzerei	112	43	80	45	93	46	146	60
Toilette- und Kosmetikartikel	135	39	113	60	103	65	152	75
Friseur und Sauna	178	29	127	33	141	31	219	37

(1) Anteil der Personen, die im Posten Ausgaben zu verzeichnen hatten

Art der Ausgaben	(N = 195) Elternhaushalt		(N = 260) Einzelhaushalt		(N = 210) Wohngemeinschaft		(N = 242) Partnerhaushalt	
	Durchschnitts- ausgaben	in %	Durchschnitts- ausgaben	in %	Durchschnitts- ausgaben	in %	Durchschnitts- ausgaben	in %
ARZT								
Arzt, Spital, Medikamente, Brillen und dergleichen	203	30	137	29	299	37	471	46
Freiwillige Krankenversicherung und dergleichen	249	5	171	11	102	11	536	23
STUDIUM								
Lernbehelfe (Fotokopie-, Zeichen- behelfe, Papierwaren etc.)	117	57	113	68	122	69	126	67
Skripten, Fachbücher, Zeitschriften	197	41	209	66	203	60	240	61
Andere Ausgaben für Studienzwecke (Ausstattung, Kurse)	227	24	270	29	467	29	585	24
FREIZEIT								
Ausgaben für Erholung und Frei- zeitgestaltung	269	63	441	53	173	48	325	48
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Schallplatten	200	77	243	77	266	76	290	83
Radio, Fernsehen, Musikanlage	794	8	116	11	242	10	595	14
Besuch von Veranstaltungen, Kino, Sportanlagen und Konsumation	261	75	180	73	192	77	194	67
Kurse, Hobbies	381	35	255	32	218	31	393	31
VERKEHRSMITTEL								
Anschaffung und ergänzendes Zubehör für PKW, Fahrrad, Reifen	299	16	912	15	303	14	585	20
Raten und Kreditrückzahlungen für Auto	2.005	3	2.638	2	603	2	4.941	4
Betriebskosten, Reparaturen, Benzin, Steuer, Service, Versicherung	1.062	50	1.069	43	837	31	1.133	50
Fremde Verkehrsmittel (Taxi, öffent- liche Verkehrsmittel)	152	65	204	71	189	64	284	65
Fahrtspesen, Telefon (öffentliche Ferngespräche)	79	61	158	73	145	69	187	48
SCHULDEN								
Andere Schuldenrückzahlungen Zahlungsverpflichtungen an Personen, die nicht im Haushalt wohnen	773	14	413	14	515	18	437	18
	464	8	514	8	291	10	314	9
SONSTIGES								
	376	56	413	46	224	48	634	59
SPARFINANZEN								
	2.393	17	1.142	12	972	11	1.287	20